autonomes Blättchen

#13









Solidarität mit
den kämpfenden
Textilarbeiter_innen in Bangladesh!





Editorial

Hallo,

der Winter ist auch im Norden der Republik endlich vorbei, wir sind wieder aufgewacht und erscheinen mit zweiwöchiger Verspätung.
Eigentlich sollte es zum Titel auch einen Artikel zu Bangladesh geben, doch unsere Kontaktversuche waren leider schwieriger als gedacht. Wir sind zwar etwas enttäuscht, aber zuversichtlich in der nächsten Ausgabe einen Text zum dortigen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Heft zu haben. Gefreut hat uns, dass aktivistische Leute in Hamburg sich des Themas angenommen und uns eine Erklärung dazu geschickt haben.

Ansonsten gibt es in dieser Ausgabe auch wieder recht viel Internationales. Zum Beispiel einen Brief von Anarchist_innen aus den USA an den black bloc in Ägypten. Oder eine Betrachtung des Konfliktes zwischen Insurrektionalist_innen und den Mitgliedern anarchistischer Organisationen in Griechenland durch einen Anarchisten aus den USA.

Ein anderer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der NSU. Wer hat wann wie mitgemischt? Wir finden die Rolle des Verfassungsschutzes interessanter als die juristische Abwicklung in München. Dieser und weiteren Fragen widmen sich mehrere Texte in dieser Ausgabe.
Außerdem noch ganz viel, siehste ja....

In Hannover stehen die Proteste gegen die Frühjahrs-Innenministerkonferenz (IMK) an. Wenn du diese Zeitung in deinen Händen hältst ist die IMK allerdings wahrscheinlich schon gewesen, deshalb haben wir weder einen Aufruf noch einen Bericht für euch. Trotzdem hoffen wir, dass sie nicht ruhig über die Bühne gegangen ist. Mit Blockupy ist es so ähnlich. Aufgrund unseres Erscheinungstermins gibt's weder Aufrufe noch Berichte. Dafür aber einen Diskussionsaufruf vom M31-Netzwerk zur Unterstützung und Beteiligung an zukünftigen europäischen Generalstreiks.

An dieser Stelle käme jetzt eigentlich das fast schon obligatorische Gemecker über zu wenig Spenden und zu wenig Zusendungen, sparen wir uns diesmal aber. Stattdessen freuen wir uns lieber auf den hoffentlich in vielerlei Hinsicht heißen Sommer. Und natürlich können wir euch das antimilitaristische Sommercamp am GÜZ in der Altmark wärmstens empfehlen.

Eure Redaktion

p.s. Mit Freude hat uns die Nachricht von Margaret Thatcher's Tod erfüllt. Möge ihr politisches Erbe ihr bald nachfolgen.

Spenden:
Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Impressum:
autonomes Blättchen Nr. 13
Mai/Juni 2013

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarimus.blogsport.de

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Einsendeschluss für die 14. Ausgabe:
01.08.2013

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:
Uwe Binias
Waterloostr. 9
Hannover

Inhalt:

Dokumentation:

Aktion gegen Scheuerl, Arretz und KiK-Märkte

„Niemand, der mit oder für uns arbeitet, soll seelischen oder körperlichen Schaden nehmen."
(verspricht der Verhaltenskodex des Discounters KiK)

Am 02. und 04. April 2013 haben wir Aktionen gegen zwei Verantwortliche für seelischen und körperlichen Schaden 10.000er Produzent_innen in den Weltmarktfabriken von KiK Klamotten und Arbeiter_innen der Filialen in Europa gemacht. Getroffen hat es den Anwalt von KiK Walter Scheuerl, Krumdal 9, und den Geschäftsführer Michael Arretz, Weidenallee 45. Die Wohnhäuser wurden mit Farbe und Steinen bearbeitet, ebenso KiK Geschäfte in Wilhelmsburg, Billstedt und Altona.

Der Bürgerschaftsabgeordnete Scheuerl, umtriebig engagiert gegen emanzipative Regungen aller Art (Schulreform, Netzrückkauf, Tierschutz,...) ist für KiK dafür zuständig, unliebsame Kritik zu unterdrücken und gerichtlich zu unterbinden. 2010 versuchte er, die Ausstrahlung einer kritischen Fernsehdokumentation über die katastrophalen Arbeitsbedingungen bei KiK zu verhindern. Für Scheuerl handelt es sich bei tödlichen Wirklichkeiten in den Textilfabriken Asiens um ehrbare Unternehmungen bei KiK und anderer Auftraggeber, welche den „Broterwerb" der Arbeiter_innen sichern. Ähnlich unverfroren lobte er Stundenlöhne von 5 Euro in den KiK-Filialen in Deutschland als erfreuliche Möglichkeit der Armen, Hartz 4 aufzubessern.

Am 12.09.2012 forderte ein Feuer in der Textilfabrik Ali Enterprises in der Nähe von Karachi über 250 Menschenleben. Die genaue Anzahl der Toten war gar nicht festzustellen, da nur ein Bruchteil der Arbeiter_innen über einen Arbeitsvertrag verfügte oder bei der Sozialversicherung registriert war. Das dreistöckige Fabrikgebäude, in dem überall Textilballen lagerten, die in Folge eines Kabelbrandes schnell Feuer fingen, wurde zur tödlichen Falle. Die Fenster waren vergittert oder zugemauert. Der einzige, elektronisch gesicherte Ausgang war wegen Stromausfalls blockiert. Die Arbeiter_innen erstickten, verbrannten oder ertranken elendig im Löschwasser im Keller. Hauptabnehmer der Fabrik war KiK, einer der größten Textilhändler Deutschlands, der zur „Tengelmanngruppe" gehört. Hier wurden die Jeans mit dem Label „OKAY" gefertigt. Karl Erivan Haub, einer der Chefs von Tengelmann, betonte, dass für die Reputation des Konzerns der Schaden immens sei. Tatsächlich erbarmt sich das Unternehmen zu Entschädigungszahlungen von sage und schreibe 1(!) Million US-Dollar. Der Geschäftsführer Michael Arretz sagt sogar den Einbau von Notausgängen zu und versprach zusätzliche Feuerlöscher für die Produzenten die KiK beliefern. Er forderte eine Politik des Handelns der Konzerne gegen diejenigen Hersteller, die gegen Vorschriften verstoßen. Im Zuge einer „Null-Toleranz-Politik" sollten sie zukünftig keine Aufträge mehr erhalten.

Kurze Zeit nach dem o.g. verheerenden Feuer verbrennen im November 2012 über 100 Arbeiter_innen in der Tazreen Fabrik in Bangladesh. Auch hier ließ KiK Kleidung fertigen.
Seitdem gingen 28 Fabriken in Bangladesh und Pakistan in Flammen auf. Ende Januar brennt die Smart Export Garments Fabrik in Bangladesh. Sieben Frauen sterben, vier waren jünger als 17 Jahre. An der Brandstelle fanden sich Textilien mit dem Label von KiK. KiK weigert sich weiterhin Brandschutzabkommen zu unterzeichnen.

Wir glauben den Lügen der Mörder nicht. Nicht nur der grauenvolle Tod durch Fabrikbrände, sondern auch tägliche Sterben unter extrem unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Textilproduktionszentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas macht einen Angriff auf die globale kapitalistische Textilherstellung dringend erforderlich.

„Wir wollen, dass Zustände wie bei Ali Enterprises aufhören. Das betrifft die Besitzer, die pakistanischen Behörden, die ausländischen Auftraggeber." (ein pakistanischer Aktivist)
Wir wollen ebenso, dass diese Zustände aufhören. Was die Auftraggeber betrifft, gibt es für uns hier ein großes Spektrum an Interventionsmöglichkeiten und Zielen. Deutschland ist für die Textilgrößen einer der wichtigsten Märkte weltweit. Weltmarktführer Inditex/Zara, HM und KiK haben an die 1000 Läden in der BRD. Wir werden jetzt nicht das große Kampagnenwort in den Mund nehmen, eine langfristige Aktionslinie ist aber sicher möglich und wichtig.

Wir erinnern mit unserer Aktion an den Textilarbeiter Ali Amin, der im Juni 2010 während der Kämpfe um einen höheren Mindestlohn in Bangladesh von den Bullen erschossen worden ist und an alle, die bei den Fabrikbränden ihr Leben verloren haben.

Solidarische Grüße an die Genoss_innen, die Ende Januar 2013 in Ottensen die Scheiben von Zara, H&M, C&A usw. eingeschmissen haben, als eine Antwort auf den Brand der Tazreen Fabrik.

Hamburg im April 2013

War starts here – let's stop it here!

war starts here camp 21. – 29. Juli 2013

Nach einem erfolgreichen ersten Anlauf im letzten Jahr wollen wir vom 21. – 29. Juli ein zweites Mal international antimilitaristisch campen, diskutieren und Aktionen starten.
Das Camp wird auch dieses Jahr wieder in der unmittelbaren Nähe des Gefechtsübungszentrums Altmark (GÜZ) stattfinden. Das GÜZ ist einer der größten und der modernste Truppenübungsplatz Europas. Hier laufen verschiedene Formen und Facetten von Militarisierung, Krieg und Aufstandsbekämpfung zusammen. Wir wollen sie sichtbar machen, stören und angreifen!
Auf dem 230 qkm großen Gelände wird Krieg mit hochgerüsteter Technik und lasersimulierten Waffensystemen geübt und vorbereitet. Alle deutschen Soldat_innen bereiten sich hier auf den Auslandseinsatz vor, kurz bevor sie nach Afghanistan oder in den Kosovo gehen.
Seit Herbst 2012 wird auf dem GÜZ eine komplette Großstadt gebaut. In dem so genannten „Urbanen Kampfzentrum Schnöggersburg“ werden zukünftig Soldat_innen verschiedener NATO-Staaten Krieg und Aufstandsbekämpfung in den Städten und Metropolen dieser Welt trainieren.
Lasst uns diesen zentralen Ort der Kriegsvorbereitung in Europa erneut zu einem zentralen Ort internationaler antimilitaristischer Kämpfe und des Widerstands machen und zeigen, dass wir Krieg, wo er beginnt, auch aufhalten können!

Krieg beginnt hier! – was heißt das eigentlich?

Wo ist Hier und was bedeutet Krieg in einer Welt, in der sich das Zivile und das Kriegerische gar nicht mehr so sauber trennen lassen wie viele denken oder hoffen?

Ist das Hier, wo der Krieg beginnt, in Mali, wenn die ersten Bomber kreisen, oder im NATO-Hauptquartier wo Strategien erdacht und Befehle erteilt werden?
Ist Hier etwa in den Medien, in der Tagesschau und in Zeitungen, in denen Krieg legitimiert und rassistische, koloniale Muster bedient werden?
Ist Hier, wo die Folgen des Krieges im Ungesagten verschwinden?
Ist Hier die Normalität, in der Krieg zu einer Randnotiz verkommt und es möglich erschenint, in Frieden zu leben?
Ist es in den Schulen, Bussen und Bahnen, in Arbeitsämtern und auf Marktplätzen, wo für den Kriegsdienst und die staatliche “Sicherheitspolitik” geworben wird?
Oder dort, wo Leute auf dem GÜZ und in ähnlichen Einrichtungen als “zivile” Mitarbeiter_innen, Soldat_innen und Zulieferer_innen arbeiten?
Wo ist der Krieg, der hier beginnt?
Verankert er sich in der Totalität dieser Gesellschaft, in jeder Ritze und jedem Winkel der von Staatlickeit, Kapitalismus und Herrschaftssicherung durchdrungen ist?
Ist es “unser” Wohlstand, der durch Ressourcensicherung und das Freikämpfen der Handelswege gesichert wird?
Ist er schon da, wo Rüstungsgüter erforscht und gebaut werden und ein Interesse daran besteht, dass diese gekauft und genutzt werden?
Ist Hier in den patriarchalen Verhältnissen und der Zurichtung, die es besonders für junge Männer attraktiv erscheinen lässt, sich im Kampf als “echter Mann” zu beweisen?
Beginnt Krieg da, wo der Schutz von Frauenrechten zum Kriegsgrund erhoben wird, obwohl alle wissen, dass Krieg immer auch Vergewaltigung bedeutet?
Ist Zivil-Militärische-Zusammenarbeit schon Krieg?
Sind die Akademiker_innen, die an den Unis mit der Bundeswehr zusammenarbeiten Krieger_innen?
Und die Lehrer_innen, die die Soldat_innen an die Schule holen?
Kirche, Ausbildungsplatz, Krankenhaus, … wo beginnt hier der Krieg?
Wo bekämpfen wir ihn?

Krieg beginnt hier – da sind wir uns sicher

Auf dem letzten antimilitaristischen Camp haben wir unterschiedliche Diskussionen geführt. Wir haben eine Menge Fragen und bereits ein paar Antworten. Beide sind unvollständig.

Krieg beginnt hier, im Namen der Menschenrechte und Demokratie – in Afghanistan, Kosovo, Libyen, Mali...
Krieg beginnt hier nach wie vor beim Kampf um Ressourcen.
Krieg beginnt hier an den europäischen Grenzen mit rassistischer Flüchtlingsabwehr.
Krieg beginnt hier heißt, dass im Alltag Geschlechternormen (re)produziert werden, die militärische, männliche Identitäten begründen.
Krieg beginnt hier heißt auch, Militär und militärische Logik in alltäglichen Institutionen – an Schulen, im Arbeitsamt, Militärforschung an der Uni, zivil-militärische Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Entwicklungszusammenarbeit.
Krieg beginnt hier, wo Aufstandsbekämpfung erd-

acht, geübt und durchgeführt wird. Krieg wird zur Zeit als urbaner Krieg skizziert, um Bevölkerungen vor, während und nach Aufständen und sozialen Konflikten zu kontrollieren, zu manipulieren und zu bekämpfen.
Krieg beginnt hier, wo in den Kommandozentralen Drohnen und Kriegsroboter ferngesteuert werden.

Widerstand beginnt hier

Diese kurze Aufzählung ist gleichzeitig ein Aufruf, eigene Fragen zu stellen, sie aufs Camp mit zu bringen oder sie in anderen Zusammenhängen vor und nach dem Camp zu diskutieren.
Wir machen also den Vorschlag, in der Diskussion einen Schritt zurück zu gehen. Mit diesem Aufruf wollen wir Fragen aufwerfen und nicht versuchen, den letzten Schritt vor dem ersten zu gehen, sondern uns Raum zu nehmen, um verschiedene Ansätze auszutauschen. Dabei ist es nicht unser Ziel, am Ende mit einer geschlossenen Analyse der Dinge auseinander zu gehen. Vielmehr soll es Raum geben, Dinge zu klären, aber auch Verwirrung zu stiften und Widersprüche in und zwischen den verschiedenen Ansätzen offen zu machen und gemeinsam zu diskutieren.



Bei all den Fragen soll aber nicht zu kurz kommen, dass Rumsitzen und Diskutieren allein nicht taugen, um den kriegerischen Verhältnissen etwas entgegen zu setzen. Wir brauchen mehr inhaltliche Klarheit, um praktische Ansätze für eine erfolgreiche antimilitaristische Politik zu erarbeiten.
Was wir aber schon jetzt wissen, ist, dass das GÜZ ein richtiger Angriffspunkt ist. Nicht zuletzt, weil mit dem Spatenstich für die Aufstandsbekämpfungsstadt Schnöggersburg auch ein Ort gebaut wird, an dem wir unsere antimilitaristische Politik praktisch werden lassen können.
Deswegen wird es neben den Diskussionen auch Ausflüge und am 27. Juli einen Aktionstag auf und um das GÜZ geben!

Schmeißen wir die Erfahrungen unserer Kämpfe zusammen!

Militarisierung, „Vernetzte Sicherheit“, Aufstandsbekämpfung und letztlich Krieg sind immer auch ein Angriff auf alle sozialen, emanzipatorischen Bewegungen und somit gegen alle Menschen, die für eine befreite Gesellschaft kämpfen. Also vernetzen wir uns international, strömungs- und spektrenübergreifend, um zusammen zu diskutieren, Aktionen zu reißen und dem militaristischen Treiben vielfältigen Widerstand entgegen zu setzen.
Wir werden – in Anerkennung all unserer Unterschiede – das GÜZ wieder aufs Neue markieren, blockieren, sabotieren und heißen alle Aktionsformen willkommen.

Also kommt alle im Sommer zum antimilitaristischen Diskussions- und Aktionscamp!

Infos zum Camp, das Programm, die Offenen Briefe und Hintergrundmaterial findet ihr unter:

warstartsherecamp.org

Vorsicht! Abholung von Asservaten

Seit einiger Zeit verschickt das Polizeirevier Börde in Haldensleben (Altmark) Briefe, in denen die EmpfängerInnen zur Mitarbeit mit dem Repressionsapparat angehalten werden sollen. Es geht um die sichergestellten Asservate, also um Gegenstände die während des GÜZ-Camps 2012 bei einigen sichergestellt wurden. Dabei wird um schriftliche Mitteilung gebeten, ob die entsprechenden Gegenstände abgeholt oder vernichtet werden sollen. Falls auch ihr einen solchen Brief bekommen habt, haben wir hier ein paar Tipps für euch zusammengestellt:

1.) Falls es sich bei den betreffenden Asservaten um sehr persönliche Gegenstände handeln sollte, die ihr wirklich gerne zurückhaben wollt, solltet ihr schriftlich antworten, dass euch diese Dinge zugeschickt werden sollen. Ein Abholungstermin kann auch immer dafür verwendet werden, euch in Gespräche zu verwickeln, um Aussagen von euch zu bekommen. Egal, ob ihr persönlich, oder eine von euch bevollmächtigte Person dort erscheint.

2.) Falls es sich z.B. um mehrfach sichergestellte kopierte Karten oder Aktionsmaterialien etc. handeln sollte, solltet ihr diesen Brief einfach ignorieren und nicht darauf reagieren. Schon eine Rückmeldung, dass diese Gegenstände ruhig vernichtet werden können, kann euch womöglich als Aussage ausgelegt werden, dass das Zeug euch auch wirklich gehört.

Also: Keine Zusammenarbeit mit den staatlichen Repressionsorganen. Anna und Arthur halten wie immer das Maul. Wenn ihr Post bekommt, meldet euch bei uns oder dem EA Hamburg. Kontaktiert uns oder den EA per Mail nur verschlüsselt und beschreibt kurz: Absender des an euch adressierten Schreibens, Anlass / Inhalt (z.B. was wird euch vorgeworfen?), und wie der Stand hierzu gerade ist
(z.B. ob ihr schon Kontakt zu Roter Hilfe/EA/Anwält_innen habt).

Mail: antirep-warstartsherecamp@riseup.net

Dokumentation:

Vom Grollen der Vulkane in den Metropolen: 1. Mai verlängert

„Aufgrund von Sabotage im Betriebsablauf verzögert sich die Wiederaufnahme produktiver Geschäftigkeit. Wir bitten um Verständnis. Genießen Sie den verlängerten 1. Mai.“

(Dies könnte ein Lautsprecher heute auf einem Bahnsteig in Berlin verkündet haben.)

“Könnt Ihr das hören? Es ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht. Es ist die unsere, die wiederkehrt. Der Tag, der Tag war, wurde Nacht, und die Nacht wird der Tag sein, der Tag sein wird.”

Dies verkündeten am 21.12.2012 über 40.000 aufständische Indigene mit Schweigemärschen im Süden Mexikos. Mit ihrem Aufstand von 1994 gegen das damalige Freihandelsabkommen reklamierten die Aufständischen ein Lebensrecht und setzten dieses gegen die kapitalistische Dynamik, von der sie sich bedroht sahen und sehen. Wir antworten aus dem Dschungel der Metropolen: „Wir haben Euch gehört!“

Wir sehen selbst das Offenkundige: Eine Welt ausgeplündert, ausgedörrt. Flüchtlingsströme, Hungersnöte, Überschwemmungen, Dürren: die naturalisierten Folgen gesellschaftlicher Verhältnisse. Materielle und psychische Überlebenskämpfe, Konkurrenzkämpfe, Festung Europa, Kriege... Dafür aber Rettungsschirme für das Kapital, statt Banken abzuwickeln, statt Börsen still zu legen, statt endlich damit anzufangen, anders zu wirtschaften, anders zu leben.

Wir wollen den Betrieb hierzulande so ins Straucheln bringen, dass das die Menschen in Griechenland, in Spanien, in Portugal, Zypern.. und auch die indigenen Bevölkerungen dieser Erde, die für ein anderes Leben kämpfen, von hier aus unterstützt. Die sozial bewegte Situation im Süden Europas und auf anderen Kontinenten lässt sich von der gespannten Ruhe hier nicht trennen.

Dafür verlängern wir heute den ersten Mai, praktisch wie inhaltlich.
Wir haben an mehreren Orten im Süd-Westen Berlins, mit Wirkung in die „besseren“ Wohngegenden hinein, die Personenmobilität des Fern-, des Nahdes Güterverkehrs und der kaputtsanierten S-Bahn, sowie in Teilen die Telekommunikation stillgelegt, bzw. eingeschränkt. Dies mit einigen Auswirkungen für den morgendlichen Pendelverkehr, das Internet und die Mobiltelefonie. Für Menschen bestand zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr.

Wir verlängern den ersten Mai, den klassischen Kampftag der Arbeiterklasse, und bringen die auf dem Funktionieren von technischen Netzen und Kreisläufen basierende zerstörerische Normalität des Arbeits- und Ausbeutungsalltages für eine kurze Zeit ins Stocken.

Das, was IWF und Weltbank Ende des 20. Jahrhunderts als „Strukturanpassungsmaßnahmen“ für verschuldete Staaten in der sogenannten Dritten Welt entwickelt haben, wird derzeit in Griechenland erstmals für ein ganzes europäisches Land eingeführt und blüht den Menschen in Europa insgesamt. Griechenland und Zypern sind zu europäischen Experimentierlabors dafür geworden, wie weit die Menschen in die Armut gezwungen werden können und wo die Grenzen derartiger Enteignungsprogramme aktuell liegen. Dieses Modell könnte zur Matrix für ganz Europa werden. Einen Namen haben sie auch schon dafür: Agenda 2020. Für uns ist die Grenze längst überschritten. Als ein lokales Beispiel sei die zweite Fahrpreiserhöhung dieses Jahr durch den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und eine für die weitere Privatisierung und Zerschlagung sturmreif „sanierte“ S-Bahn genannt. Ein weiteres Beispiel liefert das Milliardengrab Flughafenneubau BER. Das einzige, was dort pünktlich fertig wurde, war der Abschiebeknast. Oder die explodierenden Preise für Mieten und Wohnraum. Oder Übersichtsaufnahmen auf Demonstrationen durch die Polizei.

Nicht erst die aktuelle Krise hinterläßt eine Spur der sozialen Verwüstung. Aber in der aktuellen Krise sehen wir eine neue Angriffswelle auf unsere Lebensperspektiven. Das Diktat der europäischen Wirtschaftseliten in Gestalt der Troika zwingt die politischen Eliten zunächst in Griechenland und Zypern, aber auch in Italien, Portugal, Spanien,... zu einem Sparkurs, der ausschließlich zu Lasten von Menschen geht, die die Verschuldung nicht zu verantworten haben und vom globalen Finanzmarktkapitalismus nicht profitieren. Es passiert vor unseren Augen und ohne Augenwischerei: Die Kürzungspolitik trifft die Armen und Ärmsten und das Kleinbürgertum. Nicht die Reichen. Nicht die Konzerne. Nicht die Banken. Nicht die Aufstandsbekämpfungseinheiten. Nicht das Militär.

Wir beobachten, wie die sich am ersten Mai straßennah gebenden deutschen Gewerkschaften internationalistisch orientierte Kämpfe links liegen lassen, wenn nicht blockieren. An einem europäischen Aktionstag

im vergangenen Jahr, während anderswo Hunderttausende auf den Straßen waren, organisierten hierzulande einige gewerkschaftliche Linksabweichler ein paar Dutzend Leute ans Brandenburger Tor – immerhin, könnten wir zynisch sagen und es dabei belassen, wenn diese Episode nicht symptomatisch wäre: Denn mit ihrem Konzept der Sozialpartnerschaft dienen sich die Gewerkschaftsführungen in Deutschland dem nationalen Kapital an. Obwohl sie damit seit langem in der Krise gelandet sind, versuchen sie, auch die Gewerkschaft auf europäischer Ebene nach dem deutschen Mitbestimmungsmodell zu gestalten. Damit ordnen sie sich den systemischen Vorgaben des transnational taktierenden Kapitals unter. Die von ihnen vertretenen abhängig Beschäftigten bleiben flexibler Produktionsfaktor, sie werden nicht „systemrelevant", und die Systemfrage bleibt auch trotz systemischer Krise tabu. Stattdessen zieht das Kapital mit seinen schmutzigen und teils tödlichen Produktionsstätten von einem Billiglohnland ins nächste oder importiert die Billiglohnarbeiterinnen in die Metropolenländer, je nach Bedarf. In dieser Situation fehlt den gewerkschaftlichen Kampagnen die angemessene Radikalität, sie hinken hinter den sozialen Notwendigkeiten hinterher – derzeit mit der Forderung nach Mindestlohn und der Einschränkung von Leiharbeit. Notwendig wäre stattdessen, dass aus gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Basisstrukturen heraus organisierte Menschen mit international koordinierten Generalstreiks die globalen Verwertungsketten sprengen und so die kapitalistische Produktionsweise als solche ins Zentrum ihrer praktischen Kritik stellen.

Uns deprimieren auch Demonstrationen, die nur laut verkünden: „Wir zahlen nicht für Eure Krise", solange auch wir diejenigen bleiben, die büßen müssen für die Schulden der Wachstumswahnsinnigen. Blockupy 2012 in Frankfurt/M. z.B. hat den Polizeistaat offenbart, dessen Personal als Option und Drohung bereits in den Kasernen bereitsteht. Derartige Bürgerkriegsmanöver lassen wir uns nicht auch noch von „Bewegungsmanagern" als Erfolg der Bewegung verkaufen.

Wir können auch anders, wenn Demonstrationen, wie z.B. in Berlin im vergangenen Jahr am 1. Mai von der Polizei angegriffen und zerschlagen werden oder in einer toten, aufstandsgesicherten Regierungsmitte tot laufen wie dieses Jahr. Mit der Sabotage der Infrastruktur treffen wir genauso wie mit einer Demonstration, nur eben anders.
Wir stellen unseren Angriff zur Diskussion als Alternative oder Ergänzung zur Ritualisierung der Maifestspiele, die uns durch die Repression aufgezwungen wird und die der derzeitigen Macht vielleicht gar nicht mehr schadet.

Generalstreik – Pausenmodus – Sabotage als sozialer Streik - Streik als soziale Sabotage

Wir beziehen uns mit unserer Aktion auf die Kämpfe derjenigen, die sich jenseits von Staats-, Partei- und Gewerkschaftsautoritäten organisieren und halten die Perspektive eines grenzenlosen Generalstreiks für richtig.
Ein politischer Generalstreik wird in Deutschland absehbar nicht unter Beteiligung der Gewerkschaftsapparate und der Parteien zu machen sein. Ein Generalstreik kommt von unten, von außerhalb der Parlamente, gegen diese und ihre formaldemokratischen Spektakel: Wahlkämpfe und die damit verbundenen periodischen Führungspersonalwechsel. Wir arbeiten mit *unseren* Mitteln an der Blockade der Metropole: Damit diese Steuerungsfiliale der globalen Kapitalverwertung einmal nicht reibungslos funktioniert. „Pausenmodus" nannten das andere, was uns sehr gefallen hat.

Wir agieren und formulieren ausdrücklich aus der Defensive, in der sich hiesige soziale Bewegung angesichts des neoliberalen Angriffes, den wir seit mehr als 30 Jahren durchmachen, nach wie vor befindet. Dennoch halten wir den Gedanken an die Machbarkeit eines internationalen und politischen Generalstreiks hoch, aber nicht als träumerische Illusion oder überhebliche Avantgarde-Inszenierung. Während sich Polizei und Militär schon seit langem auch hier in Deutschland auf Aufstände vorbereiten und gleichzeitig Waffen, Ausrüstung, Know How und Ausbildung nicht nur nach Athen zur Niederschlagung der dortigen Aufstände liefern, sehen wir unsere Aufgabe darin, mit unserer militanten Intervention für einen Generalstreik hier den Aufstand dort zu befördern.
Der Effekt unserer Aktion erinnert an einen Streik, indem er das Funktionieren von Verwertungs- und Funktionszusammenhängen stört. Die Gruppe *„Das Grollen des Eyjafjallajökull"* brachte das auf die Formel *„Sabotage als Streik"* und erklärte weiter: *„Nichts erscheint unwahrscheinlicher als ein allgemeiner Streik, als die allgemeine soziale Sabotage, die das Kontinuum der unentwegten Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung unterbricht – und nichts ist notwendiger. (...) Die Netzwerkinfrastrukturen, die uns einbinden und das Funktionieren des zerstörerischen Alltags sind kaputtbar."*
Wir machen uns mit unserer Aktion diesen strategischen Vorschlag und den Begriff des „Streiks als sozialer Sabotage" zu eigen. Zwar fehlt unserer Aktion – und das bedauern wir – die soziale Dimension eines politischen Streiks: Die gesellschaftliche Mobilisierung von unten gegen Herrschaft und Ausbeutung und die damit verbundenen massenhaften kollektiven Widerstandserfahrungen und Erlebnisse gemeinsamer Stärke. Doch auch aus einer Position der Defensive heraus lassen sich offensive Aktionen bewerkstelli-

gen, denen Effekte von Streik innewohnen. Wir unterbrechen mit unserer Aktion den Fluss der Mobilität und der Telekommunikation und damit den für Kapitalverwertung und Profitmaximierung notwendigen dynamischen Zustand, der die Menschen als Material mit Konsumenten- und Produzenteneigenschaften notwendigerweise eingewoben hält im beschissenen Gesamtzusammenhang. Die Sabotage der Warenflüsse, der Mobilität und der Datenflüsse behindert und unterbricht diesen a-sozialen Zusammenhang, wenn auch nur geringfügig, wenn auch nur punktuell, wenn auch nicht als breite soziale Massenbewegung. Die Sabotage als Streik gedacht, als Bruch mit den eingeübten Abläufen im Alltag, als Unterbrechung des täglichen Funktionierens im Netzwerk (früher im industriellen Zusammenhang: Räderwerk), bricht auch mit der Komplizenschaft durch Mit- oder Nichtstun.

Fanden Sabotage und Streik im vergangenen Jahrhundert innerhalb der Fabrikmauern statt, so hat sich der Arbeitsplatz *heute* in unser tagtägliches Leben hinein verlagert. Angesichts des Zwanges zur Selbstvermarktung führt kein Weg mehr an den globalen Netzwerkinfrastrukturen vorbei, die unsere Arbeitswerkzeuge geworden sind und über die auch wir selbst alles koordinieren und organisieren. Als Self-Manager oder Billiglohnkraft versklavt, im Verwertungsprozess lokal und global eingebunden, hilft uns eine solche Sabotage des Alltages, andere Lebensperspektiven, neue Räume, neue Sozialität jenseits informations- und kommunikationstechnisch basierter Herrschaft und Ausbeutung zu gründen.

Die Kritik, wir träfen mit unserer Aktion nicht die Richtigen, nehmen wir vorweg und sagen: Diese Kritik setzt bewusst oder unbewusst voraus, dass es eindeutig Richtige gäbe, die es zu treffen gälte. Gibt es aber nicht. Wir greifen die Infrastruktur an, um das Netz zu zerreißen, um die Dynamiken der Abläufe zu stoppen, die uns *alle* in dieses Macht- und Ausbeutungssystem einweben und zu Komplizen und Komplizinnen von Zerstörung und Mord machen. Unsere Ansatzpunkte dabei sind 1. die Sabotage von Funktionsabläufen und Infrastruktur an Stellen, wo keine Menschen in Gefahr kommen; 2. die Unterstützung politischer Streiks und der Aufbau von Aufstandsbewegungen, die sich untereinander unterstützen. Das ganze über Grenzen hinweg: Auch wir sind losgegangen und suchen nach angemessenen Formen von Widerstand und Solidarität, international und lokal. Deshalb erklären wir auch unsere Solidarität mit dem seit 520 Jahren andauernden Aufstand der Menschen gegen Kolonialisierung und deren Folgen. Deshalb unterstützen wir auch die Forderungen nach einem sofortigen Stopp des Krieges „niederer Intensität“ der Regierung Mexikos gegen alle zapatistischen Gemeinden!

Aus dem Dschungel der Metropolen antworten wir:

“Wir können das hören. Es ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht. Wir vertrauen darauf, das es auch die unsere ist, die wiederkehrt.”

„Vulkan Grimsvötn. Würde Freiheit Gerechtigkeit“

Dokumentation:

(B) Lohnarbeit du seist verdammt, Feuer und Flamme fürs Arbeitsamt!

Wir haben heute Jobcenter und Arbeitsämter in Tempelhof (Scheiben zerdeppert), Lichtenberg, Treptow Köpenick (Farbe), Reinickendorf (Hammer), Pankow (Feuer), Steglitz (Hammer) und die SPD Zentrale im Wedding (verantwortlich für die ganze Hartz4-Scheiße) angegriffen, weil wir Jobcenter und Arbeitsämter für zentrale Institutionen zur Durchsetzung des Zwanges zur Arbeit halten und obendrein verantwortlich für die meisten der in nächster Zeit drohenden Zwangsräumungen.

Die militante Geschichte des 1. Mai

Mittlerweile wurde vergessen, was der 1. Mai ursprünglich war: ein Kampftag für mehr Lohn aber vor allem für weniger Arbeit. Seinen Ursprung hatte die Tradition im Mai des Jahres 1886 genommen, als eine Streikdemonstration in Chicago am Haymarket von Polizei angegriffen wurde und die Polizei wiederum aus einer Seitenstrasse heraus mit einer Bombe beworfen wurde. Wer die Bombe tatsächlich geworfen hatte, war niemandem konkret nachzuweisen. Als geistige Urheber wurden acht Anarchisten ausfindig gemacht, denen aber nie etwas nachgewiesen werden konnte. Aber da fragt der Staat nicht so genau nach. Vier von ihnen wurden gehängt, Einer brachte sich im Knast um. Drei bekamen lebenslänglich. Fünf Jahre später wurden sie alle rehabilitiert. Die drei, die noch im Knast saßen wurden freigelassen, die vom Staat Ermordeten machte das aber auch nicht mehr lebendig. Den beim Bombenanschlag getöteten Polizisten wurde ein Denkmal gesetzt: die Bronzestatue eines Polizisten. Erst 1969 wurde dieser Provokation durch ein Kommando des „weather underground“ (bewaffnete Gruppe in den USA die in den sechziger und siebziger Jahren agierte) ein Ende gesetzt, indem es die Skulptur kurzerhand in die Luft jagte. Noch heute, über 40 Jahre später, sitzt ein Genosse des weater underground, David Gilbert, im Knast. Wir fordern seine sofortige Freilassung.

Der 1.Mai unter dem Faschismus und dem Staatskommunismus: warum wir den 2.Mai als Datum für unsere Anschläge wählten

Im Laufe der Jahrzehnte wurden die ursprünglichen Inhalte des 1. Mai deformiert und geradezu in ihr Gegenteil gekehrt. Aus dem Kampf zur Erlangung des 8-Stundentages wurde unter den Faschisten der Tag der Arbeit und im Staatskommunismus wurde der „Kampftag der Arbeiterklasse" von oben herab ausgerichtet. Die BRD nach 1945 legte Wert auf Kontinuität zum Faschismus und benannte den Tag ebenfalls „Tag der Arbeit", dabei die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bezeichnung des Tages ausklammernd, da man sonst auch an dessen militante Geschichte erinnert werden würde.

Während der 1.Mai hierzulande längst zum Bekenntnis reformistischer Treue zu Kapital und Staat verkam, zwar die Auswüchse des Kapitals anprangernd, dabei aber die kapitalistische Verwertung nicht in Frage stellend, während andererseits der sogenannte „revolutionäre 1.Mai" mehr zu einem Ritual mit Polizeierlaubnis verkommt, suchen wir mit unseren Anschlägen auf die Inhalte zurückzukommen:

Kampf der kapitalistischen Arbeit überhaupt!
Kampf der Lohnarbeit als Sklaverei!
Kampf dem Arbeitsamt und dem Jobcenter als Verwalter des Zwanges zur Arbeit!

Das Datum unserer Anschläge ist daher nicht der 1.5., es ist der Tag des Kampfes der Arbeitslosen, der 2.5., der Tag der wohl niemals, und von welchem System auch immer, vereinnahmt werden wird, da Arbeit, dieser Fluch der Menschheit, immer im Zentrum allen Profits, aller Ausbeutung und aller Knechtschaft stehen wird, ohne Arbeit aber das ganze kapitalistische System zusammenbricht: aber ist das nicht eine Perspektive, für die es sich zu kämpfen lohnt?

Jobcenter und Arbeitsamt als Durchsetzung des Zwanges zur Arbeit

Der Zwang zur Arbeit wird durch Institutionen wie dem Jobcenter und dem Arbeitsamt durchgesetzt. Zur Seite stehen ihnen dabei die Krankenkassen mit ihren Medizinischen Diensten, die uns, wenn wir krank machen, gesundschreiben, und damit den Jobcentern und Arbeitsämtern die Basis für Sanktionen liefern. Eine andere Institution ist der Sozialpsychiatrische Dienst, der mit der Zwangspsychiatrisierung die faschistische Einstellung weiterführt: wer die Arbeit verweigert, muss eine psychische Störung haben, muss weggesperrt werden. Werner Bräunig erstach den Chef seines Arbeitsamtes, um ihn für seine drohende Zwangseinweisung zur Verantwortung zu ziehen. Er wurde zu 14 Jahren Knast verurteilt.

Sanktionen des Jobcenter und wie sich Menschen in Italien auf Hartz4 vorbereitet

Im letzten Jahr wurden von den Jobcentern etwa 900.000 Sanktionen verhängt, vor allem, wegen Nicht-einhaltens von Terminen. Die Waffe gegen uns ist die Geldkürzung, obwohl mensch schon mit dem aktuellen Satz kaum über die Runden kommt. Dennoch hat sich in anderen europäischen Ländern herumgesprochen, dass sich mit Hartz4 ohne zu Arbeiten halbwegs leben lässt. Um einigermaßen cool durch den Bürokratiedschungel des Jobcenters bzw. des Arbeitsamtes hindurchzukommen, grassieren beispielsweise innerhalb der italienischen community reader auf italienisch, die bei den Tücken der Antragsstellung und überhaupt bei der Bewältigung der Schwierigkeiten, die bei Jobcenter und Arbeitsamt drohen, beraten und helfen sollen.

Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen des Jobcenter und des Arbeitsamtes versuchen illegaler Weise immer wieder Menschen aus Polen, Spanien, Italien oder Frankreich Geld zu verweigern, indem sie ihnen erzählen, dass sie in der BRD nicht versicherungspflichtig gearbeitet hätten und ihnen kein Geld zustehe. Aus dieser Sicht sind derartige reader genau der richtige Weg, Menschen vor solchen Betrügereien durch Jobcenter und Arbeitsamt zu schützen, zumal darin auch Adressen von Beratungsstellen und Anwälten und Anwältinnen zu finden sind.
Es gibt mehr Arbeitsplätze als sinnvoll sind. Allein in der Bundesagentur für Arbeit werden 83.600 Leute beschäftigt, einzig um Arbeitslosengeldbezieher_innen zu kontrollieren und zu verwalten. Damit macht die Bundesagentur für Arbeit auch noch fett Gewinn: ungefähr 2,5 Milliarden Euro hat die Bundesagentur im Jahr 2012 an Überschuss erwirtschaftet.

Niedriglöhne und Zwangsumzüge

Die Niedriglöhne gegen 4,9 Millionen Menschen können nur aufrecht erhalten werden, weil Jobcenter und Arbeitsämter die Löhne abfedernd subventionieren, den Kapitalisten also einen Teil der Zahlungen abnehmen. Das ganze nennt die Bürokratie „aufstocken". Löhne von 3,75 Euro werden so auch noch unterstützt und mensch landet trotz 40-Stundenwoche beim Amt, das ihm/ihr womöglich die Übernahme der Mietkosten verweigert, weil die Miete über dem vom Jobcenter finanzierten Hartz4-Satz liegt. So drohte am Kottbusser Tor einer arabischen Familie aus genau solchem Grund die Zwangsräumung, die nach einer Intervention durch das Bündnis „Zwangsräumungen verhindern" lediglich verschoben wurde, aber von der Vermieterin, der GSW, nicht zurückgenommen wurde, der Familie also nach wie vor droht. Überhaupt ist, neben den Profiteuren

der Mietsteigerungen wie öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, privaten Wohnungseignern wie Brigitte Hartig (Wohnsitz: Bollmannweg 10, 13595 Berlin// Tonstudio: Soorstraße 14, 14050 Berlin), die Rosemarie Fließ zwangsräumen ließ, die zwei Tage nach ihrer Räumung starb, Immobilienspekulanten wie Goldman Sachs u.a. das Jobcenter mitsamt dem Amt für Grundsicherung hauptverantwortlich für die meisten Zwangsräumungen der letzten Zeit. Einerseits, weil es gnadenlos die sogenannte „Ausführungsverordnung Wohnen" für Hartz4-Bezieher und Bezieherinnen durchsetzt, das Mieten ab 394 Euro nicht übernimmt, Schulden für die Miete anhäufen lässt, die die Begründung von Zwangsräumungen abgeben. Zum anderen, weil es immer wieder, sei es aus Unfähigkeit, sei es aus Kalkül, Mietzahlungen nicht an Vermieter und Vermieterinnen überweist und dadurch Mietschulden verursacht, die auch so die Begründung von Zwangsräumungen liefern.

In Berlin liegen 63.600 Bedarfsgemeinschaften über den Mietsätzen der Jobcenter. Allen droht über kurz oder lang die Zwangsräumung. Das werden wir verhindern, wenn es uns gelingt, einen militanten Widerstand im Kiez zu organisieren. Kommen wir zusammen.

Lassen wir uns nicht spalten in unserem Kampf für ein Leben ohne Arbeit, gegen Jobcenter und Arbeitsamt und Psychiatrie, gegen den medizinischen Dienst der Krankenkassen, gegen den Knast!
Für Aneignung!
....

Zypern: Neither the haircut, nor the hairdresser!

Weder die Frisur noch der Friseur – Anmerkungen zur aktuellen Sachlage

Der Abschlag von Sparguthaben und die anderen bevorstehenden Maßnahmen des Memorandums können nicht durch das Prisma einer guten oder einer schlechten Verwaltung der Wirtschaft erklärt werden. Immerhin war die Regierung dieses Landes vor nur einer Woche noch in den Händen der linksgerichteten AKEL, die die Gesetze des Memorandums akzeptierte und durchsetzte, ohne sich über die endgültigen Fassung des Memorandums geeinigt zu haben – und natürlich ohne jemals Geld von dem viel gepriesene Darlehen gesehen zu haben. Die große Enttäuschung der Menschen über den finanziellen Verfall wurde bei den letzten Wahlen über die Gewinne der DISY [‚Demokratische Zusammenkunft' - die konservative Massenpartei Zyperns] ausgedrückt.
Die Umverteilung der Schäden auf Kosten der kleinen SparerInnen kam wenig überraschend. Die neoliberale Logik verlangt die Aufhebung der gesellschaftlichen Errungenschaften [im Sinne der früheren sozialen und Arbeitersiege - Anm. CI], die Privatisierung von öffentlichem Vermögen und die Kompensierung der Verluste des Kapitals zu jedem Zeitpunkt auf Kosten der ArbeiterInnen auszugleichen.
Es wurde sehr schnell deutlich, dass Anastasiadis [der zypriotische Präsident] nicht zu seinem Wahlversprechen – seine neoliberalen "FreundInnen" in Europa davon zu überzeugen, die Politik, die er selbst vertritt, zu unterstützen – stehen konnte. [Externe] Unterstützung für die lokalen Eliten, auf die Anastasiadis gehofft hatte, prallte an den Interessen der stärkeren, supra-nationalen Eliten ab, die es auf das eigene Vermögen abgesehen hatten. Der Abschlag aller Einsparungen war ein verzweifelter Schritt der Regierung, um die Verluste des inländischen Kapitals, deren Interessen sie vertritt, zu begrenzen.
In der vor uns liegenden Zeit wird der Staat eine Reihe von Strategien nutzen, um zu versuchen, den gesellschaftlichen Schockzustand zu neutralisieren: Er wird auf die nationalen Interessen schwören und die Aussicht auf [Einnahmen durch] Erdgas – und für diejenigen, die auch das nicht schlucken werden, wird er brutale Repression im Namen von Recht und Ordnung einsetzen.
Wie bei den ersten Kundgebungen gegen das geplante Gesetz über die Einsparungen beobachtet werden konnte, kommen Reaktion darauf aus dem gesamten politischen Spektrum. Wir, als Teil des weitläufigen antiautoritären Raums, sind nicht der Auffassung, dass irgendeine Autorität in der Lage ist, unser Leben zu verwalten. Wir passen uns de facto weder jeder/m an, die/der eine Kritik an dem Memorandum artikuliert, noch glauben wir, dass es irgendeine sozial gerechte Lösung im Rahmen des aktuellen kapitalistischen Systems geben könnte. Die heutige Systemkrise ist für uns ein weiteres Aktionsfeld für die Entwicklung einer sozialen Bewegung der Subversion. Und deshalb werden wir mit allen, die diese Perspektive teilen, zusammenarbeiten.

Ansammlung der Ungezogenen GenossInnen aus dem anarchistischen / anti-autoritären Raum

Nikosia, 19. März 2013

Europäische Generalstreiks – sind auch unsere Sache

Ein Vorschlag zur Verständigung über aktive Unterstützung

Wir, das M31-Netzwerk, schlagen vor, im nächsten halben Jahr in Deutschland zu einer Verständigung über die aus unserer Sicht überfällige aktive Unterstützung der in vielen europäischen Ländern stattfindenden Generalstreiks zu gelangen. Wir sind überzeugt, dass es Zeit ist, auch auf der etwas sonnigeren Seite der Straße (über der mittlerweile ja ebenfalls Gewitterwolken aufziehen) das bewusst zu machen und zu bekämpfen, was derzeit in Europa geschieht – und das jenseits der x-ten Kundgebung vor dem griechischen oder spanischen Konsulat. Dabei setzen wir auf die Beteiligung von emanzipatorischen Menschen, die aus den unterschiedlichsten Beweggründen den aktuellen Entwicklungen aktiv etwas entgegensetzen möchten: kämpferische KollegInnen in den Betrieben und Gewerkschaften, solidarische SchülerInnen, Studierende und Erwerbslose, politische AktivistInnen…

Die Ausgangslage…

…ist zugegebendermaßen schlecht. Im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums haben in den letzten Jahrzehnten viele Staaten ihre Märkte umfassend dereguliert, soziale Sicherheiten gestrichen, soziale Kontrollen verschärft, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte der Lohnabhängigen beschnitten, ihre Grenzen für Flüchtlinge weiter dicht gemacht.

In sämtlichen europäischen Ländern (und darüber hinaus) werden die Auswirkungen der nun seit mehreren Jahren andauernden Krise spürbar. In Spanien, Griechenland und Portugal sind ihre Auswirkungen verheerend. Dort herrscht Massenarbeitslosigkeit, Menschen wird die Existenzgrundlage entrissen, die Möglichkeit genommen ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen: nach physischer und psychischer Unversehrtheit, genug zu Essen und einem Dach über dem Kopf. Dies bedeutet nicht nur massenhafte Verbreitung von Armut und Elend in allen Lebensbereichen. Es bedeutet in den drastischsten Fällen sogar den Tod von Menschen, bedingt zum Beispiel durch den kompletten Zusammenbruch des Gesundheitssystems in Griechenland, welcher zur Folge hat, dass Menschen lebensnotwendige Medikamente nicht mehr erhalten – von den rasant steigenden Suizidraten gar nicht zu reden.

Auch in Deutschland, obwohl einer der "Krisengewinner", wird der Klassenkampf von oben verschärft, nimmt die Spaltung zwischen arm und reich zu. Prekäre Anstellungen werden seit Jahren auch hier immer häufiger, Lohndumping ist auf der Tagesordnung, Bildung wird mehr und mehr zur reinen Zurichtung für die Verwertbarkeit auf dem Markt, bezahlbarer Wohnraum wird besonders in den großen Städten zur Mangelware, der Gang zur Arge wird mehr und mehr zum Spießrutenlaufen.

KrisenverliererInnen sind hier vor allem die Menschen, die ihren Lebensunterhalt im Niedriglohnsektor verdienen müssen, der mit rund 8 Millionen Menschen fast so groß ist wie die gesamte Bevölkerung Griechenlands. Da überdurchschnittlich viele MigratInnen und Frauen in diesem Sektor arbeiten, sind insbesondere sie von der Krise betroffen. Zudem werden Krisenlasten durch die Streichung öffentlicher Dienstleistungen insb. in den südeuropäischen EU-Ländern, wo sich die Krise am deutlichsten zeigt, auf die Privathaushalte und dort – gemäß der überkommenen Arbeitsteilung – auf Frauen abgewälzt. Viele Frauen sehen sich so auf den Bereich häuslicher Reproduktions- und unsichtbarer Arbeit (z.B. Pflege von Familienangehörigen) verwiesen, zugleich aber auch selbst zur Erwerbsarbeit gezwungen, da Sozialleistungen sinken und das fordistische Familienernährer/Hausfrauen-Modell angesichts sinkender Reallöhne erodiert.

Was passiert - und warum passiert hier nichts?

In vielen Ländern gab und gibt es heftigen Protest gegen die brutale Krisenpolitik der europäischen Regierungen und der Troika, die unter Federführung der deutschen Regierung stattfindet. Vielerorts sind Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden. Allerdings machen sich die dominierenden Kräfte in den großen reformistischen Gewerkschaften kapitalistischen Standortinteressen zu eigen und forderten allenfalls soziale Trostpflaster für die neoliberale Entwicklung, der sie sich weitgehend fügen (müssen).

Trotz einiger Versuche, sich zu vernetzen und solidarisch aufeinander Bezug zu nehmen, sind die Auseinandersetzungen und Streiks aber immernoch weitgehend isoliert und auf einzelne Länder beschränkt.

Am 31. März 2012 gelang es dem M31 – Netzwerk aus anarchosyndikalistischen und basisorientierten Gewerkschaften, antifaschistischen Gruppen und Organisationen aus dem antiautoritären und antikapitalistischen Spektrum einen ersten länderübergreifenden Aktionstag zu organisieren, an dem sich Menschen in mehr als vierzig Städten – nicht nur europaweit – beteiligten. M31 richtete sich gegen die herrschende Krisenpolitik der EU und für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Nationalismus.

Einige Monate später, im November 2012, schrieb das monatlich erscheinende Forum sozialismus.de:

"Am 14. November – inmitten der Woche – passierte etwas Neues. Ausgehend von Spanien und Portugal legten GewerkschafterInnen in Italien, Griechenland, Frankreich und Belgien die Arbeit nieder. Ein koordinierter »Aktions- und Solidaritätstag«, wie es ihn zuvor in Europa noch nicht gegeben hat."

Der DGB-Bundesvorstand konnte sich lediglich zu einigen wenigen Kundgebungen aufraffen. Auf labournet.de wurde die Lage in verschiedenen Artikeln wie folgt kommentiert: "In fünf EU-Staaten legen Millionen Beschäftigte die Arbeit nieder, um gegen die Folgen der EU-Krisenpolitik zu protestieren. Die Kollegen im Krisengewinnlerstaat Deutschland schicken solidarische Grüße..." Und: "Während in den Krisenländern große Lernschritte hin zu grenzüberschreitender, gemeinsamer Aktionen getan werden, hat der 14. November einmal mehr gezeigt, dass es schlecht bestellt ist um die Solidarität in der Bundesrepublik, wo sie doch gerade hier gefordert wäre!"

Wir teilen die Einschätzung, dass sich die großen Gewerkschaften weiterhin nicht zu einem solidarischen Handeln entschließen werden. Genau dort wollen wir aber hin! Wir wollen keine nationalen Standortinteressen verteidigen, sondern einen grenzüberschreitenden Kampf gegen die Zumutungen der kapitalistischen Verhältnisse. Diese haben sich auch in der BRD in den letzten Jahren verschärft – nicht umsonst steht Deutschland heute als relativer „Krisengewinner" dar. Die Agenda 2010 wurde 2003 von Rot-Grün durchgesetzt. Diese Agenda wird nun in ähnlicher Form den Krisenstaaten durch die Troika aufgezwungen. Sie erzeugte hier bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise für viele Beschäftigte und Arbeitslose eine permanente individuelle Misere. Da die Gewerkschaften und andere linke politische Gruppen gleichzeitig kaum in der Lage (und häufig auch nicht willens) waren und sind, Wege zu einem kollektiven, antikapitalistischen und emanzipatorischen Widerstandsprozess von unten aufzuzeigen, werden die individuellen Krisenerfahrungen weiterhin im Kreis des Privaten verhandelt und verarbeitet.

Auch wenn damit keineswegs hinreichend erklärt ist, warum der soziale Frieden in Deutschland anhält, zeigt sich, dass es dringend notwendig ist, Diskussionen darüber zu führen, wie wir gemeinsam handlungsfähig werden können und wie eine aktive Solidarität praktisch umgesetzt werden kann. Aus diesem Grund macht das M31 – Netzwerk einen konkreten Vorschlag zum Handeln:

Wir rufen dazu auf, sich auf betrieblicher- und auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen an allen Orten aktiv an einem zukünftigen europäischen Generalstreik oder einem im Herbst 2013 oder Frühjahr 2014 zu erwartenden Generalstreik in Spanien zu beteiligen. Damit können wir die Kämpfenden und Streikenden in Europa öffentlichkeitswirksam unterstützen, uns aber auch für die Verbesserung unserer eigenen Arbeits- und Lebenssituation einsetzen.

Der Tag, welcher... Was soll passieren?

Zunächst muss eine kleine Hürde genommen werden. Ein Generalstreik in Spanien (oder eine ähnliche Gelegenheit) hat keinen Monate im Voraus feststehenden Termin. Er wird in der Regel zwei bis vier Wochen vorher veröffentlicht. Das erschwert die Planung für alle, die sich beteiligen wollen, macht das Gelingen aber definitiv nicht unmöglich. Die Idee ist, möglichst bundesweit (vielleicht nicht in jeder Stadt, aber in vielen Regionen), den Alltagsbetrieb einen Tag (oder auch länger) mit den unterschiedlichsten Mitteln zu stören und solidarisch miteinander auf unterschiedliche Themen aufmerksam zu machen.

Wir könnten uns folgendes Szenario vorstellen: Ein Termin wird bekanntgegeben und möglichst schnell in ganz Deutschland als "Der Tag, welcher..." publik gemacht. Ab dann kann es richtig los gehen: Betriebsrät_innen können Betriebsversammlungen einberufen und diese außerhalb des Betriebs abhalten. An Unis und Fachhochschulen können Vollversammlungen und Streiks abgehalten werden. SchülerInnen-Vertretungen können zu einem Schulstreik aufrufen. Das sind nur einige wenige Ideen. Es gibt eine Reihe anderer Möglichkeiten, den Alltagsbetrieb zu stören.

Am Tag selbst wäre es wünschenswert, dass an möglichst vielen Orten in den beteiligten Städten Aktionen stattfinden, die sich bestenfalls sehr unterschiedlich gestalten. Von Kundgebungen und Performances an öffentlichen Orten oder z.B. Verkehrsknotenpunkten über die Präsenz vor besonders "miesen" Betrieben oder dem Jobcenter bis hin zur Störung des öffentlichen Nahverkehrs durch mobile Streikposten. Eine Kundgebung vor Flüchtlingsheimen ist ebenso denkbar wie die Besetzung von Häusern durch Wohnrauminitiativen.

Haben wir es geschafft, über den Tag hinweg Präsenz zu zeigen und in den städtischen Tagesablauf merklich einzugreifen, planen wir eine Kundgebung früh abends an einem zentralen Platz in der jeweiligen Stadt, wo sich alle Beteiligten zum gemeinsamen Protest zusammenfinden.

Wir schlagen vor, in den Städten und Regionen gemeinsam in unterschiedlichen Spektren zu diskutieren, welche Aktionsformen konkret realisierbar und politisch wirksam sind. Bitte debattiert darüber auf Versammlungen, Kongressen, Vernetzungstreffen, in den Vereinen, Communities und Initiativen und entwickelt die Ideen weiter. Wie der Tag letztlich ablaufen wird hängt von unserer gemeinsamen Handlungsbereitschaft ab.

Kämpfen wir gemeinsam für die Verbesserung unserer Lebenssituationen!
Seien wir solidarisch mit den Streikenden in Europa
Streiken und kämpfen wir für eine herrschaftsfreie Gesellschaft jenseits kapitalistischer Verwertung.

M31-Netzwerk, 1. Mai 2013

Revolte in Slowenien
GOTOVI SO! Sie sind alle erledigt!

Vor fünf Monaten haben sich Leute in Slowenien in einer dezentralisierten massiven Revolte erhoben. Sie makierte den Beginn eines intensiven und zum größten Teil selbstorganisierten Widerstandes gegen die Krise. Dieser Aufstand begann in Maribor und richtete sich gegen den korrupten Bürgermeister und den Rat der Stadt, seinen Ursprung aber hat er in mehr als 20 Jahren Übergangspolitik und Kapitalakkumulation, die die bestehende Ungleicheit und Ohnmacht verstärkte.

Die langsame Privatisierung der Gesellschaft war nie dazu bestimmt, uns ein gutes Leben zu ermöglichen und jetzt wird es endgültig verworfen. Aber durch unseren Aufstand verschieben sich die Machtverhältnisse. Genau wie der Widerstand überall in Europa, hat dieser Prozess viele verschiedene Kampf- und Ausdrucksformen. Alle sind gleichermaßen wichtig und keine sollte ignoriert, bei Seite geschoben oder kriminalisiert werden. Es liegt an dieser Vielfalt, dass wir uns in einem Prozess befinden, der die Macht neuausrichtet, um die Kontrolle über unser eigenes Leben wiederzuerlangen und der nicht übernommen, mit einem Warenzeichen versehen oder instrumentalisiert werden kann von irgendwelchen partikularen Interessen, Gruppen oder Parteien. Auf diesem Wege, öffnet sich ein Prozess der Raum für Leute zurückgewinnt, um in den Diskurs der Krisenpolitik zu intervenieren, der in ganz Europa angewandt wird.



Deswegen sagen wir: „Der Aufstand gehört jedem/r Einzelnen und Allen von uns!

Der von Anfang an gezielte Schrei danach, die politische Elite raus zu schmeißen macht deutlich, dass es um mehr geht als nur um eine_n einzelne_n Politiker_in oder eine einzelne Clique. Die Korruption von Individuen durch die Macht ist nur ein extremes Beispiel für die Korruption die wir bekämpfen: das System an sich. Deswegen müssen wir den Kampf über den Sturz der gegenwärtigen Regierung und über die Grenzen unserer Städte und Staaten hinaus fortsetzen. Wir fordern einen anderen Prozess, einen konstituierenden Prozess basierend auf der Befriedigung unserer Bedürfnisse. Niemand an der Macht wird uns wohlwollend Alternativen anbieten, also werden wir sie von Unten erzwingen!

Deswegen sagen wir:
„Niemand repräsentiert uns und wir wollen nicht diskriminieren: Sie sind alle erledigt!"

In den Monaten seit Beginn des Aufstands, haben wir zunehmende, drakonische Angriffe durch die Polizei erlebt. Wir wurden in unseren Häusern und an öffentlichen Orten eingeschüchtert; wir wurden mit Pfefferspray und Tränengas eingesprüht; wir wurden zusammengeschlagen und aus erfundenen Gründen für lange Zeit und ohne Anklage inhaftiert; wir wurden verfolgt und auf die Probe gestellt. Der Aufstand selbst wurde kriminalisiert!

Der wachsende Polizeistaat ist ein deutlicher Indikator dafür, dass der Widerstand hier und überall in Europa diejenigen in ökonomischen und staatlichen Machtpositionen erschüttert hat. Dieser Prozess findet ohne Frage statt wegen der systemischen Gewalt, der wir uns tagtäglich gegenüber sehen und die ungeheuer negative Auswirkungen auf unser Leben hat. Die Finanzmärkte und Banken greifen unsere Mittel der sozialen Reproduktion an, nehmen uns unsere Häuser und bedrohen uns mit Schulden; der Staat macht die Drecksarbeit in dem er uns ruhigstellt während dieses Raubüberfalls.

Deswegen sagen wir:
„Polizei überall - Gerechtigkeit nirgendwo!"

Dies ist ein Aufstand der über die spezifischen, lokalen Prozesse in Slowenien hinaus reicht. Er reicht bis ins Herz der großen Lüge, dass eine Marktökonomie und privatisierte Industrie, Dienstleistung und privat Eigentum letztendlich zu Wohlstand für alle Menschen führen wird. Das Projekt eines neoliberalen Europas, ein konstituierender Prozess von Oben, ist der Hauptweg uns diese Lüge zu verkaufen, während es die Kosten für eine Krise, die wir nicht geschaffen haben, vergesellschaftet. Das System bekommt Akkumulation und wir bekommen Austerität. Wir können kein transnationales Kapitalsystem bekämpfen, wenn wir in unseren Nationalstaaten verhaftet bleiben. In der Tat überwinden wir durch diesen Kampf engstirnige Identitäten, historische Mythen und politische Grenzen.

Deswegen sagen wir:
„Transnationalisiert den Aufstand!"

anarchistische Föderation www.a-federacija.org/english/



Indymedia Athen zur Abschaltung

Die Zensur in der Epoche der Junta der Memoranden und des Kapitalismus

Die Geschichte ist alt … . Die Versuche der Zensur und Unterdrückung ebenfalls … . Beginnend von Anfragen Faschistoider im Pfuhl des Parlaments, über Drohungen und außergerichtliche Schreiben des OTE … manchmal offen unterdrückend und manchmal tückisch und unterirdisch mit Stromunterbrechungen an den Wochenenden und vor bedeutenden Aktionen … . All die Jahre seit 2008 bis heute haben sie nicht geschafft UND WERDEN AUCH JETZT NICHT SCHAFFEN, athens.indymedia zu schließen.



Diesmal stehen ein "Unternehmer" und ein Direktor im Vordergrund. Ein skrupelloser Geldjäger, der mit unfassbaren Tricks ein großes Vermögen machte (Alafousos), und ein dahergelaufener und vorübergehender Typ, der dem Ausverkauf des Wissens zu Gunsten der Herren zustimmt. Ein "Akademiker", der um sein schäbiges Gehalt und seine Privilegien zu retten nicht zögert, jede Bedeutung der Freiheit des Wortes, des freien Austauschs der Gedanken, genau jener Elemente zu unterlaufen, welche das gesellschaftliche Asyl etablieren, das wir auch – koste es, was es wolle – verteidigen werden. Dieser niederträchtige kleine Beamte kollaboriert jetzt mit den Mördern eines ganzen Volkes und wird Vorreiter in der Knebelung jeder sozialen und arbeitsrechtlichen Forderung und ignoriert dabei ostentativ die Unterstützung der Studentenverbände an die Medien der Gegeninformation. Diese Unterstützung nahm sogar auch die Form konkreter Resolutionen von den Studenten an … . Er hat also sein Gehalt verdient. Heute ist also das Bedürfnis des Staates offensichtlicher denn je, seine Zähne zu zeigen, jede Form des Kampfes und des Widerstands zu unterdrücken (von der Unterdrückung der Arbeitskämpfe, der lokalen Umweltaktionen, der besetzten selbstverwalteten Lokalitäten), alles zu zensieren, was sich nicht seinen Gelüsten unterwirft oder die soziale Erniedrigung öffentlich macht, die wir alle heute durchleben, mit dem Ziel der Versklavung einer ganzen Gesellschaft. Heute ist es für die Macht, die Herrscher, die Regierungs- und sonstigen Sprachrohre der Troika und der Memoranden erforderlicher denn je, dass die düstere Stimmung der Regime- und Regierungspropaganda vorherrscht, so wie sie von den Fernsehkanälen, der Presse und den Radiostationen des Regimes zum Ausdruck gebracht wird.

Heute ist es für den Staat mehr als erforderlich, dass jede freie Äußerung, jede freie Verbreitung radikaler und subversiver Ideen in der Hoffnung geknebelt wird, dem Widerstand all jener Einhalt zu bieten, die sich nicht stillschweigend dem Schicksal ergeben, das sie ihnen bereithalten.
Ihr oberstes Ziel, aber auch ihre vergebliche Hoffnung ist, jeden Versuch der Diskussion, Vision und Aktivität in Richtung einer unterschiedlichen – kämpferischen Organisation und Ausdrucksweise der Gesellschaft zu unterbinden und zu dekoordinieren. Sie werden es jedoch nicht schaffen, wie sie es auch in allen ihren vorherigen verzweifelten Bemühungen nicht geschafft haben.

athens.indymedia ist die Summe seiner User, all jener, die über den Klassen- und Gesellschaftskampf informieren und sich darüber informieren. So sehr sie sich also auch bemühen, sie werden es nicht knebeln. Zensur und Unterdrückung schüchtern uns nicht ein, sondern machen uns dagegen stärker. Als Betreiber-Team von athens.indymedia tun wir alles was möglich ist, damit die Bemühung um die Publizierung und Promotion der Kämpfe und des gesellschaftlichen Widerstands erhalten bleibt.

Wir setzen unsere Bemühungen fort und sehr bald wird athens.indymedia.org wieder normal funktionieren. Wir werden fortfahren, das Recht auf Nutzung des öffentlichen Netzes einzufordern, und glauben unerschütterlich, dass alles beliebige Öffentliche der Gesellschaft und nicht der Macht, dem Staat und dem Kapital gehört. Wir werden ihnen nicht gestatten, sich an ihrer Unterdrückung zu erfreuen. Wir werden ihnen nicht gestatten, für immer die öffentlichen Ressourcen zu vergiften, die uns gehören! Wir werden nicht untätig zusehen, nicht schweigen und uns keiner Unterdrückung und keiner Zensur unterwerfen, sogar auch wenn dies bedeutet, dass wir "ins Exil" gehen und fruchtbaren Boden an anderen Orten der Beherbergung suchen werden müssen.
Die Gegeninformation lässt sich nicht knebeln, nicht zensieren und nicht unterdrücken! Die Gesellschafts- und Klassenkämpfe werden nicht von verkauften kleinen Beamten und Unterdrückungsmechanismen zum Stillstand gebracht!

… Sie wird es nicht schaffen, die Kontra-Information zu unterdrücken!

Das Betreiber-Team von: athens.indymedia.org

12. April 2013

(Seit dem 22. April senden Indymedia Athen und radio 98fm wieder aus dem besetzten Rektorat des EMPolytechnikum auf dem Campus Zografou. Trotzdem demonstrierten am 25. April 4000 Menschen gegen die Zensur.)

Die Deutsche Telekom als Behörde, die Indymedia Athen abschaltet

Die Deutsche Telekom verweist auf ihrer Homepage, dass in Deutschland das DPI (Deep Packet Inspection) Verfahren zur Überwachung und Filterung von Datenpaketen „streng geregelt“ wäre. Wenigstens wird uns hier nicht präsentiert, dass ausgerechnet für den Spitzelkonzern Deutsche Telekom Meinungsfreiheit und Datenschutz ein zutiefst moralisches Gebot wär. Stattdessen erfolgt der Verweis auf bestehende Gesetze, an die sie sich halten würden.

Die Methode der Kontrolle von Datenpaketen durch DPI wird von Konzernen wie der Telekom aus kommerziellen Interessen eingesetzt, während Staaten mit ihrer Methode ihre BewohnerInnen effektiv kontrollieren wollen. Eine englischsprachige Abhandlung zum Thema von Ben Wagner „Deep Packet Inspection and Internet Censorship“ benennt mit China und Tunesien zwei Staaten, die mit Hilfe von DPI das Internet kontrollieren.

Aber es währe mehr als fahrlässig, den Blick immer nur auf die einschlägig bekannten und üblich verdächtigen Staaten zu richten, die allgemein für umfassende Zensur stehen. Die Deutsche Telekom selbst müsste im Zusammenhang der Beteiligung an Zensurmaßnahmen aktuell ins Blickfeld rücken, obwohl viele sich ihrer Verantwortung vielleicht nicht bewusst sind. Es geht um nichts weniger als Indymedia Athen, Sprachrohr und Kommunikationsplattform der antagonistischen Bewegungen in Griechenland.
Die Deutsche Telekom, als größter Telekommunikationsanbieter Europas besitzt seit dem Jahre 2008 die unternehmerische Führung der OTE (Hellenic Telecom S.A.) mit inzwischen 40 Prozent Aktienanteil. Der griechische Staat hält noch 10 Prozent in seinen Händen. Diese Aktienaufteilung weist auf besonders einfache gegenseitige Unterstützungsmöglichkeiten zwischen dem, ohnehin im Interesse großer Konzerne handelnden Staat und Privatwirtschaft hin. Es ist davon auszugehen, dass vor allem staatliches Interesse an einer Abschaltung von Indymedia Athen besteht, obwohl die Deutsche Telekom und OTE berechtigterweise inzwischen in den Fokus anarchistischer Kreise geraten sind.
Indymedia Athen berichtet seit Längerem von ständigen Drohungen und einigen außergerichtlichen Abmahnungen durch die OTE. Die Abschaltung von Indymedia Athen erfolgt nicht aus heiterem Himmel. Bereits im Jahre 2009 drohte die griechische Telekomtochter Indymedia Athen und das damals noch existierende Indymedia Patras damit, beide Seiten vom Netz zu nehmen. Den Universitäten in beiden Städten sollten die Telefonverbindungen gekappt werden, wenn sie nicht innerhalb von wenigen Tagen die Portale von Indymedia schließen. Glücklicherweise lehnte der ebenfalls staatliche Netzwerkbetreiber diese Maßnahme mit der Begründung ab, dass Zensur von Inhalten nicht in seinem Zuständigkeitsbereich liegen würde. Erst Anfang 2012 kam es zu zeitweiligen Stromabschaltungen und einer Solidaritätskampagne mit Indymedia Athen für freie Meinungsäußerung. Am 11. April 2013 kappte die Universitätsleitung der NTUA die Stromverbindung von Indymedia Athen, Radio 98 FM und Radio Entasi. Am 15.04. wurde die Erpressungsmethode in Form der Androhung einer Totalsperrung für die TH Athen tatsächlich zeitweilig umgesetzt. Nach einer Besetzung der Verwaltungsräume der NTUA schaltete der Provider (die OTE) den Internetserver komplett ab, womit selbst das offizielle Netzangebot der Universität zeitweilig vom Netz war.

Indymedia Athen war zeitweilig über eine Tor Adresse zu erreichen. Dann ging auch dies nicht mehr, sodass die Zensurmaßnahme gegen Indymedia Athen leider erfolgreich war.
Die Allianz zwischen griechischem Staat und deutschem Konzern ist im Sinne einer rigiden Internetzensur fruchtbar. Die Worthülsen der Deutschen Telekom zu sensibelsten Datenschutzthemen widersprechen der eigenen Praxis, was seit längerem bekannt sein müsste. Der Blick auf bekannte medial ausgeschlachtete Skandale, obwohl entlarvend, reicht nicht aus.
„Um auf die „Strikten Regeln“ im Sinne eines Datenschutzes zurückzukommen, über die die Telekom im Internet schwadroniert; diese sind für weite Teile der Bevölkerung der „Demokratien“ evtl. naiver Glaube, für Konzerne und den Staat aber höchstens Legitimation, die entweder ihrem Interesse angepasst oder einfach übergangen werden. Eine Zensur findet statt – überall!

Nicht nur das Beispiel Indymedia Athen zeigt, was der Telekom die Meinungsfreiheit letztendlich wert ist. Die technischen und rechtlichen Voraussetzungen werden hier geschaffen und die Verantwortlichen Konzerne sind in unserer Nähe. Selbstkontrolle und strikte Regeln sind eine Farce und sollen uns in Sicherheit wiegen. Die Deutsche Telekom als Global Player beteiligt sich an staatlicher Unterdrückung freier Meinungsäußerung und bedient sich dabei Erpressungsmethoden. Hand in Hand mit dem griechischen Staat.

Brief an black bloc in Ägypten

Einleitung der Verfasser

Wir präsentieren hier auf arabisch und englisch einen offenen Brief von Teilnehmern an Schwarzen-Block-Aktionen in den Vereinigten Staaten an Teilnehmer des ägyptischen Schwarzen Blocks. Er zielt auf den Beginn eines Dialoges ab, der über den Austausch von Youtube-Videos hinaus geht. Das ist für alle auf der Welt von Interesse, die für Befreiung kämpfen, also druckt und verbreitet ihn weit.
Das Auftauchendes Schwarzen Blocks in Ägypten zu diesem Zeitpunkt sollte uns nicht so sehr überraschen, wie es die Pazifisten und Autoritären überrascht. Die Kämpfe des 21. Jahrhunderts werden weder auf den gewaltfreien zivilen Ungehorsam noch auf den Reformismus beschränkt bleiben; sie kommen nicht umhin, in einen offenen Konflikt mit dem Staat zu geraten. Außerdem werden sie, dem Umfang und Charakter nach, zunehmend international. Wann immer irgendwo auf der Welt jemand für seine eigenen Belange aufsteht – wie ungeschickt und bescheiden auch immer – dann setzt das einen Präzedenzfall für die nächste Generation des Widerstandes. Lasst uns dafür sorgen, dass wir uns der Lage gewachsen zeigen.

An den Schwarzen Block von Ägypten.

Ihr schlagt den Ton an – er klingt in uns.
Es ist uns eine Ehre an euch zu schreiben – wegen eures Mutes im sich weiter entfaltenden Kampf in Ägypten.

Anderthalb Jahrzehnte lang haben wir in den Vereinigten Staaten und anderswo in der Welt an Schwarzen-Block-Aktionen teilgenommen. Natürlich repräsentieren wir nichts und niemanden; der Schwarze Block ist eine Taktik, keine Gruppe – das ist es auch, was ihn für unsere Herrscher so furchterregend macht. Jedoch würden wird, auf Grundlage unserer Erfahrung mit dieser Taktik, gerne einige unserer Perspektiven teilen, in der Hoffnung, einen expliziteren interkontinentalen Dialog zu etablieren.
Wir standen bereits in eine Art Dialog mit euch, indem wir Signale der Revolte über den Ozean austauschten. Wir haben hier Berichte über euren Kampf zirkulieren lassen und nun sehen wir Fotos und Videos unserer Aktionen in Youtube-Kollagen aus Ägypten.



Aber wir wollen mehr Dialog als es Youtube-Kollagen erlauben. Wir wollen in der Lage sein, auch über Strategie, Taktik und Ziele zu diskutieren.

Vorneweg und vor allem: Ihr seit nicht alleine. Ihr seit Teil eines in der ganzen Welt stattfindenden Kampfes gegen unterdrückende Macht. Die gleiche Wirtschaft, die Ägypten ausplündert, richtet unser Leben und das Land hier in den Vereinigten Staaten zugrunde. Dieselben Netzwerke bewaffneter Kräfte, das euch in Kairo mit Tränengas eindecken, halten die „Ordnung“ in New York City aufrecht. Wenn wir in diesem Kampf irgendetwas gewinnen wollen, können wir das nur international.

Es ist beschämend, dass wir so lange brauchten, um euch auf arabisch zu schreiben – was zeigt, wie unvorbereitet wir für die Möglichkeiten sind, die uns die Geschichte bietet. Aber dass könnte sich in den kommenden Jahren schnell ändern. Es wird sich ändern müssen.

Wir haben unsere Erfahrung mit der Schwarzen-Block-Taktik unter Bedingungen gesammelt, die ihr wohl ungünstig nennen würdet - als eine kleine Minderheit, die gegen stabile Machtstrukturen agierte, ohne viel Unterstützung vom Rest der Gesellschaft. Der Schwarze Block kam in diesem Kontext auf und es ist interessant, ihn in einer Situation allgemeinerer Revolte auftauchen zu sehen.

Tatsächlich sind alle von der Langlebigkeit des Schwarzen Blocks überrascht. Immer wieder wurde er für tot erklärt, aber dennoch kommt er immer wieder zurück. Das liegt daran, dass er, wie Anonymous, den Geist unserer Zeit ausdrückt. In eine Ära, in der enorme Ungleichheit durch Überwachung und Kontrolle aufrechterhalten werden, kommt keine bedeutsame Bewegung ohne Anonymität und Zusammenstöße mit der Polizei aus.

Der Schwarze Block ist wichtig, weil er dieser Anonymität und dem Widerspruch einen politischen Inhalt gibt: Er verknüpft besondere Kämpfe gegen Unterdrückung mit der Möglichkeit eines verallgemeinerten Kampfes gegen jede beherrschende Macht. Es ist ein Coup, den anonymen, kollektive Konfrontationen mit den Autoritäten die „Marke“ anarchistisch zu verpassen – das bedeutet, dass alle, die für sich gegen die Autoritäten aufstehen, sich früher oder später fragen müssen, was ihre Beziehung zu den Kämpfen anderer ist.

Es passt, dass der Schwarze Block in Ägypten zum zweiten Geburtstag einer Erhebung auftaucht, die

nur eine Tyrannei durch eine andere ersetzt hat. Die durch den Kapitalismus und die Regierung verursachten Probleme können nicht durch einen bloßen Austausch der Regimes gelöst werden. Es wird ein grundsätzlicher Kampf nötig sein – das Auftauchen von gesellschaftlichen Formationen, die sich gegen Regierung und Kapitalismus verteidigen können. Es geht weder darum, Forderungen an diejenigen an der Macht zu stellen, noch kann man das einfach dadurch erreichen, dass man die Paläste der Präsidenten angreift. Es ist nötig, dass wir den Herrschaftsstrukturen überall entgegentreten wo sie erscheinen und dabei unsere Strategie verändern, weg vom bloßen Protest, hin zur Geltendmachung einer anderen Lebensweise. Die Kritiken am Schwarzen Block in Ägypten sind uns alle wohlbekannt – wir haben die Reaktionäre seit 1999 aus demselben Drehbuch vorlesen sehen: Ihr werdet für die Gewalt der Polizei verantwortlich gemacht, während die Polizei immer genau so gewalttätig ist, wie sie zu sein hat, um ihre Vorherrschaft zu behaupten; ihre andauernde Gewalt wird überhaupt nur sichtbar, weil ihr dem Widerstand leistet. Leute mit mehr Privilegien und Macht als ihr beschuldigen euch, verzogene reiche Kids zu sein. Diejenigen, die nicht Willens sind, dergleichen Risiken auf sich zu nehmen, beschuldigen euch der Feigheit. Diejenigen, die andere Ziele haben als ihr, beklagen, dass ihr unstrategisch seid. Diejenigen, denen Demokratie die Verstärkung ihrer eigenen Stimme bedeutet, bestehen darauf, dass ihr euch dem Mehrheitsgesetz unterordnen sollt – um euch zum Schweigen zu bringen. Diejenigen, die von ausländischer Militärhilfe abhängen, die sich dem ausländischen politischen Druck beugen und das ägyptische Volk verkaufen, beschuldigen euch, ausländische Taktiken zu importieren. Mehr als alles andere tun die Autoritäten jeder Spielart alles in ihrer Macht stehende, um euch von anderen zu isolieren, die vielleicht Widerstand leisten könnten.



Das ist nach unserer Erfahrung tatsächlich das größte Risiko bei der Verwendung der Schwarzen-Block-Taktik: Indem man der Anonymität und dem Kampf eine Identität gibt, bietet man den Autoritäten eine Möglichkeit, aus uns ein „Anderes" zu machen und so unsere Revolte und Ideen unter Quarantäne zu stellen. Es ist ein Fehler, wenn wir uns selbst vom Rest der Gesellschaft getrennt sehen. Der Schwarze Block ist nur solange machtvoll und gefährlich, solange er ein Raum einer Revolte bleibt, in den jeder eintauchen kann – die Spitze des Eisbergs von etwas viel Breiterem. Unsere Herrscher befürchten keine Anarchisten – sie fürchten, dass sich anarchistische Werte und Praktiken ausbreiten.



Es ist wichtig, keinen Gegensatz aufzubauen und entweder zu unseren Zielen zu stehen oder an Bewegungen teilzunehmen, die größer sind als wir. Einerseits muss klar sein, dass wir alle Formen der Herrschaft ablehnen; wenn wir das nicht tun, müssen alle immer wieder aufs neue lernen, wie wenig die Polizei und die von ihr aufgezwungene Armut sich von einer Regierung zur nächsten ändern. Darum sollten wir unsere Werte nicht unter demselben Banner der Demokratie verstecken, das auch den Machthunger anderer verkleidet: So legitimieren wir nur die Strukturen, die später gegen uns verwendet werden. Gleichzeitig müssen wir eine Offenheit aufrechterhalten, die es ermöglicht, dass Taktiken und Ideen zirkulieren. Anarchismus ist keine Identität, er hat für sich keine Bedeutung, er ist eine Beziehung, die sich ausbreiten muss.

In den Vereinigten Staaten sind Anarchisten auf beiden Seiten dieser Dichotomie in die Irre gegangen. Oft haben wir als Stoßtruppe und kostenlose Arbeiter für liberale Zwecke gedient und große Risiken auf uns genommen, um ihr Tagesprogramm voran zu bringen, während wir es nicht schafften, in Übereinstimmung mit unseren eigenen Analysen zu handeln. Wir hofften, das würde uns mit dem Rest der Gesellschaft verbinden, aber Verbindungen, die darauf beruhen, dass wir unsere Werte verbergen, sind bedeutungslos.

In anderen Situationen haben Anarchisten so gehandelt, als ob wir unsere Ziele alleine erreichen könnten und sich dabei in einem Privatkrieg mit der Polizei aufgerieben, bei dem alle anderen meinten, dass er nichts mit ihnen zu tun habe. Sicherlich können wir nicht auf den Massenkonsens warten, um mit unserem Projekt der Revolte zu beginnen, wir können andere in der Revolte nur finden, wenn wir uns selbst erheben – aber der Punkt ist, andere zu finden. Immer wieder fanden wir unsere eigenen Träume zu kühn, um sie vorzuschlagen, nur um dann zu sehen, wie andere Leute sie spontan zur Geltung bringen. Tatsächlich ist für uns die Zeit reif dafür, unsere Vorschläge voranzutreiben: Der Kapitalismus ist auf der ganzen Welt in der Krise und bald werden Millionen zwischen dem Totalitarismus und einer Art von Freiheit wählen müssen, die keine Regierung bieten kann.

Wenn es wahr ist, dass der Staat unsere Probleme nicht lösen kann, dann werden alle, die seine Autorität handhaben wollen, sich selbst diskreditieren, sobald sie an die Macht kommen. Je früher all die Muslimbruderschaften dieser Welt sich mit dem Staat verbinden, desto besser: Das wir die Dinge für

diejenigen klären, die noch nicht verstanden haben, warum alle Anarchisten sein sollten. Wenn die Oppositionsparteien sich den Regierenden in dem Ruf anschließen, die Leute sollten von der Straße wegbleiben und die Straßen trotzdem voll bleiben, dann legt dies nahe, dass die Leute dabei sind, zu kapieren. In dieser Situation könnten Anarchisten dabei helfen, Regimewechsel in soziale Revolutionen zu verwandeln, die das Alltagsleben vollständig umwälzen.

Die US-Regierung braucht in Ägypten eine Regierung, mit der sie die für den weltweiten Kapitalismus notwendige Rohstoffentnahme koordinieren kann. Der Schwarze Block macht ihr Angst, weil er mit ihrer Konzeption von Politik unvereinbar ist – er bietet niemanden an, mit dem man verhandeln könnte. Sie will alle politischen Parteien in „Gespräche" bringen, um alle in ihre Machtstruktur einzuordnen. Wir wollen den Kampf den politischen Parteien vollständig aus den Händen nehmen und Gespräche unter Leuten statt mit Parteien und Regierungen einführen. Wir versuchen Kämpfe zu verbreiten, in denen wir direkt mit anderen kommunizieren und sie inspirieren, so wie ihr uns inspiriert habt.

Wir werden diesen Dialog in der sinnvollsten uns möglichen Weise fortführen – indem wir die Machtstrukturen hier in den Vereinigten Staaten in Frage stellen, die diejenigen in Ägypten und anderswo in der Welt stützen. Aber wenn irgendwer von euch uns Berichte von euren Kämpfen schicken oder Materialien vom Englischen ins Arabische und umgekehrt übersetzen könnte, wären wir hocherfreut, von euch zu hören. Mögen wir uns auf den Straßen einer staatenlosen Gesellschaft treffen.

Von einigen „Anarchisten des Schwarzen Block" in den Vereinigten Staaten

rollingthunder@crimethinc.com

Aufruf World Social Forum: Das Volk will den Sturz des Systems

Freie und Libertäre der Welt,

Im März 2013 findet in Tunesien das World Social Forum statt. Wir gehen davon aus, dass der reformistische Ansatz der Bürokratie, die es organisiert, in keiner Weise zur Entwicklung eines revolutionären Projekts für die Völker der Welt beiträgt. Auch wenn das Event sich als Gelegenheit für das Zusammentreffen von Revolutionären aus verschiedenen Ecken der Welt darstellt, steht das ultimative Ziel, die Zerstörung des kapitalistischen Systems, nicht auf der Tagesordnung.

Dieses Forum wird zu einer Zeit stattfinden, da die Welt von einer Welle von Aufständen und sozialen Bewegungen überzogen wird. Streiks, Besetzungen und Unruhen schließen aneinander an und wechseln sich ab. Der Zorn auf das System überwindet die Grenzen von Orient und Okzident. "Demokratisch" genannte Staaten werden ebenso in Frage gestellt wie die schlimmsten Diktaturen. Was also ist der Motor dieses von Spanien bis Ägypten und von Griechenland bis Tunesien reichenden revolutionären Schwungs, dessen Stärke die kapitalistischen Staaten bedroht?



Die ökonomische Krise ist nicht länger die Domäne von "Experten" und anderen professionellen Analysten; die regierenden Politiker räumen, ganz wie ihre Widersacher, ihre Ohnmacht ein, die steigenden Erwerbslosigkeit zu beenden, die Prekarisierung, die Unterernährung, die Krankheiten, die Verschmutzung…

Der laufend wiederholte mediale Diskurs ist ein einziger Appell, die schlechten Situation geduldig zu ertragen und auf Lösungen zu warten, die niemals kommen. Dieselbe Realität dauert weiter an, außer dass die großen Krisen des Kapitalismus sich störend auf seine Mechanismen der Ausweitung und Invasion der Welt auswirken; so bleiben nur die Vorzüge der Prekarität übrig, und Verwüstung.

Die Regierungen wechseln, ein Wahl folgt auf die nächste, der Zugang zur Macht wird zwischen "links" und "rechts" geteilt, zwischen Liberalen und "Integristen". Trotz bedeutender Summen, die für riesige Medienkampagnen ausgegeben werden, der Illusion vom "demokratischen Übergang" das Loblied zu singen, den "politischen Freiheiten", der "Meinungsfreiheit"… macht sich Desillusionierung breit.
Das World Social Forum, veranstaltet und finanziert von den Kapitalisten und ihren Apparaten, ist nichts anderes als der Versuch, die Opfer des kapitalistischen Systems zu überzeugen, dass die ökonomische Krise durch das verursacht wird, was sie "Neoliberalismus" nennen, "wildgewordene Globalisierung", "Finanzspekulation" und die Anhäufung von Schulden. Nichts anderes schlagen sie als Alternative zu Ausbeutung und Prekarität vor als die Reform jenes Systems, das der Quell allen Übels ist.

Libertäre der Völker der Welt

Die Verdammten dieser Erde überschreiten die Katastrophe ihres Alltags indem sie sich erheben, indem sie revoltieren, im Aufstand. Sie wissen heute, in ihrer Verbundenheit und Entschlossenheit befreien sie ihre Existenz, wie die der künftigen Generationen, vom Zugriff des Kapitalismus.
Wir, Verdammte und Revolutionäre dieser Erde, müssen den Aufstand weiterführen, für die Befreiung unsere Existenz vom Zugriff des mörderischen Kapitalismus. Es gibt keine größere Kraft als unsere Verbundenheit und Entschlossenheit, dieses System, das uns so sehr unterdrückt hat, bis in die letzte Umklammerung hinein zu ersticken.
Wir boykottieren dieses Forum und stehen ihm nicht nur deshalb feindlich gegenüber, weil wir nichts zu tun haben mit der Bürokratie der Verbände und Gewerkschaften, die es organisieren, wo allein die Teilnahme dazu beiträgt, jene kolonialistische Kollaboration und soziale Unterwerfung zu installieren, die der Bourgeoisie, ihren Medien und politischen Kleingeistern so lieb und teuer ist. Nein, zuallererst boykottieren wir jede Reformbewegung, ob sie von rechts kommt oder von links.



Wir sind die Verbündeten der Sozialen Revolution

Da die Krise sich verschärft und mehr und mehr spürbar wird, sehen wir heute Bewegungen eines verallgemeinerten Ungehorsams entstehen, die Aufstände hören nicht auf, sich auszubreiten. Die verschiedenen Krisen haben in mehreren Ländern revolutionäre Bewegungen genährt, in Tunesien, Ägypten, dem Jemen und Bahrain. Sowie soziale Bewegungen ganz neuer Form, die Griechenland, Spanien, Portugal, Island und sogar Großbritannien und die USA erreicht haben.

Libertäre der Völker der Welt

Dies ist unser Aufruf. Es ist der Aufruf der Entfremdeten, der Arbeitslosen mit und ohne Diplom, der Bauern ohne Land, der Frauen ohne Stimme, der ausgebeuteten Arbeiter am Grund der giftigen Minen, der Aufruf all derer, die die Bürokraten des WSF zu repräsentieren vorgeben, nachdem sie sie aus der Organisierung der Debatten ausgeschlossen haben.
Unser Aufruf gilt den Ungehorsamen und den Revolutionären, und allen anderen sozialen Bewegungen, die sich dem kapitalistischen System und dem Autoritarismus des Staates entgegenstellen.

Politiker, Medien und Ideologien…

Die Händler der Illusionen und Ängste mit ihrem reformistischen Gehabe tun so, als würden sie gegen den Kapitalismus eintreten, dabei sind sie doch nur Teil eben dieses etablierten Systems. Es reicht, sich die Komponenten des Forums genauer anzusehen, seine bürokratische Leitung und seine Mitteilungen, um zu erkennen, dass niemals der Kern, das Wesentliche des kapitalistischen Systems angegriffen wird, dass dieses Forum nichts als der x-te reformistische Versuch mit dem ultimativen Ziel ist, die rasende Wut der Milliarden Individuen zu kanalisieren, die gegen Hunger, Armut und Prekarität revoltieren, indem sie eine einzige Parole rufen:

“Das Volk will den Sturz des Regimes”

Dies ist der widerhallende Schrei, dessen Echo vom Platz Tahrir bis zur Wall Street, von Athen bis Tunis und von Barcelona bis Bahrain von sich hören machte. Damit sie aber nicht einfach zu einer hohlen Parole wird, mit der sich die reaktionärsten Kräfte schmücken, ist es von nun an nötig, dass wir die Dinge bei ihrem Namen nennen:

“Das Volk will den Sturz des Kapitalismus”

Der Kapitalismus ist das System; dieser oder jener Präsident, diese oder jene politische Partei, dieser oder jener König sind nichts als zeitweilige Schachfiguren, fügsame Vollstrecker seiner Mechanismen; welche Regierungsform er annimmt ist ziemlich unbedeutend.

Libertäre der Völker der Welt

Die medialen Kräfte des weltweiten Kapitalismus geben Milliarden dafür aus, die illusorische Idee des demokratischen Übergangs in Umlauf zu bringen.
Sie mischen sich in jede Erfahrung und jeden Versuch einer Selbstverwaltung der Arbeiter ein, ihre eigenen Ressourcen zu verwalten, da letzteres die größte Bedrohung ihrer Interessen darstellt.
Wir können unsere Emanzipation heute Wirklichkeit werden lassen: in der Bildung revolutionärer Fronten, in der Koordination unserer Kräfte in der Aktion, im effektiven Kampf gegen das globale kapitalistische System. Wir wollen, dass sich eine reale Umgestaltung in unseren Gesellschaften vollzieht, aufbauend auf der Selbstverwaltung der Ressourcen.
Wir rufen alle revolutionären Kräfte, die Bewegungen und die Organisationen im Kampf gegen den Kapitalismus auf, sich einzusetzen für den internationalen Bund gegen die pseudo-demokratischen Staaten und Diktaturen, sei ihr Gesetz zivil oder religiös, ihre regierenden Parteien konservativ oder liberal.
Die Krise ist der Kapitalismus. Das System abschaffen heißt den Kapitalismus abschaffen

Momente revolutionärer Aktion / Bewegung des Ungehorsams

The revolution will be intercepted and databased:

EU-Polizeiprojekte beglücken den arabischen Frühling

In einer Reihe von Seminaren trainieren europäische Polizeibehörden arabische und nordafrikanische Länder in der Nutzung von "neuen Technologien und Ermittlungstechniken". Die teilnehmenden Regierungen gehören zum Programm "Europäische Nachbarschaft und Partnerschaft" (ENPI).

Mit fünf Millionen Euro fördert die Europäische Union das Projekt "Euromed Police III", das 2014 endet. Zu den Zielen gehören "Cyberkriminalität und neue kriminelle Bedrohungen" sowie das Aufspüren auffälliger Finanzströme. Die adressierten südlichen und östlichen ENPI-Staaten sind Algerien, Ägypten, Jordanien, der Libanon, Marokko, Tunesien und die palästinensische Autonomiebehörde. Auch Syrien gehört zur ENPI, wegen des Bürgerkriegs ist die Zusammenarbeit aber ausgesetzt. Formales Mitglied ist auch Israel, doch kann angenommen werden, dass das Land in Sachen elektronische Ermittlungswerkzeuge über ausreichend eigene Kenntnisse verfügt.
"Euromed Police III" soll die Polizeibehörden der genannten Staaten stärker an die Strukturen der EU und ihrer Mitgliedstaaten heranführen. Hierzu gehört auch die Polizeiagentur EUROPOL. Das gesamte Projekt richtet sich an Angehörige von Polizeien, quasimilitärischen Gendarmerien, Spezialeinheiten sowie auf Finanzermittlungen und Computerkriminalität spezialisierte Abteilungen.

Das letzte von insgesamt 18 Trainings soll zusammen mit den Polizeien der 27 EU-Mitgliedstaaten, EUROPOL und den "Verbindungsbeamten" ("Liaison Officers") abgehalten werden. Gemeint sind Angehörige von Polizeien, die auf heimische Datenbanken zugreifen dürfen und mit diesen Kompetenzen in andere Länder entsandt werden. Dieses weltweite Netzwerk soll nun auf die Länder des arabischen Frühlings erweitert werden.

Zu den Seminaren gehören drei Einheiten über "Finanzierung terroristischer Organisationen" zur Ausforschung verborgener Finanztransaktionen (sogenannter "informal value transfer systems", IVTS). Derartige Ermittlungstechniken gewinnen immer mehr an Bedeutung, was das polizeiliche Interesse an den internationalen Finanzdatensammlungen des belgischen Dienstleisters SWIFT erklären mag.
Als weiteren Baustein finanziert die EU einen Workshop zur Sammlung und Analyse von ermittlungsrelevanten Inhalten. Der Fokus liegt auf "Sammeln, Speichern, Sortieren, Bewerten". Entsprechende "neue Ermittlungstechniken" beinhalten elektronische Überwachung, das Erkennen gefälschter Dokumente und die DNA-Analyse. Die besagte Trainingseinheit ist im Internet dokumentiert. Demnach wurde sie von französischen Polizisten und Gendarmen durchgeführt und dauerte ganze vier Wochen. Anwesend waren auch BeamtInnen aus der Tschechischen Republik und Spanien. Gelehrt wurde die Verarbeitung von Fingerabdruckdaten, die Analyse von Geräuschen und Stimmen sowie von Drogen. Eine eigene Sequenz widmete sich dem Auswerten von Computern, Mobiltelefonen und USB-Speichern. Unbedingt empfohlen wurde der Aufbau von Polizeidatenbanken und die Intensivierung digitaler Finanzermittlungen:

Be aware that the full benefit of data bases will only be reached if all countries currently and daily provide relevant information to international data bases such as those of Interpol. Finally understand that international co-operation is an absolute requirement to carry out efficient forensic investigation, regarding the globalisation of the financial and economic sector, where huge amounts of money can be electronically transferred thousands of miles away in a few seconds.

Libyen gehört zwar nicht zu den ENPI-Staaten, die an dem Programm teilnehmen. Die Regierung kommt über Umwege dennoch in den Genuss eines gleichen Vorhabens. Federführend ist die internationale Polizeiorganisation INTERPOL. Dennoch wird das Vorhaben mit 2,2 Millionen Euro von der EU finanziert – ungeachtet gravierender Menschenrechtsverletzungen, die erst letzte Woche von einer EU-Delegation selbst festgestellt wurden. Immer wieder werden aus den Haftanstalten schwere Misshandlungen und Folterungen berichtet.

Die libysche Polizei soll zunächst mit einer Kommunikationsinfrastruktur ausgerüstet werden. Hierzu gehört die Fähigkeit, Daten zu sammeln, zu analysieren und zu verarbeiten. Damit werden Frühwarn-Kapazitäten der Behörden gestärkt. In einem Vorab-Abkommen wird ausdrücklich eine polizeiliche Risikobewertung mittels vorhersagender Methoden erwähnt ("predictive risk assessment and analysis").

Libyen soll in eine “internationale Polizeigemeinschaft” aufgenommen werden. Die Datenbanken des Landes soll deshalb an das INTERPOL-Zentralbüro angeschlossen werden. Kürzlich wurde dazu auf Facebook Vollzug gemeldet.



Weitere zwei Trainings von “EUROMED POLICE III” drehen sich um “Cyberterrorismus” und die Nutzung des Internet zur “Radikalisierung”, zur Vorbereitung “terroristischer Akte”, “Rekrutierung” oder “terroristischer Trainings”. Im Workshop geht es laut der früheren Ankündigung um hilfreiche, digitale Spionagewerkzeuge:

For both topics, particular attention should be given to investigation techniques, with a main focus on new technologies, internet investigation, investigation concerning file sharing websites (such as Youtube), investigation and interception of electronic communications (such as those trough mobile phones or Skype-like communications), scientific and forensic evidence.

Die Inhalte ähneln den umstrittenen und inzwischen eingestellten Schulungen des Bundeskriminalamtes in Belarus. Die Bevölkerung der genannten Länder dürfte sich aber eher an die Nutzung westlicher Spähsoftware erinnern, wie sie beispielsweise in Ägypten und Tunesien für Furore sorgten. Dem schlechten Image der Polizei kann deshalb ein weiteres Seminar vorbeugen: Unter dem Titel “Crisis management and the role of the police” werden die vielmals verhassten Sicherheitsbehörden der südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer in “Problemen in der Kommunikation mit Medien” unterrichtet.

Auch im Bereich der Migrationsabwehr sollen die Länder des Arabischen Frühlings geschult werden. Hierzu wird auch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX einbezogen. Wieder geht es um Datentausch, aber auch neue Überwachungstechniken an den Grenzen und technische Ausrüstung “zur Verhinderung” von Migration. Ein ähnliches Projekt betreibt die EU mit dem Aufbau des grenzpolizeilichen Überwachungsnetzwerks “Seahorse Mediterraneo”. Am von der spanischen Guardia Civil geführten Projekt wollen alle EU-Mitgliedstaaten teilnehmen, die eine Außengrenze am Mittelmeer haben.
In Italien und Malta werden zwei zentrale Kontrollstellen aufgebaut. Diese “Mediterranean Border Cooperation Centres” (MEBOCC) sind Schnittstellen für die spätere Einbettung in das übergeordnete Grenzüberwachungssystem EUROSUR. Im Juli hat Libyen eine Erklärung unterzeichnet, wonach das Land offiziell an “Seahorse Mediterraneo” mitarbeiten will. Libyen wird so zum Vorposten für die polizeiliche EU-Aufklärung. Alle zukünftig ebenfalls interessierten afrikanischen Länder sollen als Anreiz in der Errichtung notwendiger technischer Systeme unterstützt werden.

Im Sommer startet die EU ein großangelegtes Projekt zur Migrationsbekämpfung an den libyschen Sahara-Grenzen. Angeblich wird Libyen bald ein eigenes, milliardenschweres Grenzüberwachungssysteme errichten. Das Gleiche gilt für Algerien, das hierfür sogar Drohnen bauen will. Die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie sitzt in den Startlöchern: Im April findet in Istanbul eine Konferenz zu Kontrolltechnologien gegen unerwünschte Migration statt.
Womöglich sind die von der EU finanzierten Schulungen bei den teilnehmenden Behörden gut angekommen. Die ägyptische Staatsanwaltschaft hat jetzt angeordnet, Webseiten des vor allem in der politisch links stehenden Ultra-Szene in Mode gekommenen “Schwarzen Blocks” auszuforschen. Damit sollen die dahinter stehenden AdministratorInnen identifiziert werden.

Das Gleiche könnte tunesischen AktivistInnen passieren, die anlässlich des bald im Land stattfinden Weltsozialforums einen revolutionären Aufruf gestartet haben, der die wahren Ziele des Arabischen Frühlings als verloren kritisiert. Als erstes Land der arabischen Welt soll Tunesien eine “Sicherheitssektorreform” durchlaufen, die von der EU maßgeblich unterstützt wird. Die Kommission will jetzt zur Vorbereitung 14 Spezialisten für “Informationsaustausch und technische Unterstützung” nach Tunesien entsenden, um Schwachstellen im dortigen Sicherheitsapparat zu finden.

Matthias Monroy



Zur aktuellen Situation in Belarus

Weissrussland gilt als die letzte Diktatur Europas. Seit 1994 regiert das Regime um den Präsidenten Alexander Lukaschenko hinter einer pseudo-demokratischen Fassade mit absoluter Macht. Die parlamentarische Opposition wird ebenso unterdrückt, wie zivilgesellschaftliche Organisationen und radikale, emanzipatorische Zusammenschlüsse. Besonders hart trifft die Repressionsmaschine aus Justiz, Sicherheitskräften und dem Geheimdienst KGB jedoch die anarchistische Bewegung. Während der Präsidentschaftswahlen 2010 erlebte das Land die größten und vehementesten Proteste in seiner Geschichte. Zehntausende gingen, aller Drohungen des Regimes zum Trotz, auf die Straßen und Plätze und forderten die Absetzung Lukaschenkos. Die Proteste selbst wurden brutal zerschlagen, hunderte Menschen wurden verletzt, verhaftet und in den Gefängnissen misshandelt.

Wahlen, Knüppel, Diktatoren

Das direkt an Russland angrenzende Belarus wird seit mehr als 18 Jahren von Alexander Lukaschenko autoritär regiert. Formal ist Weissrussland eine präsidiale Republik, etwa vergleichbar mit den USA. Der Präsident ist gleichzeitig Regierungschef, wird aber in freien Wahlen für bestimmte Amtszeiten gewählt und muss Entscheidungen vor einem Parlament rechtfertigen. So zumindest die Theorie. In der Praxis weitete Lukaschenko seine Befugnisse sukzessive aus und unterdrückte mittels einer Kombination aus Gesetzen und brutaler Repression jede Form von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition. Als er sich 2006 laut der weissrussischen Verfassung nicht mehr zur Wiederwahl stellen durfte, umging er diesen Fakt mit einem Referendum, das ihm fortan eine unbegrenzte Amtszeit ermöglicht.

2010 erhoben sich mehrere zehntausend Menschen im Zuge der Wiederwahl Lukaschenkos, die von Unstimmigkeiten, offensichtlicher Manipulation und Einschüchterung der politischen Opposition geprägt war. Noch nie zuvor in der damals 16 Jährigen Amtszeit des „letzten Diktator Europas" gingen die Menschen in solch einer großen Zahl und Vehemenz auf die Straßen. Aber ebenso beispiellos war die Reaktion des Regimes. Oppositionspolitiker verschwanden und tauchten erst Tage später in Gefängnissen des weissrussischen Geheimdienstes KGB wieder auf. Massenversammlungen wurden durch die Sicherheitskräfte brutal zerschlagen und hunderte Menschen verhaftet, welche teilweise weitreichenden Schikanen und Misshandlungen ausgesetzt wurden.

Gemeint sind wir alle,
es trifft jedoch immer die selben

Neben der parlamentarischen Opposition, die durch ihre Unterstützer*innen und das internationale, mediale Interesse meist glimpflich davon kamen, traf es die anarchistische Bewegung besonders hart. In diesem Zeitraum organisierten Anarchist*innen zahlreiche, illegale Kundgebungen, Flashmobs und andere öffentliche Aktionen. Gleichzeitig fanden eine Vielzahl direkter Aktionen gegen kapitalistische und staatliche Symbole statt, wie etwa der Angriffe auf die russische Botschaft in Minsk im Spätsommer 2010 und die Zentrale des KGB einige Wochen darauf. Alle Aktionen zogen massive Repressionswellen nach sich. Veranstaltungen wurden gewaltsam aufgelöst, eine Vielzahl von Wohnungen durchsucht und Dutzende Aktivist*innen oft mehrmals hintereinander verhaftet. Schlussendlich wurde 6 von ihnen im Mai 2011 der Prozess gemacht, wobei ihnen alle bekannten Aktionen zur Last gelegt wurden, unabhängig ob eine konkrete Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Die Aktivist*innen wurden zu Haftstrafen zwischen 3 und 8 Jahren verurteilt, lediglich einer der sechs, Pavel Syramolatau konnte durch ein Gnadengesuch an den Präsidenten im vergangenen September seine Entlassung erreichen. Da an ein solches Gesuch ein umfassendes Schuldeingständnis gekoppelt ist, verweigern die noch einsitzenden Aktivist*innen diese Möglichkeit vehement.

Dieser Umstand wiegt umso schwerer, als das sich die inhaftierten Aktivist*innen auch keiner großen Unterstützung seitens internationaler NGOs und Menschenrechtsorganisationen gewiss sein dürfen, wie etwa im Fall der inhaftierten Präsidentschaftskandidaten. Die Verfolgung von Anarchist*innen findet, wenn natürlich auch in anderer Intensität, auch in „demokratischen" Staaten statt und ist somit auch in Diktaturen nicht kritikwürdiger als anderswo. Schließlich zieht auch in Weissrussland die Taktik, radikale Bewegungen als Kriminelle und Terroristen zu diskreditieren, also als Menschen, die keine hehren Ziele antreibt und somit auch keine besondere Unterstützung verdienen.

Dennoch hat sich mit Anarchist Black Cross ABC Belarus eine handlungsfähige Organisation gebildet, die aller Repression zum Trotz die Gefangenen und deren Familien praktisch und materiell unterstützt und darüber hinaus versucht das Thema lokal und international präsent zu halten. Deshalb bereisten ABC-Aktivist_innen von Februar bis April 2013 erneut verschiedene europäische Städte. Diese Infotour war auch explizit als „Fundraising Tour" konzipiert, also mit dem Ziel möglichst viel Geld für die Betreuung der Gefangenen, die anfallenden Repressionskosten und allgemein die anarchistische Bewegung vor Ort zu sammeln.

ABC Belarus

Der 1001. Zufall oder Beihilfe zu Mord

Der neonazistische Mord an Halit Yozgat in Kassel 2006:

Wenn der hessische Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme in wesentlichen Punkten eine Falschaussage gemacht hat, wenn der Neonazi und V-Mann, mit dem der VS-Mitarbeiter mehrmals am Mordtag telefonierte zum NSU-Netzwerk gehört, wenn die Weigerung des damaligen Innenministers Volker Bouffier, eine Aussagegenehmigung für diese ›Quelle‹ zu erteilen, gar nicht dem Wohl des Landes diente, sondern der Verschleierung dieser Zusammenhänge … warum werden dann nicht die Ermittlungen neu aufgenommen?

In Kassel ereignete sich am 6. April 2006 der neunte Mord, der dem Nationalsozialistischen Untergrund/NSU zugeordnet wird. Während der Mord an Halit Yozgat aus kriminalistischer Sicht professionell und kaltblütig ausgeführt wurde, scheinen alle Umstände drum herum - wieder einmal - dem puren Zufall geschuldet zu sein. Zu diesem zählt wohl auch, dass abermals ein Mord ins ›ausländische Milieu‹ abgeschoben wurde. Dass »nie Richtung Rechtsextremismus ermittelt wurde« (FR vom 24.11.2011) bekommt im Mordfall Kassel eine besondere Bedeutung. Hätte man dies getan, wäre man u.a. auf den Escortservice des Verfassungsschutzes für Neonazis gestoßen.

Die einzigen, die an der offiziellen Version Zweifel hegten, waren migrantische Vereine und Organisationen: Sie riefen für Mai 2006 zu einem Trauermarsch auf, dem über 2.000 kurdische, alevitische und türkische Menschen folgten. Der Trauermarsch stand unter dem Motto: ›Kein 10. Mordopfer‹. Sie waren fast vollständig unter sich.
Das rassistische Stereotyp vom ›kriminellen Ausländer‹ wurde nicht nur von der medialen Öffentlichkeit bereitwillig und kritiklos aufgenommen. Man nutzte das Stigma zugleich, das Opfer in den toten Winkel der kritischen als auch der linken Öffentlichkeit abzulegen – sehr erfolgreich.

Das Internetcafé ist am 6. April 2006 durchschnittlich besucht, als ein Mann das Geschäft gegen 17 Uhr betritt, an die Theke tritt, eine Pistole mit Schalldämpfer zieht und kurz darauf mit zwei Schüssen in den Kopf den Internetbesitzer Halit Yozgat schwer verletzt. Halit Yozgat stirbt noch am Tatort.
Die Mordkommission sichert kurze Zeit später den

Mindestens 24 Spitzel im NSU-Umfeld

Fast 14 Jahre lang waren Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt auf der Flucht. Sie lebten mit Hilfe von rechten Gesinnungsgenossen ein unauffälliges Leben im Untergrund. Um sie herum platziert waren vor allem in den Anfangsjahren mindestens zwei Dutzend V-Leute – sie spitzelten für das Bundesamt (BfV) und die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV), für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und das Berliner Landeskriminalamt (LKA).

Der Verfassungsschutz hat nach eigenen Aussagen nur vergleichsweise wenige Informationen über das Nazi-Trio in den Archiven der Bundes- und Landesämter gefunden. Schwer zu glauben, aber ein Gegenbeweis scheitert auch daran, dass viele Quellen- und Personenakten vernichtet worden sind, auch noch nach dem Auffliegen des NSU. Ob diese Akten aber tatsächlich weg sind oder einfach nur weiter unter Verschluss liegen, darf keine unabhängige Institution überprüfen. Der Verfassungsschutz besitzt nach wie vor die Hoheit über seine Akten und entscheidet letztlich selbst darüber, welche Berichte und Dokumente er Ermittlern und Untersuchungsausschüssen übergibt.

In den Ermittlungsunterlagen tauchen insgesamt 24 V-Leute auf, die im näheren und weiteren Umfeld von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt platziert waren:

Die ***„Rennsteig“***-Spitzel. Ihre Decknamen fangen alle mit dem Buchstaben T an: ***„Treppe“, „Tobago“, „Tonfall“, „Tonfarbe“, „Tusche“, „Tinte“, „Terrier“, „Trapid“*** und ***„Tarif“***. Angeworben wurden sie vom BfV zwischen 1999 und 2003 im Zuge der Operation ***„Rennsteig“***. Sie gehörten dem ***„Thüringer Heimatschutz“ (THS)*** an, aus dem das Trio und seine Unterstützer stammten.

„X-1“ und ***„X-2“***. Die zwei Thüringer Neonazis, deren Klar- und Decknamen nicht bekannt sind, warb das BfV in der ***„Rennsteig“***-Nachfolgeoperation ***„Saphira“*** zwischen 2003 und 2005 an.

„Otto/Oskar“. Hinter diesen beiden Decknamen verbarg sich Tino Brandt, Chef des THS und zwischen 1994 und Anfang 2001 der bestbezahlte Spitzel des LfV Thüringen. Brandt hatte 1998/1999 Kontakt zum Trio und ließ ihm Geld zukommen, das er für diesen Zweck vom Verfassungsschutz erhalten hatte.

„Hagel“. Marcel D. war der Geraer Sektionschef von Blood&Honour, der Organisation, die dem Trio wichtige Fluchthilfe leistete. ***„Hagel“*** wies bereits im September 1998 und im November 1999 auf einen wichtigen Verbindungsmann des Trios hin.

„Tristan“. Auch dieser Spitzel gab frühzeitig einen wichtigen Tipp und wies auf Chemnitz als möglichen Fluchtort hin.

Tatort. Man hält die Personalien der noch anwesenden Internetbesucher fest, sichert die Spuren, die Internetbenutzerdaten (und die Videobänder der Überwachungskamera).
Dem Aufruf der Polizei, sich als mögliche ZeugInnen des Mordes zu melden, folgen fünf Personen, die einen weiteren Besucher erwähnen. Die Polizei kann die Identität dieser Person feststellen: Es ist Andreas Temme. In den ersten Vernehmungen stellt sich Andreas Temme als Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes vor und erklärt, er habe zur fraglichen Zeit in einem Erotik-Portal gesurft. Das sei auch der Grund gewesen, sich nicht als möglicher Zeuge zu melden. Weiterhin behauptet er, dass er weder von dem Mord etwas mitbekommen habe, noch den Täter gesehen habe.

Mit diesen Aussagen macht sich die Mordkommission an die Arbeit. Sie bringt in Kenntnis, dass Andreas Temme neben behaupteter ›Chat-Affäre‹ zur selben Zeit im operativen Einsatz war. Auf seinem Handy werden Verkehrsdaten sichergestellt, die belegen, dass er sowohl vor als auch nach seinem Internetbesuch Telefonkontakt zu Neonazis hatte. Unmittelbar zuvor hatte er »mit einem von ihm geführten V-Mann aus der Kasseler Neonazi-Szene telefoniert.« (FR vom 8.6.2012). Genau jener Neonazi war nach Informationen der Frankfurter Rundschau vor seiner Anwerbung »dreimal bei Kundgebungen in Thüringen« (FR vom 24.11.2011)

Damit konfrontiert, erklärt Andreas Temme, dass er V-Mann-Führer dieses Neonazis sei. Um aufzuklären, welche Rolle diese Telefonate mit Neonazis spielen, während zeitgleich ein türkischer Internetcafebesitzer ermordet wurde, beantragt die Polizei Aussagegenehmigungen für den vom VS-Mitarbeiter Temme geführten Neonazi. Diese Amtshilfe wird zuerst vom Chef des hessischen Verfassungsschutzes, wenig später vom Hessischen Innenminister Volker Bouffier abgelehnt: »Ich bitte um Verständnis dafür, dass die geplanten Fragen … zu einer Erschwerung der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz führen würden.« (Brauner Terror – Blinder Staat – Die Spur des Nazi-Trios“ ZDF-Sendung vom 26.6.2012).
Auch weigerte sich der Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) in einer Innenausschusssitzung vom 17. Juli 2006, zum Stand der Ermittlungen Stellung zu nehmen. Dermaßen mit Verschleierungen der Umstände konfrontiert, laufen alle Bemühungen der Aufklärung ins Leere. Dermaßen beschützt und abgeschirmt, werden die Ermittlungen gegen den VS-Mann Temme im Januar 2007 eingestellt. Eine Meisterleistung in Sachen Behinderung der

„Küche“. Thomas Dienel war einer der gefährlichsten und zeitweise einflussreichsten Neonazis in Thüringen und wurde 1995 als V-Mann angeworben. 2000 flog er auf.

„Corelli“. Thomas R. war eine Topquelle des BfV. Zwischen 1994 und 2012 lieferte er brisante Interna aus der rechten Szene und erhielt dafür insgesamt 150 000 Euro. R. kannte das Trio aus Thüringen

„Ares“. Dahinter verbirgt sich der Erfurter Ex-NPD-Chef Kai-Uwe Trinkaus. Er arbeitete 2006/2007 für das LfV und war bei Gesprächen anwesend, in denen es um das Trio ging.

„X-3“. Kai D., dessen Deckname nicht bekannt ist, war rund 15 Jahre lang V-Mann erst des Berliner und später des bayerischen LfV. In den 1990er-Jahren hatte er enge Beziehungen nach Thüringen und zum THS. Im Jahr 2000 wurde er abgeschaltet.

„X-4“. Von Mai 1999 bis Mai 2003 führte der MAD eine eigene Quelle im THS. Die Identität dieses V-Manns ist ungeklärt.

Hilfe bei Wohnungssuche

„Primus“. Ralf M. ist ein Zwickauer Neonazi, der ab Ende der 1990er-Jahre bis etwa 2002 für das BfV gespitzelt haben soll. M. kannte Zwickauer Kontaktleute des Trios. Seine Baufirma soll außerdem im Zeitraum zweier Morde, die dem NSU zugeschrieben werden, Fahrzeuge angemietet haben. Die Ermittler gehen allerdings bislang nicht davon aus, dass ***„Primus“*** an den Taten des NSU beteiligt war.

„Piato“. Carsten S., ein V-Mann des Brandenburger LfV, verkehrte in der Chemnitzer Helfer-Szene des Trios. Das LfV hatte ihn beauftragt, dort Informationen über die drei Untergetauchten zu beschaffen. Er meldete unter anderem, dass den Untergetauchten Waffen besorgt werden sollten.

„VP 562“. Dahinter verbirgt sich Thomas S., der zwischen 2000 und 2011 für das Berliner Landeskriminalamt spitzelte. S. war ein enger Vertrauter des Trios. Er hatte ihnen 1997 Sprengstoff beschafft und nach ihrem Abtauchen die erste Wohnung in Chemnitz besorgt.

„X-5“. („Strontium“) Mirko H. war bis zum Jahr 2002 V-Mann des BfV. Der Neonazi hatte engen Kontakt in die Chemnitzer Helfer-Szene des Trios.

„X-6“. Das gleiche trifft auch auf Toni S. zu, der von 2000 bis 2002 für das LfV Brandenburg spitzelte.

gekürzt übernommen von Andreas Förster in der Berliner Zeitung

Aufklärung und des Verschwinden-Lassens von taterheblichen Beweismitteln.

Was haben den Chef des hessischen Verfassungsschutzes und den damaligen Innenminister Volker Bouffier, als oberster Dienstherr, dazu bewogen, dem ›Schutz‹ des Verfassungsschutzes einen höheren Rang einzuräumen, als der Aufklärung eines Mordes?
Was hätte der Neonazi und V-Mann des Verfassungsschutzes aussagen können, was den Verfassungsschutz hätte gefährden können? Eine Antwort darauf zu geben, ist keine große Detektivleistung: Hätte der als V-Mann geführte Neonazi weder etwas mit dem Mord an dem Internetcafebesitzer zu tun, noch mit dem NSU, wäre er geradezu als Entlastungszeuge des in Nöten geratenen VS-Mitarbeiters Temme aufgerufen worden! Gefährden kann dieser Neonazi den hessischen Verfassungsschutz nur, wenn er eine Verbindung zu dem Mord, zu den Mördern herstellt!

Über vier Jahre lang gab es für diese naheliegende und einzig logische Schlussfolgerung keine Belege, keine Indizien. Alle an dem Mordfall beteiligten Behörden hielten dicht - von dem ansonsten so viel beschworenen Behördenwirrwarr keine Spur.
Das änderte sich erst, als Beate Zschäpe als Folge der tödlichen Ereignisse am 4. November 2011 – mit der Versendung der Video-Kassetten – dafür sorgte, dass die Existenz des NSU nicht mehr geleugnet werden konnte.
Seitdem wissen wir zwar noch lange nicht alles, aber genug, um die Behinderung, um die Verhinderung der Aufklärung dieses neonazistischen Mordes belegen zu können. Fast nichts stimmte, was damals als offizielle Version bekannt gemacht wurde:
Andreas Temme war kein Verfassungsschützer, sondern ein staatlich verbeamteter Verfassungsfeind.
In seiner Jugend gab man ihm den Namen ›Kleiner Adolf‹, dem er auch als V-Mann-Führer von Neonazis gerecht wurde. In seiner Wohnung fand man Auszüge aus Hitlers ›Mein Kampf‹ und weitere neonazistische Propaganda.

Und was das hessische Innenministerium über fünf Jahre erfolgreich zu schützen versuchte, ist mittlerweilen auch bekannt: Andreas Temme hat am Tattag nicht mit irgend einem Neonazi telefoniert, sondern mit Benjamin G.: »Benjamin G. hatte offenbar über seinen Stiefbruder, der in der Kasseler Szene ein bekannter Rechtsextremist gewesen sein soll, Zugang zu Neonazigruppen. Der Stiefbruder soll zum Beispiel im rechtsradikalen Netzwerk ›Blood & Honour‹ aktiv gewesen sein. Bitten der Polizei, auch diese Quellen befragen zu dürfen, um so einen ausländerfeindlichen Hintergrund des Yozgat-Mordes abzuklären, seien vom Verfassungsschutz aber abgebügelt worden, heißt es. Der ›Spiegel‹ zitiert in seiner aktuellen Ausgabe einen Verfassungsschützer, wonach derlei Geheimhaltung für ›das Wohl des Landes Hessen‹ bedeutsam gewesen sei. Der Mord an Halit Yozgat sei demgegenüber nicht so wichtig gewesen.«
Dass genau der Neonazi, mit dem VS-Mann Temme mehrmals am Mordtag telefonierte, nicht nur beste Kontakte zur Kasseler Neonaziszene, sondern auch zum NSU-Netzwerk hatte, unterstreicht die Liste, die BfV/Bundesamt für Verfassungsschutz und BKA im Oktober 2012 zusammengestellt haben:
Auf ihr sind 129 Personen aufgeführt, die diese beiden Behörden zum NSU-Netzwerk zählen: »Auch Benjamin G. gehört zu den neuen Namen auf der 129er-Liste. G., ein Neonazi aus der Umgebung von Kassel, hatte unter der Bezeichnung ›GP 389‹ von 2003 bis mindestens 2006 für das hessische Landesamt für Verfassungsschutz gespitzelt.« (Berliner Zeitung vom 26.3.2013)

Benjamin G. heißt Benjamin Gärtner, geboren am 23.11.1980 in Kassel und wohnt jetzt in Helsa bei Kassel.

Wenn man weiß, dass bei allen neun Morden, Neonazis aus der betreffenden Region, aus der betreffenden Stadt mit dem Ausspähen von Örtlichkeiten und Opfern eingebunden waren, dann weiß man, was das hessische Innenministerium um jeden Preis verhindern wollte: Ermittlungen, die dem Verdacht nachgehen, dass ein vom Verfassungsschutz geführter Neonazi am Mord des Internetcafebesitzers beteiligt war, Ermittlungen, die dem Verdacht nachgehen, dass der V-Mann Führer Andreas Temme seine ›Quelle‹ erfolgreich abgeschöpft hatte, also von den Mordvorbereitungen, vom Mord selbst gewusst haben müsste.

All dies erklärt jedenfalls viel schlüssiger, dass nicht die angebliche oder aber auch inszenierte ›Chat-Affäre‹ der Grund war, seine Anwesenheit zu Mordzeit zu verheimlichen, sondern die mögliche Verwicklung in diesen neonazistischen Mord. Bekanntlich reichen für den Vorwurf der Beihilfe zu Mord auch ›unsichtbare Tatbeiträge‹, wie das Gewähren-Lassen einer Tat, das Führen und Decken von Mittätern. Wie berechtigt dieser Vorwurf ist, belegt ein weiteres Indiz. Jahrelang behauptete man, Andreas Temme habe vor dem Mord das Internetcafe verlassen. »Nun heißt es nicht mehr, der Mann habe den Tatort eine Minute vor dem Mord verlassen, sondern er könne noch im Café gewesen sein.« (FR vom 17.11.2011)

Aus dem Konjunktiv ist nach sechs weiteren Monaten ein Fakt geworden: »Anhand der Ein- und Ausloggzeiten hat die Polizei ermittelt, dass er während Yozgats Hinrichtung am Tatort war.«
Dementsprechend wurden die Aussagen des V-Mann-Führers nachjustiert. Jetzt soll es so gewesen sein:

»Er legte die 50 Cent für die Computernutzung auf die Ladentheke, hinter der wohl schon die Leiche lag. Die Polizei fand diese 50 Cent am Tatort.« (FR vom 24.11.2011)

Manchmal können auch nachgebesserte Aussagen fatale Folgen haben: Denn was immer als Theke bezeichnet wurde, ist tatsächlich nicht mehr als ein Schreibtisch gewesen, der bekanntlich wesentlich niedriger ist. Wenn also V-Mann-Führer Temme nach dem Mord bezahlt hat, dann hat er seine 50 Cent Münze auf einen Schreibtisch gelegt, der voller Blutspritzer war, dann konnte er gar nicht an dem hinter dem Schreibtisch liegenden Ermordeten vorbeisehen. Die Behauptung von Herrn V-Mann-Führer Temme, er habe von dem Mord gar nichts mitbekommen, ist jetzt noch unhaltbarer.

Ob das Wahrscheinliche oder wieder einmal das Unwahrscheinliche am 6. April 2006 geschehen ist, ist relativ einfach zu klären:

Öffentlichmachung aller Akten, die im Zusammenhang mit dem als V-Mann geführten Neonazi Benjamin Gärtner existieren.

Vernehmung des Neonazi Benjamin Gärtner. Phonische Auswertung der Gespräche, die Andreas Temme mit seinem Diensthandy um den 4. April 2006 herum gemacht hat.

Öffentlichmachung des Tatortfotos mit Schreibtisch Starfanzeige gegen VS-Mann Temme wegen dringenden Verdachts der Falschaussage.

Ermittlungsverfahren gegen Andreas Temme wegen des Verdachts der Beihilfe zu Mord.

Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die die Umstände dieses Mordes neu aufrollt.

Wolf Wetzel, 10. April 2013

Autor des Buches:
Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund - wo hört der Staat auf?
Unrast Verlag 2013, ISBN: 978-3-89771-537-0

wolfwetzel.wordpress.com

Dokumentation:

K: Staatsanwaltschaft wegen NSU-“Ermittlungen“ angegriffen

Heute Morgen haben autonome Antirassist_innen das Büro von Staatsanwalt Oehme in Köln verwüstet – die Scheiben wurden entfernt und das Büro eingefärbt. Die Angreifer_innen hinterließen am Eingang zum Gebäudekomplex der Staatsanwaltschaft die Parole „Staatsanwaltschaft ermutigt Nazimörder und bedroht deren Opfer“. Oehme leitete in einer zweiten Phase die rassistischen Ermittlungen zum NSU-Bombenanschlag in der Keupstraße 2004 und ist führend mitverantwortlich für die jahrelange Terrorisierung der Opfer durch die Ermittlungsbehörden.

NSU-Ermittlungen - kein Skandal sondern Methode

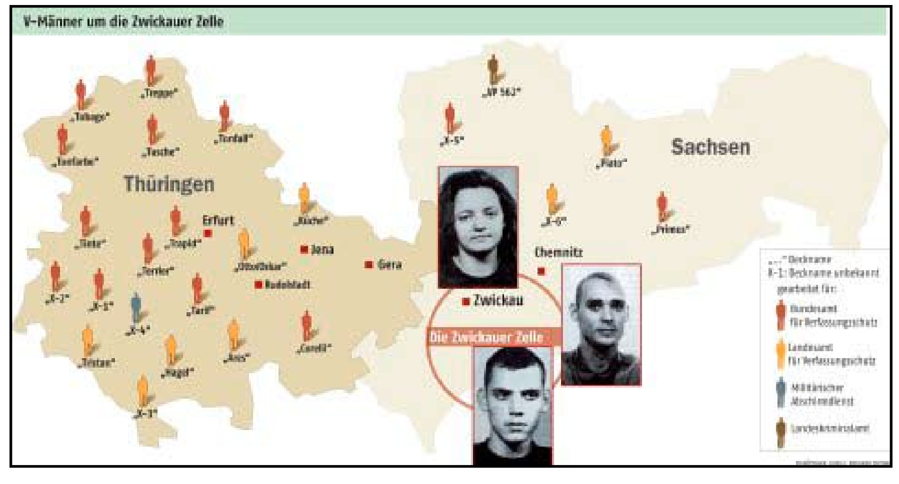
Die unmissverständliche Botschaft ist bei den Opfern und Anwohner_innen der Keupstraße angekommen: „Das wollen wir hier nie wieder hören“ drohten Ermittler_innen einem Opfer mehrmonatiger polizeilicher Übergriffe im Rahmen der „Ermittlungen“ zum NSU-Bombenanschlag vom 9. Juni 2004 in Köln. Der von der Polizei bedrohte hatte frühzeitig bei seinen Verhören geäußert, er vermute Nazis hinter dem Attentat. Das immer noch eingeschüchterte Opfer traute sich vor wenigen Wochen erstmals über diese Bedrohungen zu reden.



Opfer zu Tätern - keine „Ungereimtheiten“ und keine „bedauerlichen Pannen“

Mit der Einstufung des NSU-Bombenanschlags (noch am selben Tag) als „Milieustraftat“ oder „Auseinandersetzung zwischen Kurden und Türken“ durch Polizei und Staatsanwaltschaft wurde die Suche auf den Bereich „Ausländerkriminalität“ gelenkt. Daraufhin wurden migrantische Zusammenhänge über Monate ausgeforscht und terrorisiert. Razzien bei Opfern des Bombenattentats sowie bei deren Verwandten und Nachbar_innen waren an der Tagesordnung. Kölns Finanzämter leisteten „Amtshilfe“ und setzen die Drohgebärden der Ermittler bereitwillig um, in dem sie mehreren Gewerbe treibenden Opfern des Keupstraßen-Attentats die finanzielle Existenzgrundlage zerstörten. Hier einige wenige Details der „Ermittlungsarbeit“ von Polizei und Staatsanwaltschaft in Abstimmung mit dem Lagezentrum des NRW-Innenministeriums:

Bereits wenige Stunden nach dem Anschlag wurde von mindestens einem der Opfer noch auf der Intensivstation! zwangsweise eine DNA-Probe genommen. +++ Wegen seines Umzugs ins Düsseldorfer Umland nimmt NRW-Innenminister Behrens vom 9.-14.6.2004 Urlaub. Obwohl ihm bereits eine Stunde nach dem



Verfassungsschutz auflösen?

Es wäre geradezu verharmlosend, lediglich den Verfassungsschutz etwa mit der appellierenden Forderung nach dessen (Selbst-)Auflösung in die Verantwortung einer Politik rechten Terrors zu nehmen. Die Gesamtwirkungsweise staatlicher Unterstützung für rechte Todesschwadrone ist umfassender und vielschichtiger:

Nazimörder töten mit staatlicher Unterstützung – direkt logistisch und finanziell. Die Bedrohung dieser Blutspur kommt bei in Deutschland lebenden Migrant_innen an – auch ohne unmittelbare Bekennung. Die gezielten, bewusst verschleiernden Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft ermöglichen nicht nur die Bewegungsfreiheit der NSU über einen langen Zeitraum, sondern müssen mindestens als Ermutigung für weitere militante Nazigruppen verstanden werden. Die Signatur, gegen Opfer rechter Gewalt als Beschuldigte zu ermitteln, schüchtert zielsicher ein und stärkt hegemoniale rassistische Aggressivität. Die Strategie der Verkehrung wird medial mitgetragen und befördert die Gewöhnung an ein Stigma-Regime. Die Rechnung des staatlich geförderten Rechtsterrorismus geht auf – ein Klima von Verunsicherung, Ausgrenzung und Angst unter Migrant_innen ist geschaffen - Angst vor Nazis, Angst vor Behörden.
Das heißt - die direkten Amtshelfer_innen dieser rassistischen Täter-Opfer-Umprägung sitzen nicht nur beim Verfassungsschutz, sondern ebenso bei nicht-geheimdienstlichen Behörden, wie Staatsanwaltschaft, Justiz, Polizei, Finanzamt, bei der Bezirksregierung sowie in den Redaktionsetagen vieler Medien.

Anschlag das Lagezentrum von „terroristischer Gewaltkriminalität“ in Köln in Kenntnis setzt, bleibt Behrens bis zum 14. Juni „in Urlaub“. +++ Zehn Minuten nach diesem ersten Anruf an den beurlaubten Innenminister erhält das Landeskriminalamt eine Weisung aus dem Innenministerium: „Bitte um Streichung des Begriffes ‚terroristischer Anschlag‘ aus dem momentanen Schriftverkehr“. +++ Vier Stunden später fragt das Landesinnenministerium entrüstet „Warum ist der Verfassungsschutz involviert?“ +++ In Abstimmung mit dem LKA versichert die Bezirksregierung Köln dem Innenministerium im Vorfeld einer Pressekonferenz im Juli 2004: „Das Polizeipräsidium Köln wird den Aspekt einer laut Ergebnissen der Offenen-Fall-Analyse möglicherweise vorliegenden fremdenfeindlichen Motivation nicht thematisieren.“

Die Ermittlungsausschüsse werden sicher noch weitere „Ungeheuerlichkeiten“ zu Tage fördern. Doch bereits die hier aufgeführten Details sogenannter „Ermittlungs-Pannen“ verstellen den Blick auf den ganz und gar nicht neuen Kern: Eine gezielte staatliche Förderung und sttatlicher Schutz für rechte Todesschwadrone.

Auch die Ermittlungen zum Brandanschlag 1996 in Lübeck tragen diese Handschrift. Zehn Flüchtlinge verbrennen in einem Asylbewerberheim. Safwan Eid, ein Bewohner wird aufgrund der Aussage eines rechtsradikalen Sanitäters festgenommen und als Mörder beschuldigt. Polizei und Staatsanwaltschaft setzen alles daran, die eindeutigen Verdachtsmomente gegen drei jugendliche Nazis aus der Welt zu schaffen. Das LKA hält einen Brandanschlag von außen gar für „ausgeschlossen“. Gegengutachten und öffentlicher Druck erzwingen die Freilassung von Safwan Eid. Es gibt keine weiteren Ermittlungen gegen die Nazimörder. Doch die rassistische Umprägung von Opfern zu Tätern ist auch medial eingebettet. Die Tageszeitung TAZ beweist sich 1996 als „Tabubrecherin“: Es müsse auch erlaubt sein, zu denken, dass Flüchtlinge Asylbewerberheime anzünden.

Und nun der Prozess als juristische Legitimationsbeschaffung

Der bevorstehende „NSU-Prozess“ in München soll die (geringfügig) irritierte staatliche Legitimität wiederherstellen. Wir fordern dazu auf, sich der in Deutschland so hervorragend einstudierten Bewältigungsinszenierung zu verweigern. Dazu zählt auch die Illusion von „Aufklärung“ in dem nun anstehenden Prozess.

Wir solidarisieren und mit den Opfern rechter Gewalt und erteilen der Rehabilitation des Staates unsere Absage durch einen praktischen Antirassismus gegen dessen Amtshelfer_innen.

Wir grüßen alle, die am Wochenende in München für eine breite und eindrucksvolle Demonstration gegen Rassismus gesorgt haben und rufen zu einem ähnlich deutlichen Signal am 25. Mai in Solingen und Berlin auf - das Problem heißt Rassismus.

Erinnern heißt handeln – 10.000 gegen Naziterror und alltäglichen Rassismus in München auf der Strasse

Am 13.04.2013 versammelten sich 10.000 Menschen in München um ihre Solidarität mit den Familien und Freund_innen der vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ermordeten Menschen auszudrücken, um auf die Beteiligung des Verfassungsschutzes am jüngsten Naziterror aufmerksam zu machen und um kurz vor dem ursprünglich angesetzten ersten Prozesstermin im Verfahren gegen Beate Zschäpe und vier weitere Unterstützer des NSU Druck auf das Gericht aufzubauen mit dem Ziel eine umfassende Aufklärung der Umstände der Mordserie zu erzwingen.

Gleich zu Beginn der Demonstration stellten die münchener Bullen klar bei wem ihre Solidarität liegt, indem sie einen Flüchtling festnahmen, weil er für die Teilnahme an der Demonstration gegen seine Residenzpflicht verstoßen hat. Die Teilnehmenden an der Demo erklärten sich solidarisch und weigerten sich deswegen los zugehen, solange die Bullen ihn nicht an der Demonstration teilnehmen lassen. Nach anderthalb Stunden gaben die Bullen nach und die Demo konnte starten. Die Route führte am Mahnmal für das Oktoberfestattentat von 1980 vorbei, wo auf die vermutete Verstrickung von NATO und Geheimdiensten in das Attentat vor 23 Jahren hingewiesen wurde. Eine weitere Zwischenkundgebung fand vor dem Justizzentrum statt in dem der Prozess, nach einer Verschiebung von mehreren Wochen, am 06.05. begonnen hat und gleich in Folge eines Befangenheitsantrags der Verteidigung der Nazis auf den 14.05. vertagt wurde.

Auf der Demonstration sprachen Angehörige, wie zum Beispiel Yvonne Boulgarides, über ihre Situation, über ihre Erfahrungen mit dem deutschen Staat und den rassistisch handelnden Repressionsbehörden und über die Bedeutung der Solidarität für sie. Ibrahim Arslan, ein Überlebender des Brandanschlags von Mölln 1992, sagte im Bezug auf die Ermittlungen der Bullen damals, die wie auch im Fall des NSU die Täter im Umfeld der Opfer suchten: „Ein Opfer muss sich keine Vorwürfe anhören, ein Opfer muss Klarheit haben, muss Vertrauen in diesem Staat aufbauen können. Wir als Opfer haben aber kein Vertrauen in diesen Staat!“

Esther Bejarano, eine der letzten noch lebenden Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz, sagte in einem Grußwort: „Erinnern heißt handeln. Und hier möchte ich einen Appell an die gesamte deutsche Jugend richten. Was von Euren Vorfahren meistens verdrängt, auch diskriminiert und verleugnet wurde, das Bedeutsamste und Kostbarste aus deutscher Geschichte ist und bleibt der antifaschistische Widerstand.
Der Nazi-Hölle entronnen, dem sogenannten tausendjährigen Reich, das für uns tatsächlich wie tausend Jahre war. Jede Stunde, jeden Tag den Tod vor den Augen. Wir wünschen uns, dass Ihr, weil es ja so bitter nötig ist, in Zukunft Widerstand leistet, wie damals die Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus. Für ein Leben in Frieden und Freiheit für alle Menschen auf dieser Welt. Ich glaube an Euch.“

Auf der Demonstration konnte klar gemacht werden, dass es nicht nur um die Aufklärung der Taten von Zschäpe und den Anderen Nazis geht, sondern eben auch um die Beteiligung des Verfassungschutzes und des deutschen Staates an der Mordserie. Darüber hinaus sind Demonstrationen wie die in München ein Beitrag und klares Statement in der gesellschaftlichen Debatte um alltäglichen und behördlichen Rassismus. Dieser findet, wenig überraschend, bis jetzt keinen Platz im münchener Gerichtssaal. Gerade weil die deutsche Jusitz, in alter Tradition, nichts tun wird, was die Verwicklung der Behörden in die Morde ans Licht der Öffentlichkeit bringt, ist es notwendig immer wieder mit Demonstrationen und Aktionen auf die Verwicklung der Geheimdienste und auf die rassistische Praxis der Bullen hinzuweisen und sie zu skandalisieren.

Teilnehmerin



Interview mit einer kurdischen Genossin

[Dieses Interview hat ein Genosse für uns geführt und uns zugetragen. ***AB****]*

Frage: Hallo stell dich und deine politische Arbeit doch kurz vor.

Seher: Hallo ich heiße Seher und bin die Vorstandsvorsitzende des Kurdistan Volkshauses Hannover.

Frage: Wie würdest du die Situation in den kurdischen Gebieten in der Türkei nach Jahrzehnten des Konfliktes beschreiben?

Seher: Seit der Entstehung der türkischen Republik durch Mustafa Kemal Atatürk und seinen Anhängern herrscht eine schmutzige Verleumdungs- und Assimilationspolitik gegenüber den Kurden. Der türkische Staat hat zu keiner Zeit auf faschistische Methoden der Unterdrückung verzichtet. Bis dato wird die kurdische Bevölkerung durch den türkischen Staat kolonialisiert, verleugnet und verfolgt. Dass die Kurden und Kurdinnen heute viel selbstbewusster sind, liegt ausschließlich daran, dass der revolutionäre Kampf um Freiheit, Demokratie und Sozialismus in Kurdistan jedes Jahr stärker und effizienter wird.

Frage: Der inhaftierte Vorsitzende der PKK Abdullah Öcalan hat in seiner Erklärung zum diesjährigen Newroz Fest am 21.03.2013 einen Waffenstillstand, Rückzug der bewaffneten kurdischen Kräfte aus der Türkei und Initiativen zur politischen Lösung des Konfliktes angekündigt. Die Führung der KCK) hat dies begrüßt und angekündigt unter bestimmten Bedingungen den bewaffneten Kampf endgültig einzustellen. Wie bewertest du diese Entwicklung?

Seher: Durch die Erklärung am diesjährigen Newroz Fest von unserem Repräsentanten Herr Abdullah Öcalan und der hundertprozentigen Zustimmung und Unterstützung unserer revolutionären Bewegung, wurde der ganzen Welt nochmal demonstriert, dass die Kurden und Kurdinnen bereit sind und die Fähigkeit haben den Kampf um Befreiung und Sozialismus nicht mehr durch den bewaffneten Kampf zu erreichen, sondern durch die politische Gewalt.
Ich begrüße dies sehr, jedoch hat uns die Geschichte gelehrt, dass man Faschisten kein blindes Vertrauen und Glauben schenken kann.
Doch wie schon erwähnt, ist die Erklärung in erster Linie als Signal der Bereitschaft der kurdischen Bewegung zu einer friedlichen und demokratischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts zu kommen, zu verstehen.

Frage: Die KCK erklärte, dass nun Schritte von der türkischen Regierung erwartet werden um anschließend die bewaffneten kurdischen Kräfte aus der Türkei abzuziehen. Sie erklärte die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei bestehe aus drei Etappen. Kannst du uns erläutern wie diese Etappen aussehen sollen und was vom türkischen Staat erwartet wird?

Seher: Die erste Etappe zur Lösung der kurdischen Frage beinhaltet den gegenwärtigen Rückzug der Guerillakräfte und die Umsetzung der Bedingung für einen sicheren und erfolgreichen Rückzug.
In der zweiten Etappe müssen der Staat und die Regierung handeln. Sie müssen eine neue Verfassung gründen, welche ein demokratisches System beinhaltet, in der alle Identitäten anerkannt und ihre Repräsentanz wieder zu finden ist. Das heißt eine Verfassung in der das kurdische Volk mit eigener Sprache und Kultur anerkannt wird und sich in seinem eigenen Territorium selbst verwalten kann.
Damit die kurdische Bewegung die Waffen niederlegen und auf politischer Ebene kämpfen kann, müssen alle Gefangene, die durch den „KCK Prozess“ inhaftiert wurden, freigelassen werden. Dies erfolgt in der dritten Etappe.

PKK und KCK

Die ***Partiya Karkerên Kurdista (PKK)*** (dt. Arbeiterpartei Kurdistans) wurde 1978 gründet. Die kurdische Bewegung hat sich aber im Laufe der Jahrzehnte sowohl organisatorisch als auch inhaltlich immer wieder neu orientiert und weiterentwickelt. Die PKK hat Schwesterorganisationen in allen Teilen Kurdistans:

- in Syrien die Partiya Yekitîya Demokrat (PYD), (dt.Partei der Demokratischen Union)
- im Irak die Partiya Çareseriya Demokratik a Kurdistan (PCDK), (dt. Partei für eine politische Lösung in Kurdistan)
- in Iran die Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê (PJAK), (dt. Partei für ein Freies Leben in Kurdistan)

Die übergreifende Organisation nennt sich seit 2007 ***Koma Civakên Kurdistan (KCK),*** (dt. Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans). Sie soll die Keimzelle einer nichtstaatlichen Gesellschaft bilden. Der „Volkskongress Kurdistan“ übt in dieser Struktur die Funktion eines Parlamentes oder großen Rates aus. Außerdem unterhält die KCK ein eigenes Gerichtswesen, führt den bewaffneten Kampf und hat zentrale und lokale Organisationen. Die KCK ist laut ihrer Gründungsvereinbarung (sözleşme), die als Verfassung Kurdistans angesehen wird, ein „demokratisches, gesellschaftliches und konföderales System“ mit dem Ziel der Schaffung einer „demokratisch-ökologischen und auf Geschlechterbefreiung ausgerichtete Gesellschaft“. Sie orientiert sich an dem Modell des von Abdullah Öcalan seit 2005 propagierten „Demokratischen Konföderalismus“. Dieser zielt auf die Überwindung staatsfixierter und nationalstaatlicher Strukturen und ist ein von libertären und basisdemokratischen Ideen geprägter Gesellschaftsentwurf.

Frage: Ist die Initiative eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen aus deiner Sicht ein Zeichen von Stärke oder von Schwäche? Oder glaubst du, dass die Frage so falsch gestellt ist, weil unabhängig von der derzeitigen Verfassung der Bewegung eine neue politische Strategie entwickelt wurde, die eine Entmilitarisierung des Konfliktes und eine politische Lösung anstrebt?

Seher: Stärke ist sich den schwierigsten Dingen zu stellen. Und genau das hat die kurdische Freiheitsbewegung getan. Sie hat der Welt gezeigt, dass sie für eine friedliche Lösung sogar bereit ist mit Faschisten zu verhandeln und die Waffen niederzulegen. Doch eins sollte jedem klar sein: Die KCK hat im Namen der kurdischen Freiheitsbewegung in einer Pressekonferenz betont, dass wenn eine einzige militärische Offensive während des Rückzuges gegen die Guerillastreitkräfte gestartet wird, der Rückzug sofort eingestellt wird und der revolutionäre, bewaffnete Kampf wieder aufgenommen wird.

Frage: Die PKK hat seit 1993 achtmal einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen. 1999 hatte die kurdische Guerilla ihre Kräfte schon einmal aus dem türkischen Staatsgebiet abgezogen. Ist der aktuelle Vorstoß für eine friedliche Beilegung des Konfliktes dieses Mal realistischer? Worin unterscheidet sich die aktuelle Initiative von den bisherigen Bemühungen der PKK um eine Entschärfung des Konfliktes?

Seher: Noch nie wurde international so oft und so viel über die Verhandlungen zwischen der PKK und dem türkischen Staat berichtet. Dies zwingt die türkische Regierung zu einer Ernsthaftigkeit. Sonst hat die allgemeine Öffentlichkeit meist kaum etwas über die kurdische Problematik mitbekommt. Die Kurden und Kurdinnen sind schon seit vielen Jahren bereit, ihre Forderungen zu realisieren und zu friedlichen Lösungen zu kommen. Es ist der türkische Staat, der dies durch Krieg und Verfolgung verhindert.
Ich denke, dass wir nur mit der Zeit sehen können, ob der türkische Staat diesmal bereit ist für die Freiheit, Geschwisterlichkeit und Demokratie der Völker.

Frage: Welche Rolle spielen die schon seit einigen Jahren autonomen kurdischen Gebiete im Irak und die im Bürgerkrieg gegen das Assad-Regime ebenfalls selbstverwalteten kurdischen Gebiete in Syrien?



Die KCK-Prozesse

Seit April 2009 ist es in vielen Teilen der Türkei zu Festnahmen und anschließenden Verfahren gegen vermeintliche Mitglieder der KCK gekommen. Viele der Festgenommenen waren innerhalb der inzwischen verbotenen kurdischen Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) bzw. der Nachfolgepartei Friedens- und Demokratiepartei (BDP) aktiv. Laut BDP sind zwischen April 2009 und Oktober 2011 7.748 Menschen als vermeintliche Mitglieder der KCK festgenommen worden, gegen 3.985 Personen wurden Haftbefehle erlassen. Unter ihnen 274 Personen mit einem politischen Mandat (Dorfvorsteher_in, Bürgermeister_in, Funktionär_in von Parteien, Mitglieder kommunaler oder nationaler Parlamente). Ferner gehörten Menschenrechtler_innen, Journalist_innen, Gewerkschafter_innen und Anwält_innen zu den verhafteten Personen.

Seher: Wir erwarten von der Regierung in Süd-Kurdistan (autonomes kurdisches Gebiet im Norden Iraks), dass sie während des Rückzuges für die Sicherheit der Guerilla sorgt und den aktuellen Friedensprozess mit voller Kraft unterstützt.
Wir begrüßen den erfolgreichen Aufstand in West-Kurdistan (kurdisches Gebiet in Nord-Syrien) und sind stolz, dass die Revolution in West-Kurdistan so erfolgreich ist und noch immer andauert. West-Kurdistan ist nun ein Symbol für die Möglichkeit der Befreiung für alle Unterdrückten. Außerdem sorgt dies für Angst bei diktatorischen und faschistischen Staaten, die gegen Freiheit und Demokratie der Völker sind.

Frage: Eine derartig militarisierter Konflikt, der über Jahrzehnte andauert, geht immer zu Lasten der Bevölkerung und prägt alle gesellschaftlichen Bereiche. Welche gesellschaftlichen Prozesse sind in den kurdischen Gebieten deiner Meinung nach nun notwendig um eine Entmilitarisierung des Konflikts zu fördern und eine zivile und basisdemokratische Selbstverwaltung zu festigen?

Seher: Meiner Meinung nach muss in erster Linie der Prozess der Aufklärung in einem höheren Maß vorangetrieben werden und alle Schichten der Gesellschaft erreichen. Außerdem müssen der Jugend alle Türen für einen Hochschulabschluss geöffnet werden. Nur durch Aufklärung und Bildung ist eine Demokratische Gesellschaft realisierbar.

Frage: Nun hängt eine Lösung des Konfliktes ja nicht nur an der kurdischen Bewegung sondern maßgeblich an dem Verhalten der türkischen Regierung. Glaubst du die Regierung der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) (dt. Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) hat ein ernsthaftes Interesse die kurdische Frage lösen oder ist die aktuelle Gesprächsbereitschaft ein temporäres Manöver?

Seher: In der Vergangenheit hat die türkische AK-Partei (AKP) bewiesen, dass sie kein Interesse

Die Morde in Paris

Am 9. Januar 2013 wurden in Paris die Mitbegründerin der PKK und führende Persönlichkeit der kurdischen Frauenbewegung, Sakine Cansiz, unsere Genossinnen Fidan Dogan (Rojbîn) und Leyla Saylemez (Ronahî) in den Räumen des Kurdischen Informationsbüros heimtückisch ermordet. Sie wurden gezielt mit Schüssen in den Kopf hingerichtet. Kurze Zeit später nahm die französische Polizei den dringend Tatverdächtigen Ömer Güney fest. Die türkische Tageszeitung Yeni Özgür Politika hat daraufhin ein Gespräch mit dem ehemaligen Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT Murat Şahin veröffentlicht. Darin sagt dieser, dass er Güney kenne, da er ebenfalls ein MIT Agent sei. Güney war belegbar über einen längeren Zeitraum in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich in kurdischen Strukturen aktiv. Dies legt den Schluss nahe, dass er langfristig mit dem Ziel der Begehung der Morde eingeschleust wurde.
Nach den Morden demonstrierten Hunderttausende in ganz Europa für eine lückenlose Aufklärung, doch die französischen Ermittlungsbehörden schweigen zu den Hinweisen auf eine Verstrickung des MIT. Diese Vorgehensweise deutet darauf hin, dass die AKP-Regierung der Türkei die Hintergründe der Morde verschleiert und Frankreich den türkischen Staat nicht in Bedrängnis bringen will.

an einer Lösung des Kurden-Problems hat. Ganz im Gegenteil; Sie hat öffentlich dazu aufgerufen, die kurdische Freiheitsbewegung mit allen Mitteln bis zur Vernichtung zu bekriegen. Doch das kurdische Volk und die kurdische Freiheitsbewegung haben in den letzten Jahren einen historischen Widerstand geleistet und somit die AKP-Regierung auf die Knie gezwungen. Dementsprechend hat die AKP-Regierung nun keine andere Wahl mehr als zu verhandeln.

Frage: Der türkische AKP-Ministerpräsident Erdogan erklärte Anfang des Jahres nach einem Gespräch mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel: „Wir hatten von ihnen auch die Auslieferung von der in Paris ermordeten Sakine Cansız verlangt. Sie sind dem nicht nachgekommen. Nun ist diese Sache passiert. Von nun an kann auch Deutschland mit solchen Schwierigkeiten konfrontiert werden.“ Glaubst du die Morde an drei kurdischen Aktivistinnen in Paris und solche Drohungen Erdogans und sind Teil einer Strategie der AKP? Einerseits wird Gesprächsbereitschaft signalisiert um die kurdische Bewegung zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen und andererseits wird unvermindert weiter auf Repression, Mord und militärische Übermacht zu gesetzt? Oder wollen noch rechtere/nationalistischere Kräfte so einen Friedensprozess verhindern?

Seher: Klar ist, dass Strukturen und Parteien des türkischen Staates lange vorher von den Ermordungen unserer drei kurdischen Weggefährtinnen wussten. Vieles deutet darauf hin, dass die AKP Regierung ihre Finger im Spiel hatte und den Mord in Auftrag gegeben hat. Um dies ausführlich darzulegen und meine Behauptung zu belegen bedarf es meines Erachtens eines extra Interviews.

Frage: Wie glaubst du ist eine Entmilitarisierung des Konfliktes zu erreichen und gleichzeitig der Druck auf die türkische Regierung aufrechtzuerhalten?

Seher: Wenn eine unterdrückte Bevölkerung sich ihrer Lage bewusst geworden und bereit ist bis zur Befreiung zu kämpfen und Widerstand zu leisten, dann kann keine Macht der Welt sie daran hindern ihre Freiheit zu erlangen. Das kurdische Volk befindet sich heute in so einer Lage. Es ist sich vollkommen bewusst diesen revolutionären Weg bis zum Ende zu gehen. Dies ist die größte Waffe und erzeugt den größten Druck auf den türkischen Staat.

Frage: Mitte März wurde das Kurdistan-Volkshaus Hannover durchsucht, bei der darauf folgenden Demo wurden kurdische Aktivist_innen von türkischen Faschisten angegriffen und im April gab es eine Durchsuchungswelle in verschiedenen Städten wegen Auseinandersetzung mit der Polizei bei einem kurdischen Kulturfest 2012 in Mannheim und neben den großen §129b (Unterstützung ausländischer terroristischer Vereinigungen) gibt es zahlreiche kleinere Verfahren gegen kurdische Aktist_innen. Wie bewertest du die Situation der kurdischen Bewegung in Deutschland?

Seher: Die Repression der europäischen Staaten gegen das kurdische Volk und Aktivisten und Aktivistinnen bewerten wir wie folgt:
Wir machen unsere Arbeit erfolgreich und die europäischen Staaten sind sich dessen bewusst. Wir wollen auch hier in Europa zeigen, dass wir zu hundert Prozent überzeugt kämpfen und den Weg der Revolution bis zum Tod gehen werden. Die repressiven und faschistischen Methoden der europäischen Staaten sind fruchtlos, da sie verzweifelt versuchen Befreiungskämpfe zu ersticken. Wir haben in der Vergangenheit und jetzt auch bewiesen, dass wir durch Staatsgewalt nur stärker werden.

Frage: Wie bewertest du die Zusammenarbeit mit linken/linksradikalen Gruppen in Deutschland? An welchen Punkten würdest du dir mehr Kooperation mit deutschen Genoss_innen wünschen?

Seher: Ich sehe bei vielen deutschen Genossen und Genossinnen, so wie auch bei euch, eine große Bereitschaft zur Solidarität. Dies freut uns sehr. Doch muss der Dialog zwischen uns und den deutschen Genoss_innen intensiviert werden. In den vergangenen Jahren ist die Kooperation mit anderen linken Organisationen in Hannover bedenklich zurück gegangen. Ich hoffe, dass wir dies, vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage, verändern. Wir, als das Kurdistan Volkhaus, sind jederzeit bereit mit allen sozialistischen/linken Organisationen an einen Tisch zu kommen und gemeinsam für mehr Freiheit und Sozialismus auf der Welt zu kämpfen. Hoch die Internationale Solidarität!

Frage: Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Kraft zum Kämpfen.

Mehr Infos:

Informationsstelle Kurdistan e.V.:
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/

Azadi (Freiheit) e.V. Rechtshilfefond für Kurd_innen in Deutschland:
www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/

Kampagne Tatort Kurdisatn:
tatortkurdistan.blogsport.de



Razzia im Kurdistan-Volkshaus Hannover

Am 10.03.2013 durchsuchte der polizeiliche Staatsschutz das Kurdistan Volkshaus Hannover. Die Durchsuchung richtete sich gegen eine Person, die gelegentlich den Verein besucht haben soll. Jedoch wurden alle anwesenden Personen durchsucht und mussten sich ausweisen, sowie filmen und fotografieren lassen. Die Polizei beschlagnahmte zunächst verschiedene legale Magazine und Bücher, wie den Kurdistan-Report, welcher seit Jahrzehnten in ganz Deutschland zu kaufen ist und Bücher die im Handel erhältlich sind. Ihr Vorgehen begründeten die Beamten mit der Aussage „Die Bücher sind verboten, da steht PKK drauf.“. Die Razzia hat keine juristische oder legale Grundlage. Doch sie reiht sich ein in eine Anzahl weiterer Repressionsmaßnahmen gegen das Kurdistan-Volkshaus in Hannover in den letzten Jahren u.a.:

a) Nicht-Bewilligung von Projektförderung seitens der Stadt Hannover und des Landes unter der Begründung, auch „Anhänger der PKK“ würden den Verein nutzen, oder der „mehrfachen Erwähnung im Verfassungsschutzbericht seit 2008 des Landes Niedersachen“.

b) Individuelle Hausbesuche der Polizei bei kurdischen Familien in Niedersachsen mit der Aufforderung sich vom Verein zu distanzieren und dem Ziel der Einschüchterung.

c) Besuche der Polizei bei Institutionen und Vereinen, die in Zusammenarbeit mit dem Kurdistan-Volkshaus stehen, mit der Aufforderung diese einzustellen.

d) Permanente und sichtbare Observation der Räumlichkeiten des Vereins und namentliche Ansprache von Besucher_innen sowie Anwerbeversuche. So wurde ein Genosse einige Tagen zuvor in Lehrte von Polizeibeamten an einem unbekannten Ort mitgenommen. Ihm wurde Geld, Alkohol und Drogen als Gegenleistung für Informationen angeboten.

Der Vorstand des Kurdistan Volkshaus e.V. bezweifelt die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen und fragt nach dem demokratischen Verständnis dahinter. Diese Vorgehensweise zeigt, dass der Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK beschädigt werden soll. Sie hat noch einmal die Zusammenarbeit der deutschen und türkischen Polizei im Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung unterstrichen.



Gekürzt übernommen von YEK-KOM e.V. / Düsseldorf, 11.03.2013

FEMEN - Feminismus oder Farce?

„*Wenn wir nackt sind hört man uns zu.*“

- Das ist anscheinend die erste und wichtigste Grundregel bei der Gruppe FEMEN, die sich selbst als feministisch bezeichnet und durch praktische, provokante Aktionen viel internationales Interesse erregen konnte. Im Jahr 2008 organisierten sich die ersten Frauen unter diesem Namen in Kiew, mittlerweile gibt es aber auch in vielen anderen Ländern Ableger der Gruppe. Zu sehen ist in letzter Zeit viel von ihnen, doch was genau haben sie überhaupt zu sagen?

Neben der Absicht eine möglichst hohe Medienwirksamkeit zu erzeugen, ist der Kampf gegen die Sexindustrie und den Sextourismus von Anfang an eines ihrer wichtigsten Anliegen. Von Zwangsprostitution und Menschenhandel ist hierbei aber nicht die Rede, stattdessen sehen FEMEN ihre Aufgabe darin, den Sexarbeiter_innen insgesamt ihr Recht auf die Tätigkeit ab zu sprechen. Die generelle „*No-prostitution*“-Haltung, die FEMEN gegenüber Sexarbeit einnimmt, ist in diesem Fall schwierig und sollte vielseitiger betrachtet werden. Menschenhandel sowie sexuelle Ausbeutung sollten von dem Begriff Sexarbeit differenziert werden. Die Trennung ist relevant, da der Unterschied zwischen Zwang und Selbstbestimmung sonst verschwimmt. Die drängende Wichtigkeit dem Menschenhandels, sowie der Zwangsprostitution etwas entgegen zu setzen steht außer Frage, doch aufgrund der vernachlässigten Differenzierung drängen die Aktivistinnen von FEMEN alle Sexarbeiter_innen in die Rolle von Betroffenen, auch wenn diese ihre Tätigkeit freiwillig ausüben – so freiwillig wie Lohnarbeit in einem kapitalistischen System überhaupt sein kann.



Gegen Sexarbeit ging auch FEMEN Germany am 25.01.2013 mit ihrer Kampagne „*Fickt die Sexindustrie*“ auf die Straße und löste durch die Aktion Wut und Fassungslosigkeit aus. Mit Schriftzügen auf den nackten Oberkörpern starteten einige junge Aktivistinnen einen Fackelzug durch die Herbertstraße in Hamburg. Auf den Plakaten, die sie bei sich trugen waren unter anderem Parolen wie „*sexindustry is fascism*“ zu lesen. An eines der Tore, welches die Nazis 1930 als Sichtschutz an beiden Seiten der Straße angebracht hatten, schrieben die Frauen „*Arbeit macht frei*“. Die unfassbare Analogie von Sexarbeit und Shoah, sowie die Gleichsetzung der Sexindustrie mit Faschismus die FEMEN Germany hier herstellte, wurde von den Aktivistinnen in keiner Weise reflektiert. In mehreren offenen Briefen wurde Kritik an der Aktion geübt, doch FEMEN Germany wies diese mit den Worten „*es sei alles überinterpretiert und missverstanden worden*“ zurück. Irina Khanova, die eine der Mitbegründerinnen von FEMEN Germany ist, geht sogar noch weiter und vertritt den Standpunkt, dass Frauen in der heutigen Zeit genau wie die Menschen in nationalsozialistischen Vernichtungslagern “*versklavt, verschleppt, vergewaltigt, in Ghettos eingesperrt und wie Fleisch verkauft*” werden.

Und was haben sie sonst noch zu sagen?

Zu gängigen Schönheitsidealen und auch zum binäre Geschlechtssystem nicht viel. Trans_menschen haben bei FEMEN bisher überhaupt keine Erwähnung gefunden. Obwohl eine Aktivistin von FEMEN Germany im Interview mit der Frankfurter Rundschau davon sprach, dass das nackte Auftreten dazu genutzt werden würde, die Bedeutung des weiblichen Körpers zu verändern, ist bei ihren Aktionen fast ausschließlich ein ganz bestimmtes Körperbild vertreten, welches den gängigen Schönheitsidealen sehr nahe kommt. Der Frauen_körper wird von ihnen in keiner Weise kritisch reflektiert, sondern vielmehr werden die bestehenden sexistischen Verhältnisse bedient und reproduziert. Die inhaltliche Auseinandersetzung von FEMEN Germany zur Frage, welche Botschaft sie mit ihrer Protestform transportieren wollen, verläuft sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite ist die Rede von einer gewollt aggressiven und starken Darstellung des nackten Frauen_körpers, auf der Anderen wird von einer verletzlichen und ungeschützten Darstellungsweise gesprochen.

Selbst wenn das Interesse der Rezipienten überhaupt bis zu den Inhalten der Aktivistinnen durchdringt und nicht an den idealisierten Körpern hängen bleibt, stößt es auf zum Teil sehr paradoxe und diskriminierende Forderungen. Die Gruppe ist zwar für die Abschaffung des Patriarchats, doch die Machtverhältnisse an sich, sowie deren Ausübung, sind nicht Gegenstand ihrer Kritik. Alexandra Schewtschenko, eine Aktivistin von FEMEN Germany, sagte gegenüber der Zeitung Zeit, dass sie die Herrschaft der Männer nicht aufheben, sondern umkehren wolle, da Frauen besser mit Macht umgehen könnten. Wieder reproduzieren FEMEN ein sexistisches und zweigeschlechtliches Weltbild, welches sich widersprüchlich zu feministischen Kämpfen verhält.

Während ihrer Aktionen schmückt FEMEN sich nicht mehr nur mit Blumenkränzen im Haar, welche in der Ukraine eine typische Nationaltracht für Frauen sind. Bei FEMEN Germany sind nun auch die Farben der deutschen Flagge im Logo vertreten. Bei einer Diskussionsveranstaltung wurden sie nach dem Hintergrund dieser Gestaltung gefragt, woraufhin FEMEN Germany erklärte, sie seien doch schließlich auch eine Nation, sie seien Deutschland. Dass den „*Kriegerinnen an vorderster Front der feministischen Armee*" auch der Schutz ihrer Heimat wichtig ist, haben sie 2010 in der Ukraine deutlich gemacht. Vor einem Fußballspiel von Karpaty-Lviv gegen Galatasaray Istanbul haben sie eine Erklärung an den Stadtrat von Lviv geschrieben, in der sie sich gegen die Anreise der türkischen Fußballfans aussprachen, um die ukrainischen Frauen zu schützen. Dazu machten sie eine Fotoreihe mit den Fans von Karpaty-Lviv, welche dafür bekannt sind, dass sie eine rechte und nationalsozialistische Einstellung vertreten.

Reine Vermarktung scheint bei FEMEN im Vordergrund zu stehen. Ihre Aktionen sind auf Provokation und Medieninteresse ausgelegt, ohne dabei auf die Auswirkungen, die ihr Handeln haben könnte, Rücksicht zu nehmen. Auch stellen sie keine konkreten Forderungen, welche direkt auf die Situationen der Betroffenen eingehen.

Nach all dem kann nicht mehr von emanzipatorischem Feminismus die Rede sein.

eine feministische Kritikerin

GIZ-Prozess letzter Akt - Anklage gegen Antimilitarist_innen gescheitert

Wer glaubt, Widerstand lohnt sich nicht, irrt. Vor dem Landgericht Bonn hat die Staatsanwaltschaft heute im Berufungsverfahren wegen der Besetzung der GIZ anlässlich der Afghanistan-Konferenz 2011 völligen Schiffbruch erlitten. Ihre Beschwerde gegen den Freispruch einer Antimilitaristin vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs musste die Staatsanwältin zähneknirschend zurückziehen. Damit stehen auch die übrigen sechs Strafverfahren wegen der Protestaktion in Bonn vor dem Aus.

Wir erinnern uns. Kurz vor Beginn der Afghanistan-Konferenz im Dezember 2011 besuchten Antimilitarist_innen unangemeldet die GIZ, in der die Einbindung vermeintlicher Entwicklungsarbeit in den Krieg in Afghanistan forciert wird und makierten das Gebäude mit „Krieg beginnt hier". Ähnliche Aufschriften wurden auch in Fluren des Bürogebäudes angebracht.Aus einem der besuchten Büros ertönten Kriegsgeräusche, unterlegt mit Zitaten der Kriegstreiber_innen Niebel und Merkel. Die Aktivist_innen forderten alle Nichtregierungsorganisationen auf, jegliche Kooperation mit der Bundeswehr zu verweigern und die Einladung der Bundesregierung zur Teilnahme an der Afghanistan-Konferenz auszuschlagen. Mit der Fusion von GTZ, DED und InWent zur GIZ wird die kriegerische Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik
vorangetrieben. Dabei geht es nicht nur im Afghanistan. Seit 2009 bilden Beamte der Bundespolizei im Auftrag des Rüstungsunternehmens EADS in Saudi Arabien im Rahmen der strategischen Partnerschaft einen Teil der 32 000 Grenzpolizeikräfte in Überwachungstechniken, sicherer Waffenhandhabung usw. aus. Saudi Arabien wird international für die Anwendung der Todesstrafe und Verletzung von Menschen- und Frauenrechten kritisiert. Ziel der deutschen Ausbildungshilfe ist lt. Bundesregierung u.a. im grenzpolizeilichen Bereichen insbesondere der Bekämpfung der Migration in den Herkunfts- und Transitstaaten im Sinne einer Vorverlagerungsstrategie zu dienen. Das Geschäft wird über die GIZ abgewickelt. Die GIZ ist mit einem Umsatz von ca. 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2011 die größte Durchführungsorganisation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das derzeit von Dirk Niebel (FDP), ehemaliger Fallschirmjäger und Hauptmann der Reserve, geleitet wird.

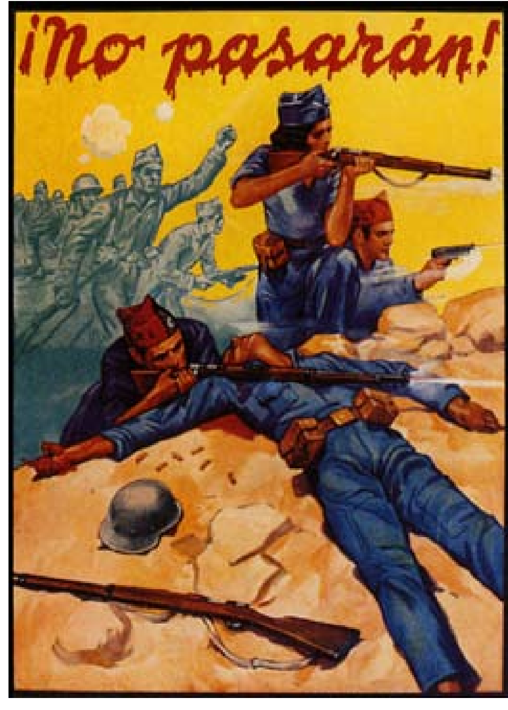


Wir haben zwar nicht alles verstanden, was Richter, Staatsanwältin und Verteidigerin an juristischen Argumenten genau ausgetauscht haben. Klar wurde jedoch auch für juristische Laien, dass der Hausmeister der GIZ, der den Strafantrag gegen die Besetzer_innen gestellt hatte, dazu formal gar nicht berechtigt war. Wie weit die Gegenwart des Krieges bereits die Hirne der GIZ-Oberen vernebelt hat, wurde eindrücklich deutlich, als GIZ-Vorstand Preuß (mit sz) im Zeugenstand auf eine harmlose Frage der Verteidigerin sinngemäß antwortete, Demonstranten würden bei uns doch nicht wegen Sprühens erschossen! Gehts noch, Sie Spinner! Die Konsequenz aus soviel Hirnlosigkeit kann nur lauten: GIZ abschaffen!

einige ehemals Angeklagte, 3. Mai 2013

Klage gegen Franquismus

Im spanischen Staat gibt es keine juristische Möglichkeit, gegen die Verbrechen der 40 Jahre Franco-Faschismus Klage zu erheben. Die nach Francos Tod demokratisch gewendeten Faschisten hatten sich mit dem Amnestie-Gesetz von 1977 einen Freibrief beschlossen, der bis heute strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen verhindert, die international anerkannt und geächtet sind. Im Ausland zählt jedoch das internationale Menschenrecht. Insbesondere die Justiz in Argentinien hat sich in den 30 Jahren nach Ende der dortigen Militärdiktatur fähig gezeigt, trotz eines anfänglichen Amnestie-Gesetzes die politischen und materiellen Verantwortlichen für Verbrechen vor Gericht zu stellen und zu verurteilen. Durch eine entsprechende Klage soll nun im südamerikanischen Staat wiederholt werden, was die spanische Justiz (Richter Garzon) im Fall von Pinochet/Chile vorexerziert hat: mit internationaler Rechtsprechung die spanischen Freibriefe umgehen und Klage erheben gegen noch lebende politische Verantwortliche der Franco-Zeit.



Klage in Argentinien gegen Martin Villa, gegen den Schwiegervater des aktuellen spanischen Justiz-Ministers, und gegen Folterer und Richter des Franquismus. Die Initiative gegen franquistische Verbrechen hat in Argentinien Klage erhoben gegen Verantwortliche für Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Konkret gegen den franquistischen Ex-Minister Martin Villa wegen des Mordes von fünf Arbeitern in Vitoria-Gasteiz.

Die Klage wegen Verbrechen des Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Spanien der Franco-Diktatur zwischen dem 17. Juli 1936 und dem 15. Juni 1977 nimmt in Argentinien Gestalt an. Nach der Sammlung von mehr als 300 Anzeigen hat das Netz “Bürger gegen die Verbrechen des Franco-Regimes“ (Aqua-Netz) beschlossen, zur zweiten Phase überzugehen: der Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen mehr als 300 Entscheidungsträgern des Franco-Regimes.

Die Klage richtet sich gegen den ehemaligen Franco-Minister Rodolfo Martin Villa wegen der Ermordung von fünf Arbeitern während eines Streiks in Vitoria-Gasteiz, und gegen José Utrera Molina (den Vater des aktuellen Justizministers Gallardón) wegen der Unterzeichnung des Todesurteils gegen Puig Antich. Darüber wird auch Klageerhebung gefordert gegen den „Folterknecht“ der Politischen Brigade Franco-Polizei, Juan Antonio González Pacheco, alias Billy the Kid.

Schließlich soll auch der ehemalige Minister für Arbeit Fernando Suarez und der Putschist und Beamte der Guardia Civil Jesus Aguilar belangt werden, für seinen berühmten Satz in der Abgeordnetenkammer am 23. Februar 1981: „Es wird nichts passieren, aber warten wir eine Weile, bis Militärs kommen, sie werden bestimmen, was geschehen muss.“ Die argentinische Justiz erwägt die Forderung einer Strafe bis zu 30 Jahren mit der Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

„Es ist höchste Zeit, dass die Justiz endlich diese Diktatur, Franco und seine Helfer verurteilt, jene die sich danach in Demokraten verwandelten“, sagte Jose Maria Galante, Mitglied der Vereinigung der ehemaligen Gefangenen des Franquismus.

Die Klage gegen das Franco-Regime wurde am 14. April 2010 in Argentinien eröffnet, nach der Weigerung der spanischen Gerichte, die Verbrechen der spanischen Diktatur zu untersuchen. Die Klage forderte die argentinischen Verfassungsinstanzen dazu auf, das Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit anzuerkennen, um die Täter der Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen. Der ursprünglichen Beschwerde haben sich weitere 300 Kläger/innen angeschlossen. Die argentinische Justiz sieht für derartige Verbrechen Strafen von 25 bis 30 Jahren vor.

Wille der Kläger ist, dass der von der Richterin Maria Servini in Argentinien eröffnete Fall die „Straflosigkeit des Franquismus beendet“, zu einer „Wiederherstellung der Wahrheit“ führt und den Weg öffnet für „die Wiedergutmachung aller verursachten Leiden“. Sie fordern die Ausgrabung der in Massengräbern verbliebenen Leichen und ihre Rückgabe an die Familien, die Aufhebung aller Verfahren der Sonder-Gerichte der Diktatur, sowie die Verurteilung der erlittenen wirtschaftlichen Ausplünderung der Republikaner/innen durch die Sieger im spanischen Krieg (fälschlicherweise Bürgerkrieg genannt), und schließlich die Anwendung des Gesetzes gegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die Überlebenden der Diktatur, deren Protagonisten alle Blut an den Händen haben.

1. Rodolfo Martin Villa, der „Schlagstock des Übergangs“

Der ehemalige Minister, ehemaliger Senator und Ex-Vertreter der Versammlung von Madrid, Rodolfo Martín Villa, war im Laufe seiner Amtszeit als Innenminister (1976-1979) bekannt als „Schlagstock der Transition“ wegen der Härte bei der Unterdrückung von Demonstrationen von Arbeiter/innen und Student/innen. Er soll auch verantwortlich sein für die parapolizeiliche Repression, die mit starker Beteiligung von faschistischen Organisationen über Jahre hinweg praktiziert worden war.

Im Einzelnen wird gegen ihn Klageerhebung gefordert wegen der Ermordung von fünf Arbeitern im Verlauf eines Streiks am 3. März 1976, als die Polizei in einer Kirche eine Razzia anordnete, dem Tagungsort der Vollversammlungen von Arbeiter/innen aus Unternehmen im Kampf, und aus nächster Nähe auf mehr als 5.000 Arbeiter/innen schoss, die zu der Versammlung gekommen waren.

Martin Villa wird als verantwortlich bezeichnet für diesen Polizeimord, außerdem wurden etwa 150 Personen verletzt.

Villa begann seine politische Karriere für das Regime im Jahr 1962 als nationaler Chef der Spanischen Universitäts-Gewerkschaft (SEU) und erhielt im Jahr 1974 den Posten des Zivil-Gouverneurs und 1975 den des Ministers für Gewerkschaftsfragen. Nach Francos Tod war er Abgeordneter der Provinz León und Jahre später der Provinz Madrid für die PP. Ebenso auch den Vorsitz im Ausschuss für Justiz und Inneres des Kongresses zwischen 1996 und 1997. Im Januar 2003 wurde er zum Beauftragten der Aznar-Regierung für die durch den Untergang des Tankers Prestige vor der Küste Galiziens verursachte Umwelt-Katastrophe.

Seine franquistische Vergangenheit verhinderte nicht seinen Sprung in die Unternehmens-Welt. Er war Präsident des ehemaligen Staatsunternehmens Endesa (Energie), sowie Vorsitzender des Kontrollrats der Sparkasse Madrid (1993-1997), neben anderen wichtigen Funktionen.

2. José Utrera Molina, der Schwiegervater des Justizministers Gallardón

Die Komplizenschaft des 86 Jahre alten Utrera Molina mit dem Franco-Regime war auch nach dem Beginn der sogenannten Demokratie ein Geheimnis. Derzeit ist er Mitglied der Franco-Stiftung. Seine Karriere im Franco-Regime begann in der Jugend-Front (die Jugendorganisation der faschistischen Partei) und endete 1975 als Minister für das Generalsekretariat und Vizepräsident des Nationalen Rates der faschistischen Bewegung kurz vor dem Tod des Diktators. Er war Präsident der Landwirtschafts-Bank von März 1975 bis zu seinem Rücktritt am 3. April 1978.

Utrera Molina unterzeichnete den Befehl zur Ausführung des Todesurteils von Puig Antich. Das Aqua-Netz fordert seine Anklage wegen der Unterzeichnung dieses Erlasses, der vorher durch ein Militärgericht zum Tod verurteilt worden war, nachdem er für das Attentat auf einen hohen Polizisten in Barcelona verantwortlich gemacht worden war, der ihn verhaften wollte.



Im Jahr 2010 schrieb Utrera Molina in der Zeitung ultrarechten Tageszeitung ABC eine Stellungnahme, in dem er das Gesetz der historischen Erinnerung und die Beseitigung des Denkmals für den Militär und Franquisten Millán Astray (1879-1954) als „vandalische Invasion der sozialistischen Regierung Vandalismus“ bezeichnet hatte. „Wir leben in einer Zeit, in der wir gezwungen sind, uns dafür zu schämen, dass wir einer alten und glorreichen Nation wie Spanien angehören „ schrieb er.

3. Juan Antonio González Pacheco, alias Billy the Kid

In allen Fällen von beklagter Folter während der der Franco-Diktatur sticht der Fall von González Pacheco, alias Billy the Kid, Mitglied der Politischen Brigade der franquistischen Polizei, am meisten ins Auge. In der Tat weist dieser Folterknecht eine lange Liste von Anzeigen auf wegen Misshandlungen in den letzten Jahren der Franco-Zeit. Sein Name erscheint in 17 in Argentinien eingereichten Klagen.

In 1974 wurde er in Madrid zusammen mit drei anderen Polizisten zur Zahlung von 1.000 Peseten verurteilt, für Vergehen von Misshandlung und Nötigung eines Studenten. Ein Jahr zuvor, 1973, war er wegen einer anderen Straftat verurteilt worden.

González Pacheco wurde vom Amnestie-Gesetz 1977 von allen Gerichtsverfahren und Urteilen entlastet. Weitere anhängige Verfahren wurden aufgrund des Amnestiegesetzes fallen gelassen, das erweitert worden war auf „Verbrechen und Vergehen, die Behörden, Beamte und Vollzugsbeamte begangen haben könnten bei Ausübung von Funktionen für den Staat. Er machte vor dem Sondergericht Aus-

sagen wegen seiner angeblichen Beziehung mit den Morden an den 5 Rechtsanwälten von Atocha und wegen paramilitärischer Terrorgruppen, die während des sog. Übergangs mehrere Morde im Baskenland begangen hatten.

Aber das Amnestiegesetz war nicht genug, um ihn zu rehabilitieren. Am 1. Juli 1977 wurde er vom Innenminister Rodolfo Martin Villa er für seine Verdienste (als Folterer) bei der Polizei mit der Silbernen Verdienstmedaille dekoriert. Im selben Jahr trat er als Stellvertreter in die Zentrale Geheimdienst Brigade ein.

Im Jahr 1985 erscheint González Pacheco als Sicherheitschef der Autofirma Talbot in Madrid, und arbeitet in verschiedenen weiteren Sicherheits-Unternehmen. Im Jahr 2011, nach Information des Aqua-Netzes, erscheint er als Abteilungsleiter des Unternehmens Loomis.

4. Jesus Muñecas, Putschist vom 23-Februar

Jesus Muñecas ist derzeit Eigentümer einer Reitschule in Valdemoro. Er erhält die maximale Altersrente für seine Verdienste im Staat nach seiner langen Karriere als Polizist. Sein Name wird nicht wie der des 1981er Putschisten Tejero in die Geschichte eingehen, aber seine Rede am 23-F. Er war der erste, der sich beim Putsch mit der Pistole in der Hand im Parlament an die Abgeordneten wandte.

Trotz seiner Beteiligung am Putsch erhält Jesus Dolls die maximale Rente. Bereits zuvor war er mehrfach wegen Folter-Verbrechen angezeigt worden, begangen in der Kaserne von Zarautz und im Hauptquartier der Guardia Civil von Tolosa. In keinem Fall wurde er verurteilt. Nur für seine Putsch-Beteiligung wurde er zu drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Er wurde im Oktober 1984 aus der Haft entlassen, zwei Jahre nach dem Putsch.

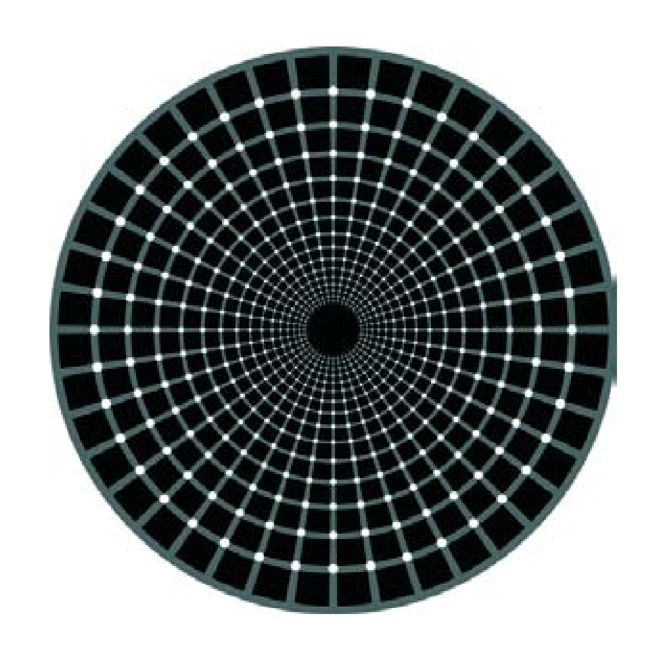
5. Fernando Suarez, aus der zweiten Reihe

Fernando Suarez begann seine politische Karriere wie viele andere Politiker des Regimes in den Reihen der franquistischen Universitäts-Gewerkschaft, er war Leiter der Sektion Oviedo zwischen 1954 und 1956. Nach mehreren Posten im Hintergrund stieg er auf zum Direktor des Emigrations-Instituts und schaffte 1975 den Sprung zum Arbeits-Minister der Regierung.

Im selben Jahr unterschreibt er, zusammen mit den anderen Ministern, die letzten Todesurteil der Franco-Ära, im September 1975: gegen Jose Humberto Baena, Jose Luis Sanchez Bravo, Ramón García Sanz, Juan Paredes Manot (Txiki) und Angel Otaegi. Deshalb macht ihn das Aqua-Netz direkt verantwortlich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Redaktion Baskinfo

baskinfo.blogspot.com



Dokumentation:

H Camover! Fünf Überwachungskameras unbrauchbar gemacht

Auch in Hannover haben sich knapp zwei Wochen vor dem Polizeikongress in Berlin einige Gegner_innen der inneren Sicherheit zusammengetan und fünf Überwachungskameras in der Hannoverschen Nordstadt unbrauchbar gemacht. Vier davon wurden direkt eingesackt, eine weitere durch das kappen der Kabel ausser gefecht gesetzt.
Ob im Supermarkt, in der Uni, auf der Arbeit, in der Strassenbahn oder am Bankautomaten - uns kotzen diese Dinger gewaltig an! Wir haben kein Interesse daran uns „sicher zu fühlen“ und wir finden es auch nicht gut wenn durch sie „Straftaten“ verhindert werden. An dieser Stelle solidarische Grüße an den Sprayer, der vor zwei Wochen in der U-Bahnstation Kopernikusstr. erwischt wurde, weil zwei Üstra Securities ihn über die Kameras beobachten konnten.
In diesem Sinne:

Überwachungskameras zu Altmetall!
Polizeikongresse angreifen!
Keine Chance der Inneren Sicherheit!

Gegner_innen der Inneren Sicherheit, 07.02.2013

Aufstand vs. Organisation.

Betrachtungen über eine sinnlose Spaltung

Vorwort der Übersetzenden

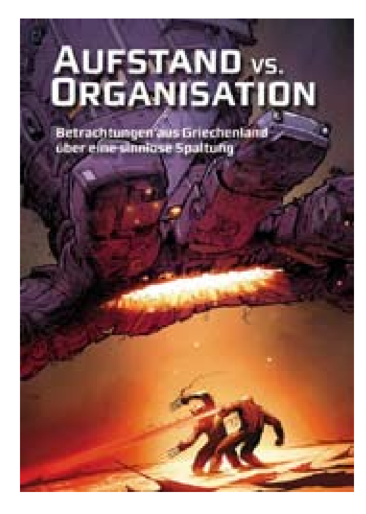
Insurrection vs. Organisation. Reflections from Greece on a Pointless Schism wurde 2007 geschrieben, 2010 erschien der Text erneut in der Broschüre Koukoulofori: stories, lessons and inspiration from the greek anarchist movement, einer sehr lesenswerten Annäherung an das Phänomen der griechischen anarchistischen Bewegung, die spätestens seit der Dezember-Revolte 2008 unter Anarchist_innen weltweit für Verzauberung und Hoffnung Anlass gibt.
Im Grunde geht es um die für viele Anarchist_innen zentrale Frage: Wie kann die anarchistische Bewegung gestärkt werden? Gelderloos plädiert in diesem Zusammenhang für einen Pluralismus innerhalb der anarchistischen Bewegung, anstatt sich in inneranarchistischen Grabenkämpfen zu verlieren. Der Text spricht damit ein Thema an, das weit über Griechenland oder die USA hinaus von großer Relevanz für Anarchist_innen aller Couleur ist. Auch im deutschsprachigen Raum werden politische Fragen innerhalb des radikalen Spektrums oft als eine Angelegenheit des «entweder-oder» diskutiert, was nicht selten zu Streit und Spaltung führt. Der Text unternimmt den Versuch, eine Synthese zwischen den vermeintlichen Gegensätzen – insurrektionalistische, informelle Perspektive auf der einen, formelle Organisation auf der anderen Seite – zu finden, ohne dabei die Kritik an beiden Formen zu vernachlässigen bzw. ihre Eigenheiten aufzulösen. Es geht schließlich weniger darum, einen Konsens herzustellen, als vielmehr die teilweise sehr verschiedenen Ansätze eines anarchistischen Kampfes als unterschiedliche Herangehensweisen zu akzeptieren und darauf aufzubauen.
In vergleichsweise verständlicher Sprache geschrieben, gehört «Aufstand vs. Organisation» zu einer Sorte Text, die in anarchistischen Zirkeln momentan nur wenig Anerkennung zu finden scheint. Im Unterschied zu vielen anderen anarchistischen Schriftwerken widersteht der Text der Versuchung, sich über die Kritik an anderen Positionen zu profilieren, den eigenen Standpunkt über die Ablehnung der Anderen zu definieren. In Zeiten fehlender revolutionärer Perspektiven scheint der Drang nach Abgrenzung, das unbewusste Hochhalten von Worthülsen und das sture Beharren auf den eigenen Konzepten oft stärker zu sein als der Wunsch nach dem kollektiven Erarbeiten von konkreten Strategien für die nahe Zukunft. Wir finden das bedauerlich und möchten dem mit dieser Übersetzung etwas entgegen halten.
Die Verbreitung dieses Textes ist denn auch mit dem Aufruf verknüpft, bereits vollzogene Brüche zu hinterfragen, neue zu verhindern und an deren Stelle eine solidarische Kritik der verschiedenen Organisationsformen zu setzen.

Anmerkungen zur Übersetzung: Wir haben eigene Untertitel gesetzt sowie einige Fußnoten hinzugefügt, um die Übersichtlichkeit und Verständlichkeit zu erhöhen. Nach längerer Diskussion haben wir uns zudem dazu entschlossen, den zentralen Begriff der organization bzw. der organizationalists mit Organisationalismus bzw. Organisationalist_innen zu übersetzen, auch wenn diese Begriffe im Deutschen so nicht existieren. Die Wortkonstruktion «organisierte Anarchist_innen» schien uns hierbei zu unpräzise und verwirrend.

«Ich finde es furchtbar, dass unsere Bewegung überall zu einem Sumpf aus belanglosen persönlichen Streitereien, Anschuldigungen und Schuldzuweisungen verkommt. Es gibt zu viele von diesen miserablen Geschichten, insbesondere in den letzten beiden Jahren.»

Aus einem Brief von Alexander Berkman an Senya Fleshin und Mollie Steimer aus dem Jahre 1928. Im Nachwort ergänzt Emma Goldman:

«Liebe Kinder, ich stimme Sasha vollkommen zu. Ich bin zutiefst erschüttert ob dem Gift der Unterstellungen, der Vorwürfe und Beschuldigungen innerhalb unserer Reihen. Wenn das nicht aufhört, gibt es keine Hoffnung auf ein Wiederaufleben unserer Bewegung.»



Zum Glück vermeiden die meisten Anarchist_innen in den USA jede ideologische Orthodoxie und weichen sektiererischen Trennungen aus. Unglücklicherweise scheinen die meisten von uns ebenso zu vermeiden, ernsthaft Strategien zu entwerfen. Jene, die diesen Schritt wagen, tendieren stärker zu dieser oder jener Orthodoxie, so dass Aussenstehende, die die anarchistischen Journale des Landes lesen, den Eindruck gewinnen könnten, dass die Bewegung tatsächlich sektiererisch sei. In der Tat gibt es viele Kontroversen, aber keine klaren Spaltungen. Eine Kluft jedoch, die sich momentan verstärkt auftut, ist dieselbe, die sich durch einen grossen Teil Europas zieht: Die Debatte zwischen Aufstand und Organisation. Erstere Position überschneidet sich mit post-linken Anarchist_innen, letztere wird oft von anarchistischen Kommunist_innen vertreten. Hier in Griechenland, wo ich die letzten beiden Wochen verbracht habe, ist die Kluft zwischen den insurrektionalistischen Anarchist_innen, die mit dem Schwarzen Block assoziiert werden und der massiv organisierten «Antiautoritären Bewegung» (Alpha Kappa, kurz AK genannt) sehr gross.

In dieser, wie in den meisten anderen Kontroversen, in die Anarchist_innen verwickelt sind, scheint es eine fortbestehende Neigung zu gewissen westlichen Werten zu geben, die grundlegend sind für Staat und Kapitalismus: Ein auf Dichotomien aufbauendes Weltbild sowie eine logische Struktur, die erschreckend monotheistisch ist. Wenn es zum Beispiel zwei verschiedene revolutionäre Strategien gibt, sehen das viele von uns nicht als zwei von verschiedenen Gruppen von

Menschen begangene Wege. Statt den eigenen Weg zu gehen und gleichzeitig zu versuchen, den der Anderen zu verstehen, wird davon ausgegangen, dass einer der beiden falsch sein muss (dies ist mit grosser Sicherheit der Weg der Anderen).
Jene von uns, die mit weissen Privilegien aufgewachsen sind, wurden zu schlechten Zuhörer_innen erzogen und es ist eine verdammte Schande, dass wir die Betonung immer noch nicht auf einen Pluralismus legen, wie ihn Magonistas[1] und indigene Anarchist_innen lehren. Ich würde sehr gerne den momentanen Diskussionen im Internet die Schuld zuschieben, da es offensichtlich sehr einfach ist, ein Arschloch zu sein und jegliche gesunde, wechselseitige Unterhaltung über Differenzen zu sabotieren, wenn du sie bereits zu Worten auf dem Bildschirm abstrahiert hast. Aber die Spaltungen sind weitaus älter als die Telekommunikation (obwohl unsere starke Abhängigkeit vom Internet es zweifellos wahrscheinlicher macht, dass Uneinigkeit sich in kontraproduktives Gezänk verwandelt).

Ihr könnt mich naiv nennen, aber ich denke, dass ein Grossteil der internen Streitigkeiten mehr einer schlechten Kommunikation und der grundlegenden monotheistischen Weltsicht angekreidet werden können als dem tatsächlichen Inhalt unterschiedlicher Strategien. Ohne Zweifel sind die Inhalte wichtig, zum Beispiel die notwendige Kritik an der Verwaltung der Rebellion durch die Linke, die von den insurrektionalistischen Anarchist_innen (ich zögere, einfache Zuschreibungen zu benutzen, aber der Einfachheit halber werde ich diesen Begriff benutzen) in Umlauf gebracht wurde. Aber selbst wenn gewisse Leute alle richtigen Antworten gefunden haben, wird sie nichts davon abhalten, den Weg der ersten anarchistischen Bewegung einzuschlagen, wenn wir nicht alle lernen, über unsere Unterschiede auf bessere Art und Weise zu kommunizieren und ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln.

In Griechenland hat die Spaltung zwischen Insurrektionalist_innen und Antiautoritärer Bewegung sogar zu physischen Auseinandersetzungen geführt. Auf beiden Seiten haben Leute Scheisse gebaut. Aus dem Schwarzen Block wurden inmitten eines Tumults Molotow-Cocktails auf die Polizei geworfen, wodurch Demonstrant_innen Verbrennungen erlitten. AK-Leute schikanierten und verprügelten Anarchist_innen, die sie verdächtigten, während einer von AK organisierten Veranstaltung in der Universität einige Computer gestohlen zu haben, was sie in Schwierigkeiten gebracht hat. Als Reaktion darauf brannten Insurrektionalist_innen die Büros der Antiautoritären Bewegung in Thessaloniki nieder. In Verallgemeinerungen sind schnell Stereotypen zur Stelle, die sicherstellen, dass die andere Seite der Feind ist: «Die unorganisierten Insurrektionalist_innen schmeissen sogar Molotow-Cocktails auf andere Demonstrant_innen!» oder «Die formell organisierten Anarchist_innen spielen sich als Polizei der Bewegung auf». Schnell können wir das vorgefertigte Bild der faulen, chaotischen Insurrektionalist_innen bzw. der eigentlich autoritären, sich anarchistisch nennenden Marxist_innen erkennen, das die tatsächlich Beteiligten in Abstraktionen verwandelt.

Ich will nicht behaupten, dass es keine ernsthaften Schwachstellen in bestimmten oder in allen diesen Gruppen gibt, an denen gearbeitet werden muss. Ich glaube nicht einmal, dass man beiden Seiten gleichermassen die Schuld geben kann. Tatsächlich neige ich dazu, mit Leuten, die eine beschissene Hippie-Konfliktlösung nach dem Motto «Ich bin okay, du bist okay, alle sind okay» bevorzugen, die Kritik zu Gunsten eines scheinbaren Friedens verhindert, ziemlich heftigen Streit anzufangen. Aber in Thessaloniki und Athen habe ich Leute beider Seiten getroffen, die meisten von ihnen waren sehr nett; Leute, die ich gerne als Nachbar_innen hätte, nachdem wir zusammen den Staat zerschlagen haben. Einige von ihnen zogen über die andere Gruppe her, andere versuchten wirklich, Frieden zu schliessen, wobei sie auch Mitglieder ihrer eigenen Gruppe kritisierten, die jemandem der anderen Seite Unrecht getan hatten. Im Grossen und Ganzen sind diese Leute allerdings in der Minderheit und die Kluft vertieft sich. Die Plakate für eine Präsentation, die ich in Athen gemacht habe, wurden heruntergerissen, weil das soziale Zentrum, in dem ich untergebracht war, mit AK verbunden war (obwohl die Leute, die den Anlass eigentlich organisierten und mich aufnahmen, keine AK-Leute waren und versuchten, eine Mittelposition einzunehmen). Das Squat, in dem ich in Thessaloniki wohnte, war von Leuten besetzt, die den Insurrektionalist_innen nahestehen und mehrere von ihnen sagten mir, ich solle mich in Athen nicht mit den Leuten von AK abgeben.

Ich würde diese Probleme als speziell griechische einordnen, hätte ich nicht ähnliche Spaltungen in Deutschland und Bulgarien gesehen, hätte ich nicht auch in Frankreich Beschimpfungen gehört, die auf die gleichen internen Streitigkeiten zurückgehen, und die auf die anarchistische Buchmesse in Montreal überschwappten. Ebenso habe ich in der anarchistischen Presse in Grossbritannien und den USA eine Menge Auseinandersetzungen dieser Art gelesen.

1 Anm. d. Üb.: Die Anhänger_innen von Ricardo Flores Magón waren eine treibende Kraft der mexikanischen Revolution (1910). Sie verknüpften anarchistische Ideale mit den Erfahrungen ihrer indigenen Vorfahren bei der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung des Gemeindelandes. Ihre Forderung nach «Land und Freiheit» («Tierra y Libertad») wurde später auch von den Zapatist_innen aufgegriffen.

Weil ich aus den Staaten komme und ich dorthin zurückkehren werde, konzentriere ich mich auf die dort auftretende Form der Spaltung. Da die meisten US-Anarchist_innen auf alltägliche Aktivitäten konzentriert zu sein scheinen, denke ich, dass viele sich in dieser Spaltung nicht positionieren, oder sich nicht einmal bewusst darüber sind. Sie existiert gewissermassen als theoretische Uneinigkeit, jedoch ohne das unwahrscheinliche Gewicht, das schrille Persönlichkeiten im Verlauf der Auseinandersetzung bekommen (ok, einige Leute vom Anarchy Magazine oder NEFAC mögen dies anders sehen). So entstehen unversöhnliche Frontlinien, da personifizierte Ideologien noch starrsinniger sind. Daher haben wir in den USA im Moment die bessere Gelegenheit, mit dem Problem auf theoretischer Ebene umzugehen.

Stärken und Schwächen des Insurrektionalismus

Als Anhang[2] habe ich die Kritik aus vier Essays von beiden Seiten der Debatte angefügt, aber zuerst möchte ich allgemein darstellen, was meines Erachtens die Stärken und Schwächen beider Seiten sind. Von Insurrektionalist_innen kommen einige zentrale Beiträge, deren wichtigste Aussage wohl ist, dass es jetzt an der Zeit ist zu handeln und dass die Unterscheidung zwischen «Alternativen aufbauen» und «den Kapitalismus angreifen» falsch ist. Die Kritik an der linken Bürokratie als einer rekuperierenden[3] Kraft, als Staat innerhalb der Bewegung, der Rebellionen stets in den Schoss des Bestehenden zurückholt und so den Kapitalismus am Leben erhält, ist ebenso richtig – auch wenn häufig das Wort «Organisation» verwendet wird statt «Bürokratie», was zu Unklarheiten führen kann, denn für viele ist auch die Bezugsgruppe eine Organisationsform. Es kann zu einem gewissen Fundamentalismus führen, wenn einige vorhaben, alle formalen Organisationen zu exkommunizieren, selbst wenn die Beteiligten sie als temporäres Werkzeug sehen und nicht die grosse Gewerkschaft wollen[4].

Genauso haben die Insurrektionalist_innen eine Reihe von Schwachpunkten. Ihre häufige Kritik am «Aktivismus» tendiert dazu, oberflächlich und vage zu sein und spiegelt eher die Unfähigkeit wieder, mit dem persönlichen (oder beobachteten) Scheitern einer anderen Art von Aktion klarzukommen, als irgendein verbessertes theoretisches Verständnis zu signalisieren – was praktisch garantiert, dass sie die Fehler, denen sie im Aktivismus begegnet sind, reproduzieren oder schlicht das umdrehen, was auch immer sie letztlich als Insurrektionalist_innen tun[5]. Auch gibt es einen gewissen Mangel an Klarheit in den Aktionsvorschlägen der Insurrektionalist_innen. Bezug nehmend auf die jüngsten Kämpfe in Mexiko, Argentinien, Algerien usw. sind Insurrektionalist_innen gut darin, deutlich zu machen, dass es darum geht, von Leuten zu lernen, die keine Anarchist_innen sind. Dieser Umstand ermöglicht ihnen aber auch, den Unterschied zwischen aufständisch und insurrektionalistisch zu verschleiern. Nahezu alle von ihnen schwören Ideologien ab, doch indem sie in historischen Beispielen von Aufständen schürfen, um daraus eine allgemeine Theorie und Handlungsanleitung zu fördern und herauszudestillieren, gewinnen sie das -istisch beim Unterscheiden, was aufständisch und was insurrektionalistisch ist. Sie haben scharfsinnig erkannt, dass das Aufständische in einem sozialen Kampf oft das effektivste, ehrlichste und anarchistischste Element ist; aber da sie nur durch die insurrektionalistische Brille schauen, vernachlässigen oder ignorieren sie all die anderen Elemente des Kampfes, an welche das Aufständische gebunden ist oder auf denen es sogar gründet, was häufig vorkommt. In diesem Fall bringt der -ismus jenes monotheistische Beharren mit sich, dass alle Elemente, die auf einen anderen -ismus reduziert werden können, verkehrt sein müssen. So wird uns gesagt, wir sollen die Augen aufmachen, wenn die Leute in Oaxaca Busse anzünden und autonome Räume verteidigen, aber wenn der von der Lehrergewerkschaft geführte Streik in weiten Teilen den Aufstand auslöst, wenn die Aufständischen entscheiden, sich für einen gewissen Zweck formell oder in der Legalität zu organisieren, sollen wir die Augen schliessen.

Insurrektionalist_innen rufen zu Aktionen innerhalb und ausserhalb von sozialen Bewegungen auf, womit ich einverstanden bin. Menschen sollten für sich selbst kämpfen, aus ihren eigenen Gründen und für ihr eigenes Leben, selbst wenn sie allein kämpfen müssen. Schliesslich sehen viele soziale Bewegungen am Anfang so aus, bevor sie als soziale Bewegungen anerkannt werden. Um eine Kritik zu kontern, die ich von einigen stärker auf Organisierung orientierten Anarchist_innen gehört habe: Es ist überhaupt nicht avantgardistisch, zuerst zu handeln oder sogar zu versuchen, Aktionen zu eskalieren, denn mit eigenen Motiven zu kämpfen oder andere Leute per Beispiel zum Handeln zu inspirieren, ist so ziemlich das Gegenteil von Avantgardismus. Tatsächlich ist ein herkömmliches Kennzeichen der Avantgarde die Ablehnung aller anderen Leute, die vor der Herde laufen (folglich: auch vor der Avantgarde der Herde). Allerdings sind insurrektionalistische Haltungen häufig von einer abschätzigen Sicht auf soziale Bewegungen

2 Anm. d. Üb.: Die erwähnten Texte finden sich unter http://www.anarkismo.net/newswire.php?story_id=5319

3 Anm. d. Üb.: Rekuperation: Auf Systemerhalt abzielende Integration des Widerstands durch Vereinnahmung.

4 «One big Union!» ist der Schlachtruf der Industrial Workers of the World (IWW), auch Wobblies genannt, die zu Beginn des letzten Jahrhunderts die Massenarbeiter_innen der USA organisierte. Sabotage zählt ebenso zu ihrem Repertoire wie wilde Streiks und betriebsübergreifende Solidaritätsaktionen. Ihre Zeitungen erschienen in mehreren Sprachen, anders als die Facharbeitergewerkschaft AFL-CIO standen die IWW auch Frauen und Schwarzen offen.

5 Anm. d. Üb.: Auf diesen Punkt wird im Anhang (http://www.anarkismo.net/newswire.php?story_id=5319) noch ausführlicher eingegangen.

begleitet, ganz so, als ob jede Bewegung von Natur aus autoritär, bürokratisch und rekuperativ sei[6]. Wir sollten die Bedeutung sozialer Bewegungen nicht unterschätzen. Ich hatte vor kurzem die Gelegenheit, fünf Monate bei Anarchist_innen in der ehemaligen Sowjetunion zu verbringen, vor allem in der Ukraine, in Rumänien und in Bulgarien. Unisono erzählten mir die Anarchist_innen, die ich dort traf, dass die sozialistischen Diktaturen sämtliche sozialen Bewegungen zerstört hatten und anschliessend verhindert haben, dass neue entstehen. Als Erbe hinterlassen sie Leute, welche die Regierung hassen und ihr misstrauen (viele sind auch mit dem Kapitalismus unzufrieden), die aber zugleich über keinerlei Tradition oder Neigung verfügen, auf soziale Bewegungen zu setzen und sich an ihnen zu beteiligen – sie arbeiten nicht mal mit ihren Nachbar_innen zusammen. Die anarchistische Situation dort sieht bei weitem düsterer aus als in den USA: Die Anarchist_innen sind alleine, isoliert, ohne jeden klaren Ansatzpunkt für Aktionen, geschweige denn für einen Aufstand. Ein rumänischer Anarchist sagte: «Sich in meiner Heimat zu organisieren ist so, als ob ich in ein fremdes Land reisen würde, wo ich die Sprache nicht verstehe, und versuchen würde, dort die Anarchie aufzubauen». (In Polen und Tschechien ist die anarchistische Bewegung viel stärker. Das sind auch die beiden Länder, in denen sich in den 1980er Jahren dissidente soziale Bewegungen entwickelten. Übrigens wurde die Diktatur in Rumänien nicht durch eine Bewegung gestürzt, sondern durch einen in weiten Teilen inszenierten Aufstand – auch dieser kann rekuperiert werden.)

In diesem Licht erscheint es als eklatanter Mangel, dass Insurrektionalist_innen dazu neigen, Aktionen und Analysen zu meiden, die auf den Aufbau sozialer Bewegungen abzielen (wenn wir von Bewegung reden, ist damit ein grosses informelles Netzwerk oder eine Bevölkerung gemeint – die jedoch formelle Organisationen beinhalten kann –, die sich in Reaktion auf wahrgenommene Probleme als soziale Kraft konstituiert und anfangs ausserhalb der Reichweite routinierter und institutionalisierter Formen sozialen Handelns agiert).

Insurrektionalistische Vorschläge drehen sich meist darum, autonome Räume zu schaffen, die uns tragen und uns erlauben, ein gemeinsames anarchistisches Leben im Hier und Jetzt zu führen, die als Basis dienen, um gegen den Staat Krieg zu führen. Dieser Vorschlag ist so gut wie jede andere anarchistische Strategie, in der Tat ist er sogar ein gutes Stück besser als einige andere, aber genau wie die anderen herumschwirrenden Strategien wurde er schon einmal vom Staat besiegt. US-amerikanische Insurrektionalist_innen müssen nicht einmal die typische amerikanische Ausrede des Gedächtnisverlustes anführen; in diesem Fall ist der Isolationismus Schuld. Die in weiten Teilen anarchistische Besetzer_innenbewegung, die in den 1970ern und 1980ern in Westeuropa aufblühte (und als Schatten ihrer selbst bis heute überlebt), einschliesslich der deutschen Autonomen, hat diese Strategie – auf sehr ernstzunehmende Art – bereits erprobt. Heute setzen US-Insurrektionalist_innen die gleiche Strategie in Umlauf, aber ohne Veränderung, die ernsthaft genug wäre, um als Überarbeitung oder Lehre aus vergangenen Fehlern gelten zu können. Und selbst wenn sie jemals auch nur halb so viel Schwung entwickeln werden wie die Europäer_innen, was unter den aktuellen Umständen sehr unwahrscheinlich ist, so ist absehbar, dass sie exakt auf die gleiche Art enden werden: Eine isolierte, drogenabhängige Einöde ghettoisierter Subkulturen, in trotziger Geste eingefroren, eine Parodie ihrer selbst (ja, das ist eine pessimistische Sicht und sie setzt einige wunderbare Squats und soziale Zentren herab, die immer noch durchhalten, aber ich glaube, dass Insurrektionalist_innen darin mit mir übereinstimmen würden, dass es keinen Sinn macht, nach der Sonnenseite einer Bewegung zu suchen, die sich im Kapitalismus eingerichtet hat).

Und das geht so: Der Staat und die Kulturindustrie isolieren die Bewegung (indem sie beinahe wie taoistische Kampfkünstler agieren, sie in die Richtung stossen, in die sie ohnehin gehen, nur fester als diese beabsichtigten), überschwemmen sie (wie oft berichtet) mit harten Drogen, die eine neue Nachfrage befriedigen, da der Stress häufiger Polizeiangriffe im anhaltenden Belagerungszustand immer mehr zunimmt. Nicht alle können unter diesen Bedingungen leben, vor allem ältere Menschen und solche mit Kindern fallen raus oder flüchten sich in weniger kämpferische Formen. Die Militanten bleiben so lang hinter ihren Barrikaden, dass sie Insider-Ästhetiken und -Mentalitäten herausbilden; in diesem Moment befinden sie sich schliesslich im Krieg mit dem Rest der Welt. Letzten Endes verlieren die Rebell_innen alle echten Verbindungen zur Aussenwelt und damit jede Möglichkeit, den Kampf zu verbreiten. Derart geschwächt und ohne externe Solidarität wird die Hälfte der besetzten Häuser eins ums andere

6 In der Zeitschrift Green Anarchy habe ich sogar einen ziemlich blöden Aufruf gelesen, Momentum statt Bewegung zu sagen. Sollte der Autor dieses Textes irgendwas anderes gewollt haben, als «Bewegung» als «die schlechte Art von Bewegung» zu definieren und alles andere «Momentum» zu nennen, dann ist das aufgrund der unter (anti)politischen Schreiber_innen angesagten Präferenz für Worte statt Bedeutungen nicht sehr klar geworden.

geräumt, die restlichen sind ausgepowert und geben den Kampf auf.

Wegen ihrer Nähe zu dieser Geschichte konnte eine gewisse Gruppe französischer Anarchist_innen die Schwächen dieser Strategie nicht einfach ignorieren. Diese Gruppe, Autor des Appel («Aufruf»)[7], dem intelligentesten und einsichtigsten insurrektionalistischen (um ihm ein Etikett zu verpassen, das es selbst nicht beansprucht) Traktat, dem ich begegnet bin, trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie, indem sie eine weiterentwickelte, lebendigere Form dieser Strategie voranbringen, darauf hinweisen, dass die Besetzer_innenbewegung starb, weil sie aufhörte, Strategien zu entwickeln (und so aufhörte zu wachsen und sich zu verändern, also stagnierte). Allerdings braucht es, um eine Strategie zu halten, mehr als einen Nagel. Aufgrund ihrer Struktur und folglich der Struktur der staatlichen Repression war Stagnation das zu erwartende Ergebnis der Besetzer_innenbewegung. Der Rückgang des Entwickelns von Strategien war das wahrscheinliche Resultat der Strategie selbst.

Wie steht's um den Organisationalismus?

Zunächst sollte ich anmerken, dass es sich dabei eher um eine formlose Gruppe handelt, nur wenige Leute betrachten sich als solche. Ein grosser Teil besteht aus den alten oder klassischen Anarchist_innen: Anarcho-Kommunist_innen, deren Strategie auf den Aufbau einer starken Föderation setzt oder Syndikalist_innen, die anarchistische Gewerkschaften aufbauen oder anderweitig in der Arbeiter_innenbewegung tätig sind. Einige in diesem Lager sind soziale Anarchist_innen, die es vorziehen, sich in der Mainstream-Gesellschaft beteiligen, als irgendetwas zu unternehmen, das nach Kampf aussieht (weder Klassenkampf noch aufständische Kämpfe). Nicht wenige davon sind anarchistische Aktivist_innen, die in offenen Organisationen an bestimmten Themen arbeiten, vielleicht ohne dabei eine langfristig ausgerichtete Strategie zu verfolgen. Sie werden von der insurrektionalistischen Kritik mit allen anderen in einen Topf geworfen und gleichermassen kritisiert. Ich werde mich im Folgenden auf die klassischen Anarchist_innen konzentrieren, da diese deutlich artikulierte Strategien haben (dies ist auf keinen Fall als Kritik an den Übrigen zu verstehen, im Grunde kann es besser sein, keine Strategie zu haben, als eine übervereinfachte, dogmatische). Hoffentlich ist die Kritik, die ich hier anbringe, hilfreich für Anarchist_innen, die in Erwägung ziehen, formale Organisationen zu nutzen. Einerseits ist es gut gewählt, dem Aufbau sozialer Bewegungen und der Zugänglichkeit für Aussenstehende grosse Bedeutung zu geben. Es ist offensichtlich, dass die Isolation eines der Hauptprobleme amerikanischer Anarchist_innen ist. Die Organisation in offenen Gruppen um Themen, die bereits im Bewusstsein einer breiten Masse sind, kann helfen, diese Isolation zu überwinden. Es ist überaus hilfreich, wenn es Formen anarchistischer Aktionen gibt, bei denen Leute mitmachen können, die relativ easy sind; Aktionen, die keinen Sprung direkt vom gewöhnlichen Leben in den kompromisslosen Krieg gegen das System erfordern. (Einem Nebenarm folgend: Häufig preisen Insurrektionalist_innen die Nachahmbarkeit bestimmter Aktionen, aber ich frage mich, wie viele von ihnen als aktivistische Anarchist_innen angefangen haben und wie viele von Beginn an Insurrektionalist_innen waren. Anders gesagt: Wie nachahmbar ist der insurrektionalistische Anarchismus für die meisten Leute?)

Die Kommunikation und Koordination, die – sagen wir mal – eine Föderation zu leisten vermag, kann in gewissen Fällen hilfreich sein. Viele europäische Organisationen zur Gefangenenunterstützung, auf die sich Anarchist_innen aller Art verlassen, sind als Föderationen organisiert. Organisationen können den Kampf auch aufbauen und eskalieren. Die Aktionen einer anarchistischen Gewerkschaft etwa können den Anarchismus mehr Leuten zugänglich machen. Sie können einen unmittelbar erkennbaren Weg bieten, sich einzubringen, ein Forum zur Verbreitung von Ideen sein und die Aufrichtigkeit und praktische Ader von Anarchist_innen zeigen, kurzfristige Verbesserungen erreichen zu können. Ich würde darauf wetten, dass Leute, die ein paar Erfahrungen in einer Gewerkschaft sammeln konnten und so aus erster Hand etwas über Streiks gelernt haben, viel eher einen wilden Streik beginnen werden als solche, die keine Gewerkschaftserfahrung haben.

Ein Ansatz, der sich stark auf formale Organisationen stützt, hat auch eine Reihe von Schwächen. Da sich diese Schwächen über ein Jahrhundert lang immer und immer wieder in aller Klarheit gezeigt haben, ist es eine verdammte Schande, sie hier einmal mehr aufzählen zu müssen, aber unglücklicherweise sieht es so aus, als ob es notwendig sei. Demokratische Organisationen, die irgendeine Form von Repräsentation kennen, können schnell bürokratisch und autoritär werden. Basisdemokratische Organisationen laufen immer noch Gefahr, von politischen Schwergewichten dominiert zu werden (wie Bob Black in Anarchy After Leftism[8] detaillierter herausgearbeitet hat). Und es wird immer problematisch, sobald eine Gesellschaft das Wirtschaftliche vom Politischen trennt und einen begrenzten Raum kreiert, in dem die Entscheidungen

7 Anm. d. Üb.: Der betreffende Text findet sich unter http://tarnac9.noblogs.org/gallery/5188/Aufruf.pdf

8 Anm. d. Üb.: http://theanarchistlibrary.org/library/bob-black-anarchy-after-leftism

gefällt werden und deren Entscheidungen mehr Autorität haben als die Entscheidungen und Kommunikationen anderswo im sozialen Leben.

Organisationen sollten temporär sein, gebunden an den Bedarf, für den sie gebildet wurden, und sie sollten übergreifend und pluralistisch sein. Ansonsten entwickeln sie ein Interesse an ihrem eigenen Überleben und Wachstum, was schnell in Konflikt mit den Bedürfnissen der Leute gerät. Dieses organisationseigene Interesse wurde wieder und wieder benutzt, um radikale soziale Bewegungen zu kontrollieren und zu rekuperieren. Es sollte schon lange klar sein, dass das Verwenden formaler Organisationen riskant und bestenfalls mit Vorsicht zu geniessen ist. Dennoch beharren einige «organisierte» Anarchist_innen sogar darauf, dass alle Anarchist_innen einer einzigen Organisation beitreten sollen. Ich habe noch nie ein Argument dafür gehört, wie das in irgendeiner Form effektiv sein könnte, ausserdem ist die Frage irrelevant, da es weder möglich ist noch befreiend wäre. Die freiwillige Assoziation wird als Prinzip bedeutungslos, wenn von allen erwartet wird, einer bestimmten Organisation beizutreten, selbst wenn diese noch so perfekt wäre. Trotzdem habe ich von einigen Anarcho-Kommunist_innen den widerlichen Satz gehört: «Das sind keine echten Anarchist_innen» – einfach weil diese Nicht-Anarchist_innen nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollten. Das Interesse an der Zusammenarbeit in einer erfolgreichen Organisation unterstützt die Konformität der Ideen ihrer Mitglieder, insbesondere wenn sie einzigartig ist (wie The Only Anarchist Group You'll Ever Need to Join!), was dazu führen kann, eine ganze Menge Zeit damit zu verschwenden, die richtige Linie zu finden und in der Zusammenarbeit mit anderen Leuten unerträglich zu werden (das 1995er Pamphlet «Die Rolle der revolutionären Organisation» der anarcho-kommunistischen Föderation – Fédération Anarchiste – sagt sehr klar, dass sie sich selbst nur als eine von vielen Organisationen der Bewegung sehen, sie schwören dem Ziel jeglicher organisatorischen Hegemonie ab; vielleicht ist das Problem das Fehlen der tiefen Erkenntnis, dass all diese Organisationen sich der Bewegung auf gänzlich verschiedene Weise nähern könnten, sich anders darauf beziehen und sie anders wahrnehmen).

Kooperation & Pluralismus

Hoffentlich ist mittlerweile klar geworden, wie diese beiden Strömungen kooperieren können, um eine grössere Wirksamkeit zu erzielen. Zuallererst, indem sie die fürchterliche Anmassung aufgeben, dass die Anderen, nur weil sie mit unserer Sichtweise nicht übereinstimmen, nichts Stichhaltiges zu bieten hätten. Daraus folgt anzuerkennen, dass verschiedene Leute es vorziehen, auf verschiedene Arten aktiv zu sein. Ohnehin zieht es verschiedene Temperamente zu verschiedenen anarchistischen Strömungen, lange bevor die Theorie ins Spiel kommt. Einige werden nie zu euren langweiligen Treffen kommen wollen oder sich an ihrem Arbeitsplatz organisieren (sie wollen noch nicht einmal einen Arbeitsplatz). Andere werden nie einen Fuss in euer abgeranztes Squat setzen wollen oder mit der Angst leben, dass der Staat ihnen aufgrund ihrer Lebensweise die Kinder wegnimmt (sie werden ihre Kinder nicht mal dem Stress eines Lebens im ständigen Kriegszustand aussetzen wollen). Und weisst du was? Das ist voll ok und natürlich so – wenn wir einander den Rücken stärken. Öffentlich agierende Organisationalist_innen, die Unterstützung für Insurrektionalist_innen aufbauen; die vermummten Terrorist_innen beistehen, anstatt sie zu denunzieren, werden eine stärkere Bewegung schaffen. Insurrektionalist_innen, die jene Sabotage durchführen, zu denen die Organisationalist_innen aufgrund ihrer exponierten Lage nicht aufrufen können, die mit der Aussenwelt in Kontakt stehen und dafür sorgen, dass die Organisationalist_innen ehrlich bleiben und das grössere Bild, den Horizont des Möglichen nicht aus den Augen verlieren, werden eine stärkere Bewegung schaffen. Organisationalist_innen, die Insurrektionalist_innen ausschliessen, helfen ihnen, sich zu isolieren. Insurrektionalist_innen, die in Organisator_innen den Feind sehen, helfen ihnen, den Kampf zu rekuperieren. Dies sind selbsterfüllende Prophezeiungen. Den Insurrektionalist_innen kann der Aufbau von Bewegungen und die sozialen Ressourcen der Organisationalist_innen helfen, denen wiederum die radikalere Perspektive und die manchmal stärkeren Taktiken der Insurrektionalist_innen, Träume direkt in die Praxis umzusetzen, helfen kann.

Von den griechischen Anarchist_innen lernen

Da die anarchistische Bewegung in den USA, vor allem die Insurrektionalist_innen, für ihre Inspiration oft nach Griechenland schielt, finde ich interessant, dass die griechische Erfahrungen zu zeigen scheinen, dass die beiden Herangehensweisen sich ergänzen, obwohl die involvierten Spektren bittere Feinde sind. In den Staaten hören wir meist von den Griech_innen, wenn sie eine Polizeiwache angreifen oder Überwachungskameras abfackeln – ungefähr jede Woche. Aber wir hören nichts über die Basis, die das ermöglicht. Für Neulinge sei gesagt, dass Griechenland sich einer anarchischeren Kultur erfreut. Familienbande sind stärker als die Loyalität zum Staat (griechische Anarchist_innen waren schockiert, als sie hörten, dass einige Häftlinge in den USA von Verwandten verpfiffen wurden), Misstrauen gegenüber der Obrig-

keit ist weitverbreitet, viele Leute erinnern sich noch an die Militärdiktatur und verstehen die potentielle Notwendigkeit, gegen die Bullen zu kämpfen. Die US-Kultur unterstützt unseren Einsatz nicht annähernd so stark, also müssen wir herausfinden, wie wir auf die breitere Kultur Einfluss nehmen können, damit sie fruchtbarer wird für die Anarchie.

Der Staat macht seit Jahrhunderten das Gegenteil. Ich kann nicht beurteilen, in welchem Ausmass die Anarchist_innen in Griechenland die sie umgebende Kultur beeinflusst haben und inwieweit sie einfach darauf aufbauen konnten, aber es gab eindeutig bewusste Versuche, Einfluss auf die soziale Situation zu nehmen. Ein enormer Teil des Aktivismus wird auf den Kampf gegen das EU-Einwanderungsregime verwendet, darauf, mit Immigrant_innen zusammenzuarbeiten und diese zu unterstützen. Die besetzten sozialen Zentren spielen dabei eine wichtige Rolle. Solcherlei Arbeit trägt auch dazu bei, die anarchistische Bewegung vielfältiger zu machen. Die Organisierung von Arbeiter_innen spielt eine Rolle in Griechenland, wobei ich davon während meines Aufenthaltes viel weniger mitbekommen habe. In Athen ist das Fundament, das den Grossteil der lokalen anarchistischen Bewegung lebendig und aktiv hält, ein Stadtteil: Exarchia. Das gesamte Viertel, angesiedelt im Zentrum der Hauptstadt, vermittelt das Gefühl einer halb-autonomen Zone. Du kannst ohne grosses Risiko am Tage sprühen gehen (kleistern ist noch sicherer), siehst mehr anarchistische Propaganda als kommerzielle Werbung und nur ganz selten begegnest du Bullen. Oft findest du entlang der Grenzen des Viertels Einheiten nervöser Riot Cops (nervös, weil es für sie nicht ungewöhnlich ist, angegriffen zu werden). Die autonomen Zentren, die Zerstörung von Überwachungskameras, die Angriffe auf Cops mit Molotow Cocktails, sind alle charakteristisch für den insurrektionalistischen Ansatz. Aber für die rebellische Natur von Exarchia ebenso wichtig sind die von den sozialen Zentren organisierten Sprachkurse für Immigrant_innen, die freundlichen Beziehungen zu den Nachbar_innen (worin «Black-Block-Typen» nicht immer brillieren) und sogar – seltsamerweise – einige von Anarchist_innen geführte Geschäfte.

In den USA würde der Ausdruck «anarchistisches Geschäft» verächtlich verspottet werden, obwohl niemand etwas gegen anarchistische Buchläden einzuwenden hat. Aber in Exarchia (und das ist auch in Berlin und Hamburg so) stärken Geschäfte, hauptsächlich Bars, deren Eigentümer_innen Anarchist_innen sind, der anarchistischen Bewegung den Rücken. Ich finde den Gedanken dahinter ziemlich einleuchtend. Wenn einige Anarchist_innen zwischendurch Arbeit brauchen (was in den USA häufiger vorkommt als im Grossteil Europas), kann es besser sein, eine eigene Bar als Ressource für die Bewegung zu eröffnen, als bei Starbucks zu arbeiten. Wenn Anarchist_innen sich jeden Freitag Abend in einer Bar treffen (was auf Kinos und andere Dinge übertragen werden kann), wieso dann nicht in einer Bar, die einen Freund und die Bewegung (als Ort für Veranstaltungen und sogar als Spendenquelle) unterstützt? So können auch Erfahrungen zur Gründung von Kollektiven gesammelt und die lokale Bourgeoisie aus dem halbautonomen Viertel gedrängt werden, die sonst eine reaktionäre Kraft dort darstellen würde. Ich plädiere hier ganz sicher nicht für das «Aufkaufen der Kapitalisten» als revolutionäre Strategie, aber in Exarchia und andernorts haben anarchistische Geschäfte beim Aufbau einer stärkeren Bewegung eine Rolle gespielt.

Am Wichtigsten für die Stärke der griechischen Anarchist_innen war die studentische Bewegung. Die Studierenden befanden sich ein Jahr lang im Streik (zusammen mit Professor_innen und sogar vielen Oberstufenschüler_innen). Sie protestierten gegen eine neoliberale Bildungsreform, welche die Universitäten nach wirtschaftlichen Massstäben ausrichten würde, einige von ihnen privatisieren und die offiziell anerkannte Tradition des Asyls – welche es der Polizei verbietet, auch nur einen Fuss in die griechischen Universitäten zu setzen – beenden würde. Auf der oberflächlichsten Ebene hat die studentische Bewegung den Anarchist_innen viele weitere Gelegenheiten gegeben, mit der Polizei zu kämpfen. Etwas tiefgründiger betrachtet, ist dies vielleicht der soziale Konflikt mit dem grössten Potenzial, in Griechenland zu einer aufständischen Situation zu führen, in einigen Aspekten ähnlich wie Paris 1968. Eine strikt organisationalistische Strategie, egal ob in der syndikalistischen oder der anarcho-kommunistischen Variante, wäre zu schwach und zu zahm. Eine weitere Organisation wäre einfach nur eine Konkurrentin der kommunistischen Partei und hätte einen konservativen Effekt auf die Leidenschaften der Studierenden, die die Tendenz zeigen, lange vor den Plänen und Vorhersagen der Organisationen zu explodieren und zu handeln, woraufhin die Organisationen die Wut der Obrigkeit zu spüren bekommen. Ein strikt insurrektionalistischer Ansatz würde die Anarchist_innen von der studentischen Bewegung isolieren, welche die Anarchist_innen zunehmend als Parasiten sehen würde, die nur kommen, um mit den Bullen zu kämpfen. Ohne Verstrickung einer anarchistischen Perspektive wird nichts die politischen Parteien dabei aufhalten, die Bewegung zu kontrollieren. Und es ist unwahrscheinlich, dass die Anarchist_innen viel Respekt in der studentischen Bewegung erlan-

gen würden, wenn sie den Einsatz für das kurzfristige Ziel verachten, die Bildungsreform zu verhindern. Das Dogma über den Reformismus beiseite legend, sollte es möglich sein, den tragischen taktischen Verlust zu sehen, den die Anarchist_innen erleiden würden, sollte den Universitäten ihr Asyl-Privileg entzogen werden (im Moment können Leute eine Gruppe Bullen attackieren, zurück in die Uni rennen und dort sicher vor ihnen sein). Und sicherlich ist eine wild entschlossene Bewegung mit Mitteln der direkten Aktion weit eher als eine passive, von Parteipolitik dominierte Bewegung dazu in der Lage, die Regierung vom Inkraftsetzen dieser Bildungsreform abzubringen.

Anarchist_innen können Leute inspirieren, Leidenschaften entfachen, nationale Aufmerksamkeit erregen und die unmittelbar wahrnehmbare und berauschende Befürchtung schüren, dass die Dinge sich verändern können – indem sie gegen die Polizei kämpfen, sich die Strasse zurücknehmen und die Universitäten besetzen. Indem sie anarchistische Ideen verbreiten, Universitäten in freie Schulen verwandeln, Besetzungskomitees gründen, Streiks organisieren und die Übernahme studentischer Versammlungen durch die politischen Parteien verhindern, können andere Anarchist_innen Brücken schlagen, damit mehr Leute mitmachen können; sie können den Raum eröffnen, um Solidarität mit anderen Bereichen der Gesellschaft zu ermöglichen und so die Bewegung stärken, die Basis der Chance auf Veränderung ist. Wenn Anarchist_innen beider Art zusammenarbeiten, wird es unwahrscheinlicher, dass die Insurrektionalist_innen als Aussenstehende verstossen, isoliert und der Polizei ausgeliefert werden, weil sie Verbündete inmitten der Bewegung haben. Wenn der Staat auf die organisierten Anarchist_innen zugeht, um ihnen Verhandlungen anzubieten, wird es unwahrscheinlicher, dass sie nachgeben, weil sie Freund_innen ausserhalb der Organisation haben, die sie in die Verantwortung nehmen und sie daran erinnern, dass die Macht auf der Strasse ist.

Lehren aus der Geschichte: Spanien 1936 & Paris 1968

Ähnliche Lehren über die Vereinbarkeit dieser beiden Ansätze können aus der anarchistischen Geschichte in Spanien 1936 und Frankreich 1968 gezogen werden. Beide Episoden zeigen letztlich, dass der Aufstand eine fortgeschrittenere Form des Kampfes ist, dass das Warten auf den richtigen Moment reaktionär ist, dass bürokratische Organisationen wie die Gewerkschaft CNT oder die französische Studierendenvereinigung in Kollaboration mit der Macht endeten und die Bewegung rekuperierten. Was dabei leicht übersehen werden kann, ist, dass aufständische Taktiken nicht die zentrale Kraft im Aufbau der nötigen Basis für die Revolution waren, für den die CNT sowie die französische Studierendenvereinigung eine wichtige Rolle spielten (erstere durch das Verbreiten von anarchistischen Ideen, das Anzetteln von Streiks und Aufständen, den Aufbau solidarischer Verbindungen, die Vorbereitung der Arbeiter_innen auf die Übernahme der Wirtschaft und das Zurückschlagen des faschistischen Putsches in einem Grossteil Spaniens. Letztere beim Verbreiten radikaler Kritik – wenigstens in gewissen Sektionen – und beim Organisieren von Versammlungen zur kollektiven Entscheidungsfindung). Sie scheiterten, weil sie nicht erkannten, dass es mit ihrer Nützlichkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt vorbei war und dass ihre Organisationen, so wichtig sie auch waren, nicht die Revolution selbst sind (dies soll keinesfalls heissen, dass es eine Vorbereitungsphase geben soll, in der die Zeit nicht reif ist für aufständische Taktiken. Klandestine Angriffe können in jeder Phase helfen, eine starke, entschlossene Bewegung aufzubauen. Mit dem Angriff zu warten, bis die Bewegung gross genug ist, führt zu einer grossen, schwachen Bewegung ohne Erfahrung in Taktiken, die nötig sein werden, um zu wachsen und die steigende Repression zu überleben. Es könnte sogar zu einer grossen, pazifistischen Bewegung führen, was schrecklich wäre). Ob es um das Leben in einem besetzten Haus geht, oder um das Leben in einer Wohnung und das Organisieren einer Mieter_innenvereinigung – es wird immer Leute geben, die das eine oder das andere bevorzugen, die theoretische Ebene einbringen oder nicht. Dies ist eine gute Sache, weil beide Aktionen helfen können, eine anarchistische Welt aufzubauen. Wenn wir als Anarchist_innen unseren engstirnigen Dogmatismus aufgeben und die Komplexität willkommen heissen, die es in jedem revolutionären Prozess gibt, kommen wir dem näher.

Weil ich offenbar nicht sehr glücklich bin mit einem Happy End, möchte ich einige Probleme betonen, von denen ich denke, dass sie beiden Tendenzen gemeinsam sind. Ich habe bereits die monotheistische Mentalität erwähnt, die zu Spaltungen in der Bewegung führt. Insbesondere in den USA existiert dies in grösserem Umfang, als Unfähigkeit der meisten Anarchist_innen, auf gesunde Art mit Leuten ausserhalb der Bewegung zusammenzuarbeiten. Man scheitert darin, herauszufinden, wie andere Amerikaner_innen ticken, für was sie sich begeistern, welcher Bereich ihres Lebens illegal ist, unter welchen Umständen sie rebellieren werden und wie man sie einbinden kann. Es gibt darauf keine einfache Antwort und die komplexen Antworten werden sich je nach Region, Gemeinschaften und Individuen unterscheiden, aber ich denke, die meisten Anarchist_innen gleich welcher Richtung bleiben lieber in selbstbezogenen, repetitiven Aktionen stecken, anstelle sich in diese langweilige Arbeit hineinzubegeben. Zugegebenermassen ist die Bevölkerung in den USA nicht einfach für anarchistische Ideen zu gewinnen. Unsere Kultur fördert Anpassung, Isolation und protestantische Arbeitsethik stärker als die meisten anderen. Wir sollten dies

als Herausforderung sehen und weiter machen.

Die Unfähigkeit, mit anderen zusammen zu arbeiten, offenbart auch einen anderen westlichen Wert, der mit dem Anarchismus krasser im Widerspruch steht als mit dem Monotheismus, nämlich die «Reissbrett-Mentalität», die tiefsitzende Sicht der Welt von oben, mit uns selbst in der Position des Architekten oder des Generals. Es ist das Verständnis, die Gesellschaft zu verändern, indem du die Leute zwingst, sich auf eine bestimmte Art und Weise selbst zu organisieren. Die klassischeren Anarchist_innen nehmen die eine Extremposition ein – was meistens die Ursache für die Kritik ist, sie seien autoritär oder marxistisch – indem sie ein Programm pushen oder darauf bestehen, dass es nur zur Revolution kommt, wenn die Leute die Welt durch die enge Brille des Klassenbewusstseins sehen. Die Insurrektionalist_innen haben dies ansatzweise kapiert und gehen in das andere Extrem, indem sie dem Aktivismus abschwören und den Kontakt mit Leuten, die sehr anders sind als sie, weitestgehend meiden. So müssen sie nicht fürchten, ihre Meinung irgendwem aufzuzwingen. Es sollte offensichtlich sein, dass beide Ansätze auf der Annahme beruhen, dass Kontakt zu Leuten, die anders sind, zu einer missionarischen Beziehung führen muss, in der einer den anderen bekehrt. Die Idee gegenseitiger Beeinflussung, der Organisierung mehr im Sinne des Aufbaus von Beziehungen mit Leuten als im Sinne des Rekrutierens, fehlt generell.

Privilegien der Weissen

Meiner Ansicht nach besteht das grösste Problem von Insurrektionalist_innen und organisierten Anarchist_innen (und ebenso der meisten anderen) im Weiss-Sein: Mehr noch als das Versagen weisser Anarchist_innen, einen Umgang mit dem mystifizierenden Problem weisser Privilegien zu finden, meine ich damit das absichtliche Bewahren eines Bewegungsnarrativs, das die Geschichten von Weissen erzählt und die Werte von weissen Leuten enthält, und die Weigerung, die Tragweite der weissen Vorherrschaft als System von Unterdrückung anzuerkennen, das in jedem Moment ebenso wichtig ist wie Staat, Kapitalismus oder Patriarchat.

Verschiedene weisse Anarchist_innen finden, je nach Analyse, unterschiedliche Wege, die Frage der Rassendiskriminierung herunterzuspielen. Aber eine weit verbreitete Ansicht scheint der anhaltende kolonialistische Glaube zu sein, dass die Anderen, um erlöst zu werden, d.h. damit wir mit ihnen klarkommen, so werden müssen wie wir – oder zur Hölle fahren. Einerseits kann dieser Glaube im Beharren darauf bestehen, dass weisse Vorherrschaft nichts anderes ist als ein Werkzeug und eine Erfindung des Kapitalismus, was sich ökonomisch wunderbar begründen lässt. Darum sollen People of Color, um sich zu befreien, jegliche partikuläre Erfahrung und Geschichte preisgeben, die sie in dieser Welt aufgrund ihrer Hautfarbe gemacht haben. Sie sollen sich vor allem als Arbeiter_innen verstehen, die nichts als fiktive Barrieren von den weissen Anarchist_innen trennt, die in ihren Gewerkschaftshäusern sitzen und warten, dass ein bisschen Vielfalt hereinspaziert. Das Kleinreden der Rassendiskriminierung kann sich auch hinter der missbräuchlichen Verwendung der Erkenntnis verstecken, dass Rasse eine Erfindung ohne physiologische Grundlage ist. Viele Anarchist_innen führen dieses Argument weiter und sagen, dass Rasse nicht existiert. Ich kann mir vorstellen, dass dies für sehr viele Menschen auf der Welt ein Schlag ins Gesicht ist, auch widerspricht es eindeutig meinen eigenen Erfahrungen und ist zudem in sich ein höchst idiotisches Statement. Etwas, das nicht existiert, kann per Definition keine Auswirkungen auf die reale Welt haben. Ich denke, dass die meisten Anarchist_innen, die so etwas sagen, schockiert wären, sollte jemand behaupten, dass es keinen Rassismus gibt. Offenbar kommt bei ihnen eine Form der Verleugnung zum Tragen, wie sie mit Missbrauchsbeziehungen einhergeht, die sie daran hindert zu erkennen, dass sie genau das Gleiche sagen (andere Anarchist_innen wählen den unehrlicheren, aber unangreifbaren Weg, jede ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema Rasse als «Identitätspolitik» zu brandmarken). Rasse ist eine schädliche Kategorie, die abgeschafft werden muss, aber ebenso wie der Kapitalismus oder der Staat kann sie nicht einfach weggewünscht werden. Das Problem löst sich nicht dadurch, dass man die Kategorie aus der eigenen Analyse ausschliesst, ebenso wenig wie AIDS oder Wunden einer Schlägerei weggewünscht werden können. Die liberale Mentalität der «Farbenblindheit», an der so viele Anarchist_innen festhalten, kann die weisse Vorherrschaft nur verlängern. Solange bis weisse Anarchist_innen aller Couleur zulassen – oder vielmehr: dazu ermutigen – dass der Anarchismus nicht-weisse Geschichten annimmt, wird Anarchismus für die meisten People of Color in etwa so relevant sein wie Wählengehen für Immigrant_innen. So lange Anarchist_innen fortfahren, Differenzen auf die gleiche Art wahrzunehmen, wie uns der Staat und die Zivilisation, der wir uns entgegenstellen, gelehrt hat, solange werden wir niemals die Breite an Perspektiven und Beteiligung erreichen, die wir brauchen, um zu gewinnen.

P. Gelderloos


#1
autonomes
Blättchen
gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover
über Waffen...
und
...friedenserhaltende Maßnahmen


autonomes
Blättchen
#2
gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover


autonomes
Blättchen
#3
gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover


Kriege feiern und Feste führen!
07.08. Sommerbiwak vermiesen!

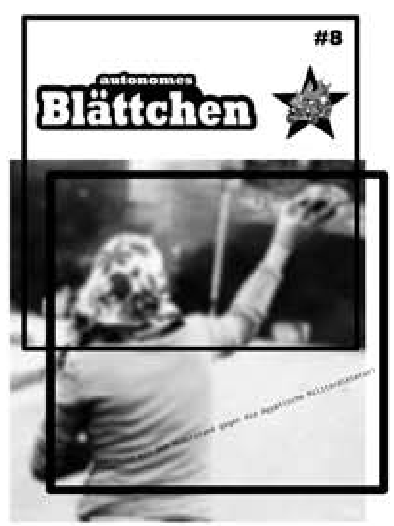

autonomes
Blättchen
gegen Repression und für antimilitaristische Praxis
Hannover
4


#5
autonomes
Blättchen
zur Stärkung der Abwehrkräfte


#6
autonomes
Blättchen
bildet Banden




SKAN
DAL!!
autonomes
Blättchen
#7
SETZT KOPFGELD
AUF DSK AUS!


#8
autonomes
Blättchen


autonomes
Blättchen
#9
FREE
PUSSY RIOT


autonomes
Blättchen
#10




autonomes
Blättchen
11


Abschiebungen verhindern!
Fight antiziganism!


autonomes
Blättchen
#12